Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament

Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@pd.admin.ch

92.066 Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge

× **157**/92.066 *n* **Wohneigentumsförderung durch die Mittel der beruflichen Vorsorge**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 19. August 1992 (BBl VI, 237) über die Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge.

N/S *Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit*

1993 18. März. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

1993 10. Juni. Beschluss des Ständerates abweichend vom Beschluss des Nationalrates.

1993 20. September. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1993 6. Oktober. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

1993 17. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1993 17. Dezember. Beschluss des Ständerates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt IV, 580; Ablauf der Referendumsfrist: 28. März 1994

92.066

Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge

Encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle

Botschaft und Gesetzentwurf vom 19. August 1992 (BBl VI 237)
Message et projet de loi du 19 août 1992 (FF VI 229)
Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Mehrheit
Eintreten
Minderheit
(de Dardel, Brunner Christiane, Bundi, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Jöri, Leuenberger Ernst)
Eintreten und Rückweisung an den Bundesrat,
damit er:
1. die Verfassungsmässigkeit des Entwurfes im Hinblick auf Artikel 34quater BV überprüft;
2. feststellt, ob der Entwurf mit dem gesetzlichen Auftrag von Artikel 1 Absatz 2 BVG übereinstimmt, nach dem der Bundesrat eine Gesetzesrevision beantragt, durch die eine Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung ermöglicht wird;
3. die voraussichtlichen Auswirkungen des Gesetzesentwurfes untersucht in bezug auf:
– die Indexierung der von den Vorsorgeeinrichtungen ausbezahlten Renten und die notwendigen Massnahmen, mit denen eine solche Indexierung sichergestellt werden kann;
– die Kostenüberwälzungen, insbesondere die Zunahme der Kosten zulasten der Gemeinden und Kantone, wenn die Renten aus der 2. Säule gekürzt oder wenn keine mehr ausbezahlt werden;
– den Verlust an Steuersubstanz aufgrund der im Gesetzesentwurf vorgesehenen Steuerbefreiung;
– die Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt.

Proposition de la commission
Majorité
Entrer en matière
Minorité
(de Dardel, Brunner Christiane, Bundi, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Jöri, Leuenberger Ernst)
Entrer en matière et renvoyer le projet au Conseil fédéral avec mandat de:
1. vérifier la constitutionnalité du projet au vu de l'article 34quater cst.;
2. contrôler si le projet est compatible avec le mandat légal de l'article premier alinéa 2 LPP de proposer un projet de loi en vue de maintenir le niveau de vie antérieur à la retraite;
3. procéder à une estimation prévisible des effets du projet de loi sur:

– l'indexation des rentes versées par les caisses de prévoyance et les mesures nécessaires pour assurer une telle indexation;
– les transferts des coûts, notamment l'augmentation des frais à la charge de communes et de cantons du fait de la réduction ou suppression des rentes du 2e pilier;
– la perte de substance fiscale du fait de l'exemption prévue par le projet de loi;
– l'évolution des prix sur le marché immobilier.

Frau **Spoerry,** Berichterstatterin: Wir behandeln heute das Bundesgesetz über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge. Damit wird einerseits das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge und andererseits das Obligationenrecht mit Bezug auf die vor- und überobligatorische berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge erweitert. Neu besteht die Möglichkeit, sowohl zum Erwerb von Wohneigentum, für Investitionen an diesem Wohneigentum, für die Abzahlung von Hypotheken sowie für die Finanzierung von Anteilscheinen an Wohngenossenschaften Gelder der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vorzeitig zu beziehen. Der Vorsorgezweck dieser Gelder wird durch eine im Grundbuch angemerkte gesetzliche Veräusserungsbeschränkung sichergestellt.
Ein Verkauf des Objekts ist nur möglich, wenn der Vorbezug wieder an eine Vorsorgeeinrichtung zurückfliesst. Die Folge des Vorbezuges ist eine entsprechend verminderte Leistung im Freizügigkeits- bzw. im Vorsorgefall. Des weiteren soll das Verbot der Verpfändung von Vorsorgeansprüchen für die Wohneigentumsförderung im gesamten Bereich der beruflichen Vorsorge aufgehoben werden. Nebst den Vorsorgeleistungen wird in Zukunft auch das Vorsorgeguthaben verpfändbar gemacht.
Ich komme zu einem kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte dieses Geschäftes. Als das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge auf den 1. Januar 1985 in Kraft getreten ist, hat man sich vielerorts Hoffnungen gemacht, dass die in der zweiten Säule angesparten Mittel auch für die Wohneigentumsförderung zur Verfügung stehen würden. In der Ueberzeugung, dass selbstgenutztes Wohneigentum eine mögliche und sogar eine gute Form der Altersvorsorge sein könne, stellte der Erlass denn auch gewisse Instrumente zur Verfügung. Diese Instrumente griffen in der Folge aber nicht. Sie erwiesen sich als zu schwach. Zum ersten betrifft das Gesetz nur die im Bereich des Obligatoriums angesparten Gelder, zum zweiten kann nur der Altersrentner davon Gebrauch machen, und zum dritten ist das Instrument der Verpfändung so unattraktiv ausgestaltet, dass davon kein Gebrauch gemacht wird.
Diese unbefriedigende Situation hat zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen aus allen politischen Lagern geführt. Alle wollten die in der zweiten Säule angesparten Mittel in dieser oder jener Form vermehrt für die Wohneigentumsförderung zugänglich machen. Die konkreteste Lösung für das Problem zeigten die parlamentarischen Initiativen Spoerry und Kündig auf, denen im Frühling 1990 in beiden Kammern mit einer grossmehrheitlichen Unterstützung Folge gegeben wurde. Sie basierten auf der Idee eines Barbezugs unter gleichzeitiger Sicherung des Vorsorgezweckes durch eine Anmerkung im Grundbuch. Vorsorgegelder können gleichzeitig nur für ein selbstgenutztes Objekt geltend gemacht werden. Die vorzeitige Auszahlung ist sofort zu besteuern. Dabei sollen die gleichen Grundsätze zur Anwendung kommen wie bei der Versteuerung der Altersleistung. Der Bundesrat hat die Idee aufgegriffen, ist jedoch in seinem ersten Vorschlag vom vorgelegten Konzept entscheidend abgewichen. Er konnte sich nicht zur Idee des Barbezugs durchringen, sondern schuf das neue Instrument des sogenannten Vorbezugsdarlehens. Dieses Darlehen wäre zu verzinsen gewesen. Der Zins hätte gestundet werden können, wäre aber dennoch steuerlich abzugsberechtigt geblieben. Zudem hätten die Pensionskassen das Darlehen während der ersten 10 Jahre zu einem um dreiviertel Prozentpunkte tieferen Zinssatz abgeben müssen.
So positiv der Grundsatz einer verbesserten Nutzbarmachung der Vorsorgegelder für die Wohneigentumsförderung in der Vernehmlassung aufgenommen wurde, so stark wurde das bundesrätliche Konzept in seiner Ausgestaltung kritisiert.
Der Bundesrat hat den vorgebrachten Bedenken in der Folge zu einem grossen Teil Rechnung getragen. Er legte mit seiner Botschaft vom 19. August 1992 einen deutlich verbesserten Vorschlag vor, der insbesondere auf den Vorzugszins verzichtete. Es ist unerlässlich, dass Versicherte, welche von der Vorbezugsmöglichkeit für selbstgenutzes Wohneigentum keinen Gebrauch machen können oder wollen, nicht benachteiligt werden. Es darf daher jenen Versicherten, welche vorzeitig Geld beziehen, keinerlei Privileg zu Lasten der übrigen Versicherten zugestanden werden.
Diesem Gebot kam der zweite Vorschlag des Bundesrates nach. Bei der Sicherstellung des Vorsorgezweckes dagegen wich er immer noch von der einfachen Lösung gemäss den parlamentarischen Initiativen ab. Ebenso sah er keine sofortige Besteuerung des vorbezogenen Betrags vor. Die Steuer sollte erst im Zeitpunkt der Pensionierung fällig werden. Bei der Sicherstellung wollte sich der Bundesrat nicht mit der Anmerkung einer Veräusserungsbeschränkung im Grundbuch begnügen, sondern räumte den Vorsorgeeinrichtungen ein Grundpfand oder ein Faustpfand am Objekt mindestens in der Höhe des bezogenen Betrages ein. Dieses Vorhaben wurde vor allem von den Pensionskassen kritisiert.
Ihre Kommission hörte im November 1992 Vertreter des Gewerkschaftsbundes, des Mieterverbandes, der Rentenanstalt und einer Pensionskasse an. Die Vertreter der Vorsorgeeinrichtungen plädierten für eine administrativ möglichst einfache Lösung, die auf die notwendige Liquidität der Kassen Rücksicht nimmt. Die Verwendung der Gelder der beruflichen Vorsorge muss in der Eigenverantwortung des Versicherten liegen. Die Pensionskassen sollen nach der Ausführung des Vorbezugs nicht mit unrealistischen Kontrollvorschriften belastet sein und nicht via Grundpfand wenn möglich noch ins Verwertungsprozedere einbezogen werden. Der Vorschlag für die Verpfändung sowohl der Vorsorgeleistungen als auch der Vorsorgeguthaben im gesamten Bereich der beruflichen Vorsorge blieb dagegen unangefochten.
Ihre Kommission hat die vorgebrachten Bedenken in zwei weiteren Sitzungen eingehend diskutiert. Die Kommissionsmehrheit legt Ihnen heute eine Vorlage vor, welche die unterschiedlichen Interessen ausgewogen berücksichtigt. Dabei liegt mir sehr daran, der Verwaltung für die konstruktive Mitarbeit zu danken. Die Verantwortlichen des zuständigen Amtes haben sich gegenüber den Vorschlägen aus der Kommission sehr aufgeschlossen gezeigt, und sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass daraus zum Schluss ein verständlicher und administrierbarer Gesetzestext entstanden ist.
Die Gelder der beruflichen Vorsorge werden neu zugänglich für die Förderung des Wohneigentums, und zwar – das scheint uns wichtig – auch in Form von Anteilscheinen an Wohngenossenschaften. Die Sicherstellung des Vorsorgezweckes wird durch eine im Grundbuch angemerkte gesetzliche Veräusserungsbeschränkung gewährleistet. Zudem darf der Vorbezug die Freizügigkeitsleistung, auf die man im Alter 50 Anspruch gehabt hätte, oder die Hälfte der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt des Bezuges nicht überschreiten. Die Versicherten, welche von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen, erleiden keinerlei Nachteile. Die Vorsorgeeinrichtungen schliesslich werden weder mit administrativem Aufwand unzumutbar belastet, noch wird ihre Anlageautonomie übermässig eingeschränkt. Die endgültige Fassung der Vorlage entspricht im wesentlichen dem Konzept, welches die parlamentarischen Initiativen Spoerry und Kündig vorgeschlagen haben. Die Initiativen können daher als erfüllt abgeschrieben werden.
Eine siebenköpfige Minderheit der Kommission, angeführt von Herrn de Dardel, beantragt Ihnen, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen, damit bestimmte Fragen, vor allem die Verfassungsmässigkeit der Vorlage, vorgängig noch besser überprüft werden können.
Die Mehrheit Ihrer Kommission erachtet diese Rückweisung als unnötig. Der Bundesrat hat gestützt auf viele parlamentarische Vorstösse, beauftragt durch starke Mehrheiten in beiden Kammern, in Abwägung aller von der Minderheit aufgeworfe-

nen Fragen und in Uebereinstimmung mit dem geltenden Verfassungstext von Artikel 34quater eine Botschaft ausgearbeitet. Diese unterlag vorgängig einem Vernehmlassungsverfahren, in welchem der Grundsatz der Wohneigentumsförderung durch die Mittel der beruflichen Vorsorge von breiten Kreisen als zweckmässig und dringlich bezeichnet wurde.
Die heutige Vorlage benachteiligt niemanden. Die Sicherung des Vorsorgezweckes durch die Rückzahlung des Erlöses aus dem Verkauf des selbstgenutzten Wohneigentums an eine Vorsorgeeinrichtung einerseits, aber auch die Limitierung des Vorbezuges gemäss Artikel 30c Absatz 3 andererseits, verhindern Fürsorgefälle im Pensionierungsalter wegen dieses Instrumentes. Durch die sofort fällige Besteuerung des Vorbezuges kommt auch der Fiskus mit einer administrativ einfachen Lösung auf seine Rechnung. Ausserdem nimmt das Gesetz ausdrücklich Rücksicht auf die Liquidität der Vorsorgeeinrichtungen. Einem Aderlass zwecks Amortisation ausstehender Hypotheken kann entgegengewirkt werden.
Die Kommissionsmehrheit bittet Sie daher, den Rückweisungsantrag abzulehnen und anschliessend in allen Punkten den Anträgen der Kommissionsmehrheit zu folgen. Allfällig ergänzende Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen werden in der Detailberatung gemacht.

M. **Deiss,** rapporteur: Ce projet de loi s'inscrit dans l'ensemble des mesures visant à faciliter l'accès à la propriété du logement. En permettant aux assurés, au plus tard trois ans avant la survenance d'un cas de prévoyance, de mettre en gage ou d'obtenir des versements anticipés de leur avoir de prévoyance, on admet aussi que la propriété du logement est une forme appropriée de prévoyance. Cette révision partielle de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité et du Code des obligations répond à toute une série d'interventions parlementaires qui, d'une manière ou d'une autre, énonçaient que la masse considérable de capitaux accumulés par le 2e pilier devait aussi pouvoir servir aux assurés désireux de devenir propriétaires de leurs logements.
En donnant suite à ces interventions, notamment aux initiatives parlementaires Spoerry et Kündig, acceptées à une forte majorité au printemps 1990, ce projet de loi améliore sensiblement les dispositions actuelles de l'article 37 alinéa 4 LPP, qui concerne le droit de toucher la moitié de sa prestation vieillesse en capital par l'assuré qui a atteint l'âge de la retraite, et l'article 40 de la LPP qui concerne la mise en gage, dispositions qui se limitent au régime obligatoire. Parmi les principes et les caractéristiques du projet de loi, quelques points essentiels méritent d'être mis en évidence ici.
Premièrement, les nouvelles dispositions rendent possible l'affectation directe des fonds de la prévoyance à la propriété du logement et améliorent ainsi de manière substantielle les possibilités de mise en gage. En donnant la préférence à l'utilisation directe de l'avoir de prévoyance, on élimine les solutions qui voulaient recourir au prêt hypothécaire notamment, et exercer ainsi une pression sur les taux d'intérêts. En effet, la voie des prêts est non seulement en grande partie un leurre quant à ses incidences possibles sur les taux hypothécaires, mais elle pose aussi la question du rendement des fonds des institutions de prévoyance et des privilèges accordés aux frais des autres assurés aux bénéficiaires de tels prêts.
Les nouveaux instruments devraient être intéressants pour les assurés. Il convient d'ailleurs de signaler aussi qu'il sera possible de financer des parts dans une coopérative de construction et d'habitation. En limitant le montant du gage ou du versement anticipé à l'avoir de prévoyance acquis par l'assuré à l'âge de 50 ans ou, pour un assuré de plus de 50 ans et dans la mesure où le montant serait plus élevé, à la moitié de cet avoir, le projet garantit aussi qu'il subsiste toujours une prestation minimale de prévoyance en espèces. Il va de soi, en effet, que la prestation touchée lors de la survenance d'un cas de prévoyance ou de libre passage est réduite proportionnellement au versement anticipé. C'est pourquoi la commission prévoit l'adjonction d'une disposition favorisant la conclusion d'assurances complémentaires. Enfin, le Conseil fédéral devra édicter des prescriptions concernant l'obligation incombant aux institutions de prévoyance d'informer les assurés des répercussions financières et fiscales du versement anticipé.
Deuxièmement, l'encouragement à la propriété du logement doit préserver le caractère collectif du 2e pilier. C'est pourquoi la garantie du but de la prévoyance revêt une importance primordiale. Il s'agit donc d'assurer la pérennité des moyens destinés à la prévoyance professionnelle. En particulier, il faut mettre en place les garanties suffisantes pour que, en cas d'aliénation, les fonds retournent à l'institution de prévoyance.
Le Conseil fédéral avait prévu, comme instrument de garantie, un droit de gage immobilier. La commission vous propose une méthode plus efficace sous la forme d'une interdiction légale d'aliéner concernant les assurés ainsi que leurs héritiers. La mention correspondante au Registre foncier ne peut être radiée que si des conditions précises sont remplies.
Troisièmement, le remboursement du montant perçu est dû par l'assuré ou par ses héritiers. Lorsque le logement est vendu, des droits équivalents économiquement à une aliénation sont concédés sur le logement en propriété ou, si aucune prestation de prévoyance n'est exigible, en cas de décès de l'assuré. Sous certaines réserves, l'assuré peut évidemment rembourser en tout temps le montant perçu et prétendre ainsi à des prestations proportionnellement plus élevées.
Quatrièmement, du point de vue fiscal, le versement anticipé et le produit obtenu lors de la réalisation du gage sont traités comme un paiement en espèces des fonds de prévoyance. En tant que prestation en capital, ils sont donc immédiatement imposables. L'article 83a (nouveau) de la LPP crée une norme applicable à l'ensemble de la prévoyance professionnelle. En cas de remboursement, le contribuable peut exiger que les impôts payés lui soient proportionnellement compensés ou, le cas échéant, remboursés.
Par ces dispositions, la commission veut éviter les difficultés qui pourraient résulter, pour le propriétaire, de l'application de la solution prévue par le Conseil fédéral. En effet, par l'imposition au moment de la mise à la retraite, le rentier propriétaire pourrait être mis dans de sérieuses difficultés de liquidités. De plus, l'équité semble respectée, puisque le bénéficiaire d'un versement anticipé peut aussi jouir immédiatement des avantages du logement ainsi acquis.
Cinquièmement, en accordant aux institutions de prévoyance la possibilité de différer l'exécution des demandes, la commission a voulu tenir compte des besoins en liquidités des caisses et n'a pas voulu les mettre en difficulté de trésorerie.
Enfin, sixièmement, en conférant au Conseil fédéral une norme de compétence, on lui permet de promulguer une réglementation ad hoc sous forme d'ordonnance et on prévient des possibles collisions avec les principes de placement. De plus, il convient d'attribuer au Conseil fédéral la compétence de promulguer des dispositions d'exécution relatives à la mention au Registre foncier ainsi qu'au dépôt de parts de coopératives de logements et d'habitations.
En conclusion, d'une manière générale, le projet respecte la priorité à garantir aux objectifs de prévoyance et de solidarité du deuxième pilier et la prise en compte raisonnable des aspirations individuelles en matière d'accès à la propriété de l'habitation. Compte tenu des modifications importantes qu'elle a apportées aux modalités d'application, la majorité de la commission vous invite, par 11 voix contre 5, à accepter le projet tel qu'il est issu de ses délibérations.

M. **de Dardel,** porte-parole de la minorité: Je m'exprime comme porte-parole de la minorité de la commission, ainsi que comme représentant du groupe socialiste. Nous sommes favorables à une politique d'accession des personnes à la propriété de leur logement, mais nous demandons que cette politique soit menée de manière démocratique et sociale. Nous ne sommes pas du tout des fanatiques du statut de locataire, car nous sommes trop conscients du caractère aléatoire et précaire de ce statut. D'ailleurs, nous revendiquons pour les locataires un droit de préemption sur leur logement, en demandant que ce droit puisse être exercé effectivement par tous, dans des conditions financières abordables, y compris pour les couches les plus modestes de la population. Nous sommes donc d'accord avec l'entrée en matière.

En revanche, nous sommes sceptiques quant aux modalités de ce projet de loi. Nous partageons à ce sujet l'avis de Mme Dreifuss qui a été entendue par la commission. Elle représentait alors l'Union syndicale suisse. Mme Dreifuss a terminé son intervention devant la commission de notre conseil en indiquant que sa prise de position était principalement empreinte de scepticisme à cause des lacunes du dossier qu'elle avait sous les yeux. Elle a ajouté qu'il était clair que si ces différents points devaient se révéler effectivement aussi négatifs qu'elle venait de le dire, ce scepticisme pourrait se transformer en hostilité.
On peut imaginer que si la commission du Conseil national avait su en novembre 1992, quand elle a examiné cette affaire, que Mme Dreifuss allait devenir conseillère fédérale chargée précisément du dossier que nous discutons aujourd'hui, la commission aurait pris plus au sérieux notre demande de renvoi et de réexamen, telle que nous l'avons formulée.
Nous avions dit, nous socialistes, de voter pour Mme Brunner Christiane. Vous avez refusé. Vous aurez d'autres surprises à l'avenir avec Mme Dreifuss.
Nos critiques portent sur deux aspects essentiels: d'une part, des aspects liés à la question du logement, et plus particulièrement du logement social, et, d'autre part, les aspects qui sont liés aux problèmes posés par le maintien d'une véritable sécurité sociale. En ce qui concerne les problèmes liés au logement, nous constatons tout d'abord que cette loi n'exerce aucune sélection, aucune priorité en faveur de l'habitat collectif par rapport à la maison individuelle, ce qui, à notre avis, est un nonsens au plan écologique et de l'aménagement du territoire.
Ce n'est pas non plus une loi qui lutte vraiment contre la pénurie de logements. Cette loi ne se limite pas à promouvoir l'acquisition de logements nouveaux, mais elle permet également l'acquisition de logements existants. Or, une véritable politique de lutte contre la pénurie de logements devrait se limiter à l'encouragement de l'acquisition de logements nouveaux. Cette loi, il est vrai, intègre, comme on l'a dit, les logements en propriété coopérative, ce qui est une bonne chose, mais il aurait été encore meilleur de donner une priorité caractérisée à l'acquisition de logements coopératifs ou de logements sociaux à des conditions abordables.
L'aspect le plus critiquable de cette loi, à notre avis, est qu'elle n'est pas vraiment une loi d'accession à la propriété de son propre logement. Les retraits anticipés sur le capital de libre passage sont aussi possibles pour des personnes qui sont déjà propriétaires de leur logement, et c'est une chose qui est très importante. Nous avons le sentiment – nous en avons même la certitude – que cette loi va surtout permettre, en tout cas dans un premier temps, à des personnes qui ont acheté des logements trop chers dans les années quatre-vingt d'éponger leurs dettes sous la pression des banques en puisant dans le 2e pilier. Bref, nous pensons que les banques vont pouvoir obliger des propriétaires à puiser dans leur 2e pilier pour rembourser plus facilement leurs dettes hypothécaires.
Cette loi, il est vrai, suscitera probablement un accroissement des liquidités sur le marché immobilier. C'est peut-être une chose positive dans une situation de stagnation, mais nous n'avons pas affaire à une loi conjoncturelle, nous avons affaire à une loi qui est faite pour durer et qui doit également envisager des hypothèses de reprise, voire de surchauffe du marché immobilier, et dans une telle hypothèse, cette loi risque de jouer un rôle très négatif d'ordre spéculatif.
En définitive, nous accordons notre préférence, en ce qui concerne les questions du logement, à l'initiative parlementaire Carobbio, puisqu'elle prévoit d'utiliser une partie des capitaux qui sont en main des caisses de pensions, en vue de placements hypothécaires, le cas échéant à des taux un peu plus bas que ceux du marché, en faveur de la construction de logements sociaux, et uniquement de logements sociaux. La solution Carobbio a l'avantage de lutter contre la pénurie de logements, parce qu'il s'agit de créer des logements nouveaux. Elle n'a aucun caractère spéculatif et elle vise uniquement des logements sociaux.
Le deuxième aspect de nos critiques porte sur la nécessité du maintien d'une véritable sécurité sociale au travers des caisses de prévoyance professionnelle. Contrairement à ce qui a été dit à maintes reprises, notamment dans des déclarations du Conseil fédéral, la propriété d'un logement n'a pas une valeur de prévoyance aussi forte que le versement de rentes. En adoptant les règles constitutionnelles sur les trois piliers, le peuple suisse voulait assurer des rentes suffisantes à la population. La valeur du logement peut varier fortement à la baisse, comme cela est démontré depuis maintenant trois ans, et l'appartement peut donc devoir être vendu, par la personne qui l'aura acheté, à de très mauvaises conditions et avec de lourdes pertes. Dans l'esprit de l'article 34quater de la Constitution fédérale, et même selon la lettre de cette disposition, notamment de son alinéa 6, l'accession à la propriété doit être encouragée par le 3e pilier et non par la prévoyance professionnelle qui, elle, a été conçue pour l'essentiel comme devant assurer l'équivalent du niveau de vie antérieur par le versement de rentes. A notre avis, le problème constitutionnel qui se pose a été éludé trop vite par la majorité de la commission.
Autre aspect encore du point de vue de la sécurité sociale: les versements anticipés sur le capital de libre passage réduisent de manière inadmissible la prévoyance des assurés et de leurs familles pour les risques de décès et d'invalidité. Cette question a été abordée par la commission qui n'a pas réussi à lui donner une solution efficace. Notamment, la commission a renoncé à obliger celui ou celle qui recevrait une partie de son capital de libre passage à souscrire une assurance complémentaire pour compenser la perte subie sur le risque de décès ou sur le risque d'invalidité. La commission a simplement prévu, en définitive, une simple information par la caisse de prévoyance, ce qui, à notre avis, n'est pas suffisant. Une telle lacune dans la loi, d'ailleurs, rend aussi problématique la compatibilité de cette loi avec la Constitution fédérale.
Autre problème lié toujours à la sécurité sociale, c'est celui du transfert social ou collectif des coûts. On court le risque de créer, au travers de cette loi – et c'est un risque qui a été soulevé par des experts, notamment en Suisse romande au début de la discussion générale sur ce projet de loi –, des retraités propriétaires de leurs logements, mais très endettés et démunis de rentes suffisantes, d'où le danger que ces personnes doivent être soutenues par une augmentation des prestations financières à la charge des cantons et des communes.
Enfin, dernier problème, en cas de placement de l'assuré dans une maison de vieillesse – pour les retraités du quatrième âge, comme on l'a souvent évoqué –, le logement risque d'être cédé aux enfants ou à la famille de l'assuré à bas prix, voire gratuitement. Les frais de placement de la personne mise dans un établissement de retraite seront alors couverts par l'assistance sociale à charge des cantons ou des communes et il n'y aura plus de rentes, ou moins de rentes, pour couvrir ces dépenses.
En conclusion, telle qu'elle vous est soumise, cette loi n'est pas destinée aux couches modestes de la population, mais au contraire à celles qui sont déjà favorisées, à ceux qui sont déjà propriétaires, et par un aspect déterminant, celui de la possibilité de payer des amortissements avec des retraits anticipés, cette loi est un véritable cadeau aux banques. Une étude plus approfondie est nécessaire des conséquences économiques d'une telle réforme ainsi que de ses conséquences sur la sécurité sociale de notre pays.
Pour ces raisons, je vous prie d'appuyer la demande de renvoi.

Eymann Christoph: Die liberale Fraktion begrüsst diese Vorlage und stimmt ihr zu. Die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge auf der Basis der parlamentarischen Initiative von Frau Spoerry, die wir heute behandeln, bringt folgende Vorteile: eine breite Streuung von Wohneigentum und eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, welche sich zugunsten der Mieterinnen und Mieter auswirkt. Es stimmt also nicht, wenn Herr de Dardel eine Polarisierung zwischen solchen, die Wohneigentum erwerben können, und solchen, die «nur» Mieterinnen und Mieter sind, konstruieren will. Ein weiterer Vorteil ist der Einbezug von Wohngenossenschaften. Es werden Impulse für das Baugewerbe ausgelöst, und es gibt einen Beitrag zur Entspannung im Anlagemarkt.

Die Lösung ist administrativ einfach. Die Sicherheitsmassnahmen zum Schutze der Versicherten sind ausreichend, und auch die Interessenlage der Kassen ist berücksichtigt worden. Diese Lösung benachteiligt niemanden. Wir bitten Sie aus diesen Gründen um Zustimmung.
Es ist etwas ungewöhnlich, dass Herr de Dardel an dieser Stelle so etwas wie eine Regierungserklärung von Frau Bundesrätin Dreifuss verliest. Frau Dreifuss hat in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsvertreterin zu dieser Vorlage Stellung genommen. Jetzt ist sie bekanntlich Bundesrätin. Ich bin überzeugt, dass sie – Frau Bundesrätin Dreifuss – zwischen diesen beiden Funktionen unterscheiden kann.
Ich bitte Sie um Zustimmung.

Seiler Rolf: Die Forderung nach einer möglichst breiten Streuung des Wohneigentums ist staats- und sozialpolitisch unbestritten. Wohneigentum ist eine finanzielle Reserve; sie ist eine ideale Ergänzung der Vorsorge für das Alter. Die CVP befürwortet daher die Freigabe von Mitteln der zweiten Säule für den individuellen Erwerb von Wohneigentum. Dabei sind jedoch die Ziele und der Solidaritätsgedanke der beruflichen Vorsorge zu beachten. Es gilt zu vermeiden, dass einem Teil der Versicherten finanzielle Vorteile eingeräumt werden, die zu Lasten der Versichertengemeinschaft gehen. Die optimale Nutzung der Mittel der beruflichen Vorsorge zur Wohneigentumsförderung unter Gewährleistung des Vorsorgeschutzes im Normalfall, unter Vermeidung einer groben Benachteiligung der übrigen Versicherten und unter Minimierung der administrativen Umtriebe für alle Beteiligten muss unseres Erachtens Leitlinie für die Ausgestaltung der Neuordnung sein. Im Vordergrund muss aber das Interesse der Versicherten liegen.
Beim vorliegenden Modell des Bundesrates, das durch die Kommission noch verbessert wurde, wurde bei der Abwägung dieser unterschiedlichen Interessen eine vertretbare Lösung gefunden. Allerdings darf man von den vorgesehenen Massnahmen keine Wunder in bezug auf eine wesentliche Erhöhung der Eigentumsquote erwarten. Die irrige Auffassung ist aber weit verbreitet, wonach mit dem Zugriff auf Gelder der zweiten Säule das Problem des privaten Wohneigentums gelöst sei. Trotz dem Heranziehen von Vorsorgegeldern werden sich relativ wenige Versicherte, insbesondere wenige jüngere Versicherte, Wohneigentum leisten können.
Dem Erwerb von Wohneigentum stehen vielfach nicht nur die fehlenden finanziellen Mittel entgegen, sondern auch die Preis- und Marktverhältnisse im Bereich Boden und Wohnen. Dabei sind die Probleme in diesem Bereich darauf zurückzuführen, dass heute der Markt gar nicht spielt. Ob mit der Freigabe von Mitteln der beruflichen Vorsorge eine spürbare zusätzliche Nachfrage entsteht, ist eine offene Frage. Immerhin scheint es uns wichtig, dass die gesteigerte Nachfrage durch ein entsprechend erhöhtes Angebot aufgefangen werden muss. Ohne Erhöhung des Angebotes führen die Förderungsmassnahmen zu unerwünschten Preissteigerungen.
Um den zusätzlichen Preisdruck aufzufangen, hat der Staat unter anderem über raumplanerische und weitere bodenpolitische Massnahmen für eine zweckmässige und bedarfsgerechte Nutzung des Bodens zu sorgen, damit ein grösseres Angebot entsteht.
Im weiteren muss man sich bewusst sein, dass mit dem Vorbezug von Vorsorgegeldern der zweiten Säule eine nicht unwesentliche substantielle Reduktion des Vorsorgeschutzes verbunden ist. Die Tabellen in der Botschaft zeigen, dass bei maximaler Ausschöpfung der Vorbezugsmöglichkeit die verbleibenden Altersleistungen markant reduziert werden. Zudem entstehen Lücken und Risiken bei Invalidität und Tod. Die CVP-Fraktion legt daher grossen Wert darauf, dass die Interessenten für diesen Vorbezug umfassend informiert und über die Folgen des Vorbezuges genau orientiert werden.
In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die CVP-Fraktion Eintreten auf die Vorlage. Sie wird den Rückweisungsantrag der Minderheit de Dardel ablehnen und bei der Detailberatung der Mehrheit der Kommission zustimmen.

Bortoluzzi: Die grundsätzliche Frage, die sich im Zusammenhang mit dieser Vorlage stellt, ist natürlich, ob Wohneigentum als Vorsorgeform auch anerkannt werden soll. Die SVP-Fraktion erachtet die Verwendung von Vorsorgegeldern für selbstbewohntes Eigentum als zweckmässig und unterstützt die von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagene Lösung, die im Detail von den Kommissionssprechern erläutert wurde.
Bedauerlich ist, dass wir uns hier auf der einen Seite bemühen, mit Mitteln der zweiten Säule in einfacher Form mit der Möglichkeit der Barauszahlung die Wohneigentumssituation zu verbessern; auf der anderen Seite werden diese Bemühungen vom gleichen Staat mit hohen Eigenmietwerten und entsprechenden Abgaben praktisch gleichzeitig wieder wettgemacht. Damit wird nicht nur eine Verbesserung über diese Vorlage im Bereich des Wohneigentums in Frage gestellt, sondern ganz grundsätzlich die persönliche Altersvorsorge mittels Eigentum; das betrifft vor allem den Mittelstand in unserer Bevölkerung.
Das Interesse, sich für ein eigenes Heim einzusetzen und sich in andern Bereichen deswegen etwas einzuschränken, um das gewünschte Ziel zu erreichen oder erreichen zu können, wird durch überhöhte Abgaben wiederum geschmälert, vor allem, weil es im Rentenalter mit bescheidenem Einkommen schwierig wird, das als Vorsorge gedachte Eigenheim unter diesen Umständen noch zu halten.
Im Unterschied zum spannenden Handballspiel von heute abend zwischen der Schweiz und Spanien wird es hier bei dieser Vorlage, Herr de Dardel, keine Verlierer geben. Ein Teil der Bevölkerung wird zweifellos gewinnen, und man muss nur diesem Teil den Gewinn gönnen, weil das Gesetz grundsätzlich ja ein positives Zeichen für das Wohneigentum darstellt.
Die Vorlage wird kaum einen Bauboom auslösen. Ich teile hier die Sorge von Kollege Rolf Seiler nicht. Die Eigentumsanteile in der Bevölkerung werden sich deswegen wohl kaum entscheidend verändern. Aber es dürfte doch durch einen relativ einfach zu handhabenden Vorbezug von Geldern der zweiten Säule da und dort möglich sein, den Traum des Eigenheims aufgrund dieser Vorlage zu verwirklichen. Das Gesetz kann aus unserer Sicht als ein erfreuliches Produkt aus diesem Hause bezeichnet werden.

Zwygart: Die LdU/EVP-Fraktion begrüsst die Möglichkeiten der Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge. Wir sind für Eintreten und lehnen den Rückweisungsantrag ab.
Grundsätzlich ist es notwendig, dafür zu sorgen, dass es eine breitere Streuung von Privateigentum an Wohnraum gibt. Das gilt für uns Schweizer im besondern.
Die Vorlage leistet einen Beitrag; aber ein Allerweltsheilmittel ist sie nicht. Grosse Breitenwirkung können wir nicht erwarten, weil nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Nutzniesser werden kann. Kollege Seiler Rolf hat auf die Problematik der hohen Bodenpreise hingewiesen, und diese Hürde können wir damit nicht überspringen. Aber für gewisse Leute kann es ein Vorteil sein, und dafür brauchen wir die notwendigen gesetzlichen Regelungen. Ebenso müssen wir für die Kassen, vor allem für die vielen kleinen «Kässeli», die nötigen gesetzlichen Grundlagen schaffen, um für die Versicherten, die nicht davon profitieren, genügend Sicherheit gewähren zu können, so dass kein Unglück geschieht.
Wohneigentum kann eine alternative Vorsorgeform sein. Wird aber vom Versicherten diese Form gewählt, ist später die Barauszahlung im Rentenalter kleiner. Der Versicherte übernimmt auch einen Teil der Verantwortung für sein Sparkapital, und das ist mit Risiken verbunden. Wie weit man dabei gehen soll, um einschränkende oder eventuell vorbereitende Rahmenbedingungen zu schaffen, das ist die Frage dieses Gesetzes.
Was uns die Kommission hier unterbreitet, scheint das Vorhaben aller Beteiligten in ein gutes Gleichgewicht zu bringen. Der Versicherte kann Vorsorgegelder für Wohnraum zur Eigennutzung unter vernünftigen Bedingungen erhalten, anderseits kann die Versicherung die Gelder ohne übermässigen administrativen Aufwand freigeben.
Jede Form von Geldgeben hat Vor- und Nachteile. Die Suche nach Ausgewogenheit scheint uns gelungen, und es hat sich

offensichtlich gelohnt, den langen Anmarschweg der Kommission zu gehen.
Aber es ist darauf hinzuweisen, dass es auch kritische Punkte gibt, zum Beispiel die Bestimmung über die Selbstnutzung. Dem widerspricht die Flexibilität bei den Arbeitsplätzen. Oder denken wir an die Grenzgänger.
Ein zweiter kritischer Punkt ist die steuerliche Belastung. Bei der sofortigen Bezahlung behindert das diejenigen, die das Geld verwenden möchten, weil ein Teil sofort wieder für die Steuern abgegeben werden muss. Wird andererseits das Geld zu einem späteren Zeitpunkt gefordert, gibt es so hohe Steuerbeträge, dass diese vielleicht den ursprünglich ausbezahlten Betrag übersteigen könnten.
Ein drittes Beispiel: Barbezug oder Verpfändung. Jede Form hat einen administrativen Aufwand zur Folge. Wie gross muss er sein, damit die Sicherheit gewährleistet ist? Welche Risiken dürfen oder müssen eingegangen werden?
Aus dieser offenen Aufzählung sehen Sie, dass es nicht einfach ist, den Weg zu finden. Die vorliegende Vorlage hat gewisse Sicherungen eingebaut, um einen möglichst guten Versicherungsschutz zu gewährleisten und Umgehungsgeschäfte einzudämmen. Andererseits haben Versicherte, die von der Möglichkeit der Wohneigentumsförderung keinen Gebrauch machen, keine Benachteiligung zu befürchten.
Gesamthaft gesehen beurteilen wir die Vorlage als eine gute Möglichkeit, einerseits das Privateigentum an Wohnungen breiteren Kreisen zugänglich zu machen und andererseits die Vorsorgeleistungen unserer Versicherungen zu sichern.

Gysin: Die freisinnig-demokratische Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage.
Von freisinniger Seite haben wir schon vor längerer Zeit die Auffassung vertreten, das Wohneigentum sei mit Mitteln der beruflichen Vorsorge zu fördern. Ich erinnere an verschiedene Motionen von 1986 und an die parlamentarische Initiative Spoerry von 1989.
Es ist klar, dass diese Regelung sehr sorgfältig getroffen werden muss, damit sich nicht Eigentumsförderung und finanzielle Erfordernisse der beruflichen Vorsorge in die Quere kommen. Man darf jedoch sagen, dass Bundesrat und Kommission dieser Aufgabe mit aller Umsicht nachgekommen sind. In der Fassung der Kommissionsmehrheit ist nach Meinung unserer Fraktion der Vorlage auch im Detail zuzustimmen.
Die Kommission hat an den Vorschlägen des Bundesrates eine Anzahl sinnvoller Aenderungen vorgenommen. Von grösserer Bedeutung ist dabei zum ersten der Verzicht auf die Grundpfandsicherung und ihr Ersatz durch eine blosse Anmerkung im Grundbuch, wobei aber eine genügende Sicherheit erreicht wird. Sodann erwähne ich die Besteuerung im Moment des Vorbezuges, die im Unterschied zur Besteuerung im Moment des Pensionseintrittes für den Versicherten eine sofortige Klarheit schafft. Soviel zu den Anträgen der Kommission, zu denen keine Minderheitsanträge vorliegen.
Eine Minderheit der Kommission jedoch, die vor allem aus Sozialdemokraten besteht, beantragt Rückweisung der ganzen Vorlage an den Bundesrat. Wohlverstanden: die Minderheit behauptet nicht, die Vorlage enthalte im einzelnen eine schlechte Regelung. Sie gebraucht für ihren Antrag eine ganz andere Begründung: Die Verfassungsmässigkeit der Vorlage sei zu untersuchen. Aber Eigentumsförderung ist gemäss Bundesverfassung sogar geboten, wie Artikel 34quater Absatz 6 und Artikel 34sexies Absatz 1 BV eindeutig fordern.
Natürlich soll die Eigentumsförderung nicht die Ziele der beruflichen Vorsorge beeinträchtigen. Aber das tut diese Vorlage nicht. Sie ist klar verfassungsmässig, und sie ändert nichts am System der beruflichen Vorsorge, womit auch weitere Einwände der Minderheit entfallen.
Es will mir scheinen, der Minderheit passe schlicht das Vorhaben nicht, das Wohneigentum mit Hilfe von Vorsorgegeldern zu fördern, denn die von ihr angeführten Gründe wirken sehr herbeigezwungen. Oder um meinen Eindruck noch etwas deutlicher zu äussern: Eigentlich ist die Minderheit ganz einfach dagegen, während wir dafür sind.
Ich empfehle Ihnen deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Die freisinnig-demokratische Fraktion ist überzeugt, dass endlich ein Schritt zur Förderung des Wohneigentums nötig ist. Es genügt nicht, immer mit schönen Worten das Wohneigentum zu preisen. Es muss endlich etwas Handfestes dafür unternommen werden. Die Pensionskassengelder bieten sich dafür an.
Man hat sich gefragt, wieviel denn die beantragte Regelung nützen werde. Das lässt sich nicht zum vorneherein genau ausmachen. Eine geradezu massive Inanspruchnahme der neuen Möglichkeit ist hingegen nicht zu erwarten. Der Effekt kann sich je nachdem eher in einem mässigen Rahmen halten. Aber das spricht nicht gegen die Vorlage. Jeder Fortschritt im Bereich der Wohneigentumsförderung ist erwünscht. Aus meiner Sicht sollte sich die Förderung des Wohneigentums durch die öffentliche Hand nicht in dieser Regelung erschöpfen. Andererseits soll man nicht gleich die volle Perfektion dieser Förderung anstreben, sondern jetzt einmal das Naheliegende realisieren. Dazu eignen sich die Vorschläge des Bundesrates und der Kommission.
Namens der freisinnig-demokratischen Fraktion beantrage ich Eintreten auf die Vorlage, Ablehnung des Rückweisungsantrages und Zustimmung zu den Anträgen der Kommissionsmehrheit.

Hafner Rudolf: Diese Vorlage reisst die grüne Fraktion nicht gerade von den Stühlen. Sie haben gehört, dass verschiedene Votanten euphorische Worte gebraucht haben. Andere waren ein bisschen vorsichtiger. Unsere Haltung ist auch eher die der Vorsicht.
Interessant ist auch, dass niemand von den Vorrednern auf die prinzipielle Problematik der zweiten Säule näher eingetreten ist. Sie können sich erinnern, dass man bei der seinerzeitigen Installation der zweiten Säule immerhin über die Problematik des Kapitaldeckungsverfahrens – auch von seiten der Experten – einige kritische Worte gehört hat. Die zweite Säule hat die Eigenschaft, dass sehr grosse Kapitalien aufgestockt werden; dafür müssen irgendwelche Anlagezwecke gesucht werden. Von daher ist es kein Zufall, dass Herr Gysin seitens der freisinnig-demokratischen Fraktion indirekt gesagt hat, es gebe dort jetzt grosse Kapitalien. Auf der anderen Seite will man Wohneigentumsförderung betreiben; folglich kann man auf diese Kapitalien zurückgreifen. Das ist eine relativ augenscheinliche Entwicklung.
Dies ist aber eine scheinbare Logik. Man müsste doch fragen: Welche grundsätzliche Folgen sind von dieser Vorlage zu erwarten? Unsererseits sind wir nicht prinzipiell gegen eine Förderung des Wohneigentums, aber wir sind doch der Auffassung, dass man das gründlich abklären müsste, dass die Folgen transparent sein müssen, wenn von verschiedenen Seiten her grosse Erwartungen in sie gesetzt werden.
Herr de Dardel hat den Minderheitsantrag auf Rückweisung begründet. Es scheint uns, dass diese Begründung durchaus plausibel ist.
Es gibt noch eine andere Seite, die uns zu Bedenken Anlass gibt. Eine involvierte Vereinigung hat der Kommission einen Brief geschrieben – ich zitiere aus dem Brief des Schweizerischen Verbands für privatwirtschaftliche Personalvorsorge –: «Die Auswirkungen der vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen sind schwierig abzuschätzen. Der Einsatz der Vorsorgegelder erscheint nur dann sinnvoll, wenn die schweizerischen Gesetzgeber aller Stufen durch entsprechende raumplanerische Massnahmen auch dafür sorgen, dass das Baulandangebot verflüssigt wird und dadurch ein grösseres Angebot entsteht. Eine isolierte Massnahme in Form der teilweisen Deblockierung der Gelder der beruflichen Vorsorge löst die Problematik der hohen Liegenschaftspreise und des knappen Baulandangebots in unserem Land keineswegs, sondern verschärft sie noch.»
Weil das die voraussichtlichen Folgen dieser Vorlage sind, ist die grüne Fraktion ihr gegenüber kritisch eingestellt; dieser Brief hat uns sensibilisiert. Wenn die Verwendung von Geldern der zweiten Säule für Wohneigentumsförderung die Vergrösserung des Baulandangebots und eine Rückzonung von naturnahem Land zur Folge hätte, wäre dies nicht in unserem Sinne.

Abgesehen von diesem Sachverhalt bin ich generell der Auffassung, die Auswirkungen der Vorlage seien zu wenig gut bekannt. Kollege de Dardel hat in seiner Begründung des Antrags der Minderheit darauf aufmerksam gemacht, dass eine Reihe von Fragen noch offen ist. Es ist zuzugeben, dass in diesem Bereich die Auswirkungen schwierig zu prognostizieren sind; aber das soll für uns kein Anlass dazu sein, die Fragen nicht gründlich abzuklären. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass diese offenen Fragen noch gründlich abgeklärt werden sollten, und wir sind daher mehrheitlich der Auffassung, dass die Rückweisung begründet ist.
Was die Anträge der Mehrheit bzw. der Minderheit betrifft, möchte die Mehrheit der Kommission eine grösstmögliche Mittelzuweisung ermöglichen. Es sollten auch bestehende Hypothekarschulden abgelöst werden. Wir sind auch da eher kritisch. Im Titel der Vorlage heisst es «Wohneigentumsförderung»; es stellt sich die Frage – wenn man wirklich dem Antrag der Mehrheit zustimmen will, dass bestehende Hypothekardarlehen abgelöst werden können –, ob der Titel nicht besser lauten würde: «Förderung einer Entschuldung der bestehenden Liegenschaften», oder allenfalls: «Förderung einer Minderverzinsung der bestehenden Hypothekarschulden» oder ähnlich. Auf jeden Fall stellt sich die Frage, wenn Sie der Mehrheit zustimmen, ob der Titel der Vorlage richtig ist.
Wir denken auch – wie Herr de Dardel ebenfalls sagte –: Es kommen nicht alle Bevölkerungskreise wirklich in den Genuss dieser Vorlage. Es ist anzunehmen, dass diejenigen, die eine gute Vorsorge haben, vor allem Hypothekarschulden zurückzahlen können und von günstigeren Zinssätzen profitieren. Aber die breite Bevölkerung, die rund 70 Prozent ausmacht und heute einfach ihren Mietzins bezahlen muss, wird durch diese Vorlage auf dem knappen Wohnungsmarkt kaum bessergestellt.

Steinemann: Die Fraktion der Auto-Partei hat ein grosses Interesse an einer breiten Streuung des Wohneigentums. Sie unterstützt alle Bestrebungen dazu, solange sie ordnungspolitisch unbedenklich sind. Obwohl wir auf die Vorlage eintreten, warnen wir heute vor übertriebenen Hoffnungen.
Die Probleme liegen tiefer. Für eine echte Wohneigentumsförderung sind ebenso wesentlich: Raumplanungsmassnahmen und viele andere Verbesserungen und Vereinfachungen in den Bewilligungs- und Planverfahren. Die heutigen Fristen für Baubewilligungen sind schlicht nicht akzeptabel. Das Aufspielen der Bau- und Bewilligungskönige auf allen Stufen, insbesondere der Umweltschutzämter, verängstigt Bauwillige und minimiert jeglichen Investitionswillen. Die Neigung, uns selbst mit ungezählten Vorschriften, Normen, Prüf- und Bewilligungsverfahren ein Bein nach dem anderen zu stellen, über das auch der Unternehmungslustigste noch stolpern muss, und die Meinung, bei uns sei alles schon gut, man könne es kaum noch besser machen, diese Neigung und diese Meinung müssen dringend revidiert werden.
Mehr als die Hälfte der rein baulichen Mehrkosten in den letzten zwanzig Jahren sind auf behördliche Vorschriften und Normen zurückzuführen. Auch all die gestiegenen Handänderungs- und anderen Kosten, und wie sie alle heissen mögen, tun ihr Negatives dazu. Geotechnische Gutachten, Prüfungen, Auflagen für Wärme- und Schallschutz erfordern kaum noch bezahlbare Baukonstruktionen und Isolationsmassnahmen usw. Die Liste liesse sich beliebig verlängern. Sogar die Finanzierungskosten steigen wegen der langen Bewilligungs- und Auflageverfahren immer weiter. Als Architekt könnte ich Ihnen noch viele unschöne Lieder singen, die von Behinderungen innovativer Menschen und von frustrierten Bauwilligen handeln.
Die Fraktion der Auto-Partei erwartet von Regierungen und Behörden aller Stufen, sich der längst versprochenen Deregulierung endlich anzunehmen. In dieser Hoffnung werden wir auf die Vorlage eintreten und ihr auch im Detail zustimmen.

Frau **Spoerry**, Berichterstatterin: Ich habe mich schon bei meinem Eintretensvotum zum Rückweisungsantrag geäussert, ich kann mich daher jetzt kurz fassen. Ich möchte auf die Fragen eingehen, die Herr de Dardel in seinem Rückweisungsantrag aufwirft, und nochmals bestätigen, dass erstens die Frage der Verfassungsmässigkeit klar ist. Artikel 34quater BV lässt die Förderung des Wohneigentums als Vorsorge zu.
Zweite Frage: Entspricht die vorliegende Gesetzesänderung dem gesetzlichen Auftrag der beruflichen Vorsorge? Das ist klar mit Ja zu beantworten, denn bereits das geltende Recht lässt eine gewisse Förderung des Wohneigentums zu, aber mit Instrumenten, die sich als nicht effektiv erwiesen haben, die in der Praxis keine Wirkung zeitigen. Das ist gerade der Grund, warum man diese Instrumente verbessern muss.
Zur dritten Frage, den Auswirkungen des Gesetzentwurfes. Ich kann nur nochmals wiederholen, dass die Gleichstellung der Versicherten als oberstes Gebot in der beruflichen Vorsorge gewahrt ist. Die Entwicklung der Renten jener Versicherten, die von diesem Instrument keinen Gebrauch machen, wird durch diese Vorbezüge nicht tangiert. Jene Versicherten, die den Vorbezug erhalten, bekommen selbstverständlich eine gekürzte Leistung im Alter. Dafür konnten sie ihre Wohnkosten reduzieren, Wohnkosten, die bekanntlich einer Teuerung unterliegen. Sie können also hier die Teuerung auffangen, und sie haben den Gegenwert des eigenen Objektes.
Viertens zur Frage nach einer Kostenüberwälzung auf Kantone und Gemeinden dadurch, dass dann mehr Ergänzungsleistungen beansprucht werden müssten: Das wird durch die Ausgestaltung dieser Vorlage klar verhindert, und zwar durch zwei Instrumente: Der Vorsorgezweck wird gesichert; ein Verkauf ist nur möglich, wenn der Barbezug aus dem Erlös des Verkaufes wieder an eine Vorsorgeeinrichtung zurückgeht. Wenn kein Verkauf erfolgt, behält der Versicherte das Wohneigentum als Sicherung im Alter. Als zweite Schranke ist eingebaut, dass der Barbezug begrenzt wird. Gemäss Artikel 30c Absatz 3 kann man zum Zeitpunkt des Bezuges nur die Hälfte der Freizügigkeit beanspruchen bzw. ab dem Alter 50 höchstens die Freizügigkeitsleistung, die man im Alter 50 zugute hat. Es sind also Sicherungen eingebaut, so dass keine Fürsorgefälle entstehen können; es sind keine Auswirkungen auf die Ergänzungsleistungen zu erwarten.
Etwas ganz Wichtiges ist zudem seitens der Kommission neu in die Vorlage eingeflossen, ebenfalls im Bestreben, dass die Versicherten wissen, was sie in bezug auf ihre Vorsorge tun. Die Versicherungseinrichtungen haben die Pflicht, die Versicherten, welche dieses Instrument beanspruchen wollen, über sämtliche möglichen Auswirkungen mit Bezug auf Besteuerung, mit Bezug auf Reduktion ihrer Vorsorgeleistung vollumfänglich zu informieren. Wenn das der Fall ist, sollten wir nachher die Versicherten in die Eigenverantwortung entlassen können.
Auch die Frage hinsichtlich Verlust an Steuersubstrat für die öffentliche Hand ist perfekt gelöst, Herr de Dardel. Der Barbezug wird im Moment der Auszahlung zu den gleichen Regeln steuerbar, wie sie für die Altersleistung gelten.
Fünftens: Zur Frage nach der Preisentwicklung aufgrund eines Andranges oder einer Verknappung auf dem Immobilienmarkt ist zu bemerken, dass die Aussagen der Vorredner äusserst widersprüchlich waren. Die einen sagen, das Instrument bringe nichts, und die anderen sagen, es gebe einen solchen Druck, dass heute nicht eingezontes Land eingezont werden müsse. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Vor allem muss ich darauf hinweisen, dass die Gelder vorhanden sind; man sucht nach einer Anlagemöglichkeit für sie. Ob die Vorsorgeeinrichtung oder der Versicherte mit seinem Geld eine Anlage sucht, ist im Endeffekt für den Immobilienmarkt kaum entscheidend.
Aus diesen Gründen ist der Rückweisungsantrag der Minderheit de Dardel gänzlich überflüssig. Sämtliche Fragen wurden studiert und beantwortet. Es ist eine gute, klare, einfache Vorlage. Ich bitte Sie, ihr zuzustimmen und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

M. **Deiss**, rapporteur: Je ne m'exprime que sur la proposition de renvoi présentée par la minorité de Dardel au nom du Parti socialiste. Ce n'est vraiment pas le moment de tergiverser encore avec ce projet. Le seul reproche qui pourrait être fait est la portée relativement limitée que ces mesures pourraient avoir, mais on ne peut pas en conclure, comme l'a fait M. de Dardel, que cela se fait sur le dos des couches modestes. Ceux qui en

bénéficieront le feront à leurs propres frais, mais cela ne prétérite pas la situation des autres assurés qui ne voudraient ou ne pourraient pas faire appel à ces fonds. D'ailleurs, les points soulevés dans la proposition de renvoi ont été tous discutés et liquidés en commission. Je les reprends brièvement.
En ce qui concerne la question de la constitutionnalité, le 2e pilier est aussi admissible pour la constitution de propriété de logement. D'ailleurs, l'article 37 alinéa 4 de la LPP prévoit cette possibilité et l'article 40 prévoit la possibilité de la mise en gage qui est prévue, d'ailleurs, dans le Code des obligations.
Deuxième question: le logement est-il un élément de prévoyance? La LPP doit effectivement assurer le maintien du niveau de vie antérieur et le logement assure l'habitat. La propriété économise le loyer qui est un véritable problème pour beaucoup de rentiers et la valeur réelle du service rendu par le logement possédé – cette valeur réelle du service de l'habitat – demeure, reste acquise au propriétaire. C'est donc un élément important du maintien du niveau de vie de ce dernier, même lorsqu'il aura atteint l'âge de la retraite.
En ce qui concerne la question de l'indexation des rentes, on peut même dire que la propriété du logement est une garantie meilleure que les rentes elles-mêmes, puisque l'on sait que les institutions de prévoyance ont de la peine à garantir une indexation des rentes et que l'indice progresse souvent à cause des loyers. Donc, celui qui est propriétaire a une indexation acquise à travers le logement qu'il occupe.
En ce qui concerne la question des transferts des coûts vers les cantons et les communes par l'intermédiaire des prestations complémentaires, le sujet n'est, à mon avis, pas directement concerné. Celui qui dispose d'un logement financé par le 2e pilier n'entre probablement pas en ligne de compte pour les prestations complémentaires, puisqu'en ayant un 2e pilier suffisant pour lui permettre l'accession à un logement, il est de toute façon au-delà des limites fixées pour les prestations complémentaires. N'oublions pas non plus que le projet limite les prélèvements possibles, puisque vous ne pouvez prélever que ce que vous avez accumulé jusqu'à l'âge de 50 ans ou la moitié, si ce montant est supérieur, au-delà de cet âge.
Le problème concernant la question de la perte de substance fiscale du fait de l'exonération est liquidé, puisque le projet de la commission prévoit une imposition immédiate, qui a d'ailleurs le grand avantage aussi de mettre le nouveau propriétaire devant les réalités dans leur totalité et de ne pas surseoir à ce problème jusqu'au moment de la mise à la retraite.
Enfin, la question des incidences sur le marché immobilier: il ne s'agit pas là d'exagérer les effets, puisque ces capitaux, de toute façon, existent et doivent être placés, qu'ils le soient par les rentiers pour acquérir un logement en propriété ou par les caisses de prévoyance pour acquérir des logements qui sont loués. Finalement, la demande est là de toute façon. Donc, l'influence sur les prix du marché immobilier ne devrait pas être trop importante.
Pour toutes ces raisons, il me semble que la commission a démontré que les questions ont été étudiées d'une manière approfondie, que ce projet est maintenant mûrement réfléchi et qu'il convient donc non seulement d'entrer en matière, mais de traiter la question.

M. **Cotti,** conseiller fédéral: Vous savez certainement que la loi sur la prévoyance professionnelle, que le Parlement a votée il y a quelques années, prévoit déjà dans deux articles – à l'article 37 et à l'article 40 – des réglementations concernant la propriété immobilière. Prétendre donc, Monsieur de Dardel, qu'il n'y a pas de bases constitutionnelles signifierait revenir sur une question que le Parlement a déjà résolue de manière claire lors de la présentation et de l'approbation de la loi de base. Il s'agit ici simplement d'une extension des possibilités d'intervention de l'Etat pour favoriser et encourager la propriété de logement. Il n'y a donc aucun doute sur le fait que cela soit clairement fondé sur la disposition de la constitution que M. Deiss a d'ailleurs évoquée.
Mais si la constitution et la loi prévoient déjà cette possibilité, il faut dire clairement que les dispositions actuelles rendent très difficile la possibilité d'utiliser d'une manière ou d'une autre les moyens du 2e pilier pour l'acquisition d'immeubles. Je citerai, en particulier, une faiblesse fondamentale de la réglementation actuelle, faiblesse qui réside surtout dans le fait que ce n'est pas le capital de prévoyance accumulé qui peut faire l'objet de la mise en gage. Inutile, donc, de souligner que le créancier a très peu intérêt à se fonder sur une prétention future possible, mais pas certaine, de l'assuré. Et c'est aussi la raison pour laquelle, vous le savez, les possibilités actuelles de la loi n'ont pratiquement jamais été utilisées. Il s'agit donc maintenant, bien sûr, d'essayer d'améliorer la situation, de créer certaines bases qui permettent effectivement la liaison entre 2e pilier et encouragement à la propriété.
Le Conseil fédéral s'est attelé à ce travail sur la base de deux initiatives parlementaires, celle de M[me] Spoerry et celle de M. Kündig. Il s'est surtout fondé sur deux préoccupations: d'un côté, essayer de donner et de créer des bases pour encourager réellement l'acquisition d'une propriété immobilière et, de l'autre côté, ne pas oublier les finalités essentielles du 2e pilier. Dans tous les cas où les deux finalités légitimes pouvaient entrer en concurrence, le Conseil fédéral a choisi de vous proposer la solution la plus tranquille, la solution qui présente le moins de risques. Et c'est ainsi que, par exemple, même face à des requêtes qui nous demandaient de mettre à la disposition de l'acquisition de la propriété l'ensemble du capital du 2e pilier, le Conseil fédéral a préféré choisir la voie de la garantie et de la sécurité en limitant le capital accumulé seulement jusqu'à l'âge de 50 ans. Cela, bien sûr, diminue les possibilités concrètes de puiser dans le fonds pour acquérir une propriété immobilière, mais donne tout de même la garantie que le 2e pilier conserve ses fonctions fondamentales, établies par la Constitution fédérale.
Un deuxième but ne peut pas être oublié dans la proposition qui vous est faite. De temps à autre, on affirme – et je partage cet avis – que le 2e pilier est souvent trop rigide dans ses mécanismes et que l'assuré est pratiquement lié au-delà des limites normales et acceptables. Il faut donc donner à l'assuré une certaine flexibilité. Il faut pouvoir faire appel à sa responsabilité personnelle dans certaines limites. Laisser effectivement à l'assuré le choix entre les voies traditionnelles d'assurance et la voie immobilière, liée à toute une série de précautions, me paraît apporter une flexibilité nouvelle, utile et appropriée dans le cadre du 2e pilier. Cela laisse tout de même à l'assuré une certaine marge de manoeuvre et ne le lie pas outre mesure. L'assuré qui choisirait la voie immobilière, saurait, sur la base de l'expérience qui a été faite pendant des décennies, que des garanties seraient données.
Tous les éléments économiques nous disent, en effet, que si une solution de ce type avait pu être réalisée il y a trente ou quarante ans, les assurés s'en seraient très bien sortis. Il est vrai que le discours doit être fait à moyen et long terme parce qu'il est possible que, dans un moment particulier, l'évolution du marché immobilier puisse se révéler négative. Mais, sur une longue période, l'histoire a prouvé que la possibilité que l'on donne à l'assuré est absolument excellente.
Le Conseil fédéral vous propose ainsi une solution qui, comme elle a été définie ici par MM. Bortoluzzi, Eymann Christoph et Seiler Rolf, permet d'affirmer qu'elle est équilibrée, qu'elle tient compte des différents intérêts et qu'elle n'oublie pas du tout les finalités essentielles du 2e pilier.
Parmi les nouveautés importantes de la solution qui vous est proposée, il y a avant tout la possibilité de mettre à disposition l'ensemble de la prévoyance professionnelle pour acquérir un logement, pour les investissements indirects, ou pour mettre en gage. La deuxième nouveauté très importante est le fait qu'une partie de la prévoyance, comme je le disais, soit maintenue sous forme d'espèces.
Vous savez qu'il y a deux divergences entre les propositions de la commission et les propositions initiales du Conseil fédéral. Nous avions prévu, pour la garantie de l'attitude correcte de l'assuré, la réalisation d'un vrai propre gage immobilier. La commission préfère en revenir à l'introduction pure et simple d'une restriction d'aliénation légale au Registre foncier, et le Conseil fédéral se déclare d'accord avec cette solution.
Deuxième divergence plus importante: les effets fiscaux de l'opération se déploieront, suivant la proposition de la com-

mission, dès l'utilisation de la possibilité offerte par la loi à l'assuré. Nous aurions préféré – je le dis ouvertement – laisser les conséquences fiscales au moment de l'entrée à la retraite de l'assuré, parce qu'il n'y a pas de doute que l'anticipation des conséquences fiscales pourra éventuellement décourager certains assurés à utiliser les voies qui leur sont offertes, mais nous sommes là aussi d'accord avec les propositions de la commission.
M. Seiler Rolf et d'autres ont signalé à juste titre qu'il ne faut pas se faire d'illusions quant aux conséquences finales de l'opération. Il y aura une partie importante d'assurés, ceux aux revenus les plus bas, qui n'auront guère la possibilité de profiter des occasions nouvelles offertes par la loi. Donc, il faut être bien clair: il ne faut pas vendre la proposition qui vous est faite par le Conseil fédéral comme le nec plus ultra, mais nous sommes tout de même d'accord – nous tous, Mesdames et Messieurs – que face à un pourcentage de propriété immobilière en Suisse, qui se situe en dessous de 30 pour cent – nous sommes parmi les pays européens qui ont le pourcentage le plus bas de propriété immobilière – le fait de pouvoir augmenter en partie cette quote-part de propriétaires est un fait utile qui doit être accepté.
C'est la raison pour laquelle je me permets de vous proposer, au nom du Conseil fédéral, de repousser la proposition de renvoi de la minorité de Dardel et d'entrer en matière.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	100 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	33 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Gliederungstitel vor Art. 27, Art. 30a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, titre précédant l'art. 27, art. 30a
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 30b
Antrag der Kommission
Der Versicherte kann den Anspruch auf Vorsorgeleistungen oder einen Betrag bis zur Höhe seiner Freizügigkeitsleistung nach Artikel 331d des Obligationenrechts verpfänden.

Art. 30b
Proposition de la commission
L'assuré peut mettre en gage le droit aux prestations de prévoyance ou un montant à concurrence de sa prestation de libre passage conformément à l'article 331d du Code des obligations.

Frau **Spoerry**, Berichterstatterin: Im Auftrag der Kommission möchte ich zu diesem Artikel eine Präzisierung anbringen. In Artikel 30b heisst es: «Der Versicherte kann den Anspruch auf Vorsorgeleistungen oder einen Betrag bis zur Höhe seiner Freizügigkeitsleistung nach Artikel 331d des Obligationenrechts verpfänden.»
Es geht um das Wort «oder». Es gibt in diesem Rat Kolleginnen und Kollegen, welche wissen, dass wir mit dem Wort «oder» schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht haben. Ich denke an die Einmaleinlagen bei der direkten Bundessteuer, wo das Wort «oder» von der Verwaltung anders ausgelegt wird, als der Rat es beschlossen hatte. Deswegen ist die Präzisierung angebracht. Wir haben die Frage ausdiskutiert. Das «oder» bedeutet «und/oder»; es ist also ein kumulatives, kein alternatives «oder». Das ist ein Problem, das sich vor allem in der deutschen Sprache stellt; es musste zuhanden der Materialien präzisiert werden.

Angenommen – Adopté

Art. 30c
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Der Versicherte kann bis drei Jahre ....
Minderheit
(de Dardel, Gonseth, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Leuenberger Ernst)
.... seiner Freizügigkeitsleistung zum Erwerb von Wohneigentum für ....

Abs. 2, 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 4
.... entsprechend den jeweiligen Vorsorgereglementen und den technischen Grundlagen der Vorsorgeeinrichtung gekürzt. Um die Folgen einer allfälligen Kürzung der Leistungen bei Tod und Invalidität zu vermeiden, bietet die Vorsorgeeinrichtung nach Möglichkeit eine Zusatzversicherung an.
Abs. 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 6 (neu)
Der Vorbezug gilt im Scheidungsfall als Freizügigkeitsleistung und wird nach Artikel 22 des Freizügigkeitsgesetzes beurteilt.
Abs. 7 (neu)
Wenn durch den Vorbezug oder die Verpfändung die Liquidität der Vorsorgeeinrichtung in Frage gestellt wird, so kann sie die Erledigung der entsprechenden Gesuche aufschieben. Die Vorsorgeeinrichtung legt in ihrem Reglement eine Prioritätenordnung für die Aufschiebung dieser Vorbezüge bzw. Verpfändungen fest. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 30c
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)
Minorité
(de Dardel, Gonseth, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Leuenberger Ernst)
.... de libre passage pour l'acquisition d'un logement ....

Al. 2, 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 4
.... une réduction des prestations de prévoyance calculée d'après les règlements de prévoyance et les bases techniques des institutions de prévoyance respectives. Afin de pallier les conséquences d'une éventuelle réduction des prestations en cas de décès et d'invalidité, l'institution de prévoyance propose autant que possible une assurance complémentaire.
Al. 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 6 (nouveau)
En cas de divorce, le versement anticipé est considéré comme une prestation de libre passage et sera traité par le juge conformément à l'article 22 de la loi fédérale sur le libre passage.
Al. 7 (nouveau)
Si le versement anticipé ou la mise remettent en question les liquidités de l'institution de prévoyance, celle-ci peut différer l'exécution des demandes y relatives. L'institution de prévoyance fixe dans son règlement un ordre de priorités pour l'ajournement de ces versements anticipés ou de ces mises en gage. Le Conseil fédéral règle les modalités.

M. **de Dardel**, porte-parole de la minorité: La proposition de minorité que j'ai faite concerne la prévoyance professionnelle obligatoire, c'est l'article 30c LPP, mais aussi la prévoyance professionnelle non obligatoire puisque j'ai fait une proposition identique pour les articles 331d et 331e du Code des obligations. Je vous demande d'accepter de traiter ces trois propositions simultanément.
L'idée du projet de loi est de permettre aux assurés de retirer, de manière anticipée, les fonds du 2e pilier non seulement

pour l'acquisition d'un logement, mais également pour amortir des achats immobiliers qui ont déjà été effectués. Autrement dit, il s'agit de permettre des amortissements de dettes hypothécaires pour des personnes qui sont déjà propriétaires et il ne s'agit pas seulement d'encourager l'accès à la propriété d'un nouveau logement.
A notre avis, il y a une double critique à formuler. La première, pour la formuler brièvement: c'est un cadeau aux banques. C'est l'aspect le plus critiquable de cette loi, et nous pensons même qu'il s'agit là de son but véritable, car il est clair qu'en Suisse, après la période de spéculation immobilière que nous avons connue, de nombreux petits propriétaires de leur logement ont des difficultés à payer leurs intérêts et ont des difficultés à rembourser leurs amortissements. Ces personnes sont sous la pression des banques qui insistent évidemment pour obtenir le versement des intérêts et des amortissements. Et les banques, plutôt que de consentir des étalements des paiements ou même des remises de dette à ces personnes en difficultés, vont pouvoir les forcer à puiser dans leur 2e pilier. Cette circonstance nous semble d'autant plus fâcheuse qu'en puisant dans leur 2e pilier, ce n'est pas seulement leur propre prévoyance professionnelle que ces petits propriétaires vont mettre en cause, mais c'est également la situation de sécurité de leur famille pour les cas d'invalidité et de décès de l'assuré. En revanche, les banques pourront ainsi éviter une partie des pertes qu'elles méritent pourtant largement de supporter après le rôle déterminant qu'elles ont joué dans la période de spéculation immobilière des années quatre-vingt.
L'autre critique est que cette possibilité, donnée aux assurés de rembourser des dettes hypothécaires sur des acquisitions immobilières déjà existantes, va permettre, en fait, des opérations qui vont complètement détourner l'institution de la prévoyance professionnelle. Rien n'empêchera, en effet, un assuré de retirer une partie de son 2e pilier pour rembourser une hypothèque, puis de créer immédiatement, sur le même objet, une nouvelle hypothèque pour obtenir des fonds qui seront affectés à un autre investissement, par exemple immobilier, ou à un autre placement financier. Cette situation crée en fait un gros trou du point de vue de la garantie de prévoyance, du point de vue du maintien de la prévoyance professionnelle comme un instrument de sécurité sociale, et non comme un instrument d'épargne ou de placement financier. Ma proposition vise donc à limiter l'application de la loi à l'acquisition d'un logement et à exclure le paiement d'amortissements hypothécaires par des assurés qui sont déjà propriétaires.
Merci en conséquence de donner une suite favorable à cette proposition de minorité. C'est une proposition qui est faite en faveur des personnes, en faveur des assurés, et non en faveur des banques.

Präsident: Die FDP- und die liberale Fraktion teilen mit, dass sie die Mehrheit unterstützen.

Frau **Spoerry,** Berichterstatterin: Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, den Minderheitsantrag de Dardel abzuweisen. Es geht darum, dass die Minderheit den Barbezug aus einer Vorsorgeeinrichtung nur dann gestatten will, wenn Wohneigentum neu erworben wird. Ihr Antrag würde also die Möglichkeit des Barbezuges einschränken, im Gegensatz zum Antrag der Mehrheit, die den Barbezug für Investitionen am bestehenden Wohneigentum, für die Abzahlung von Hypotheken und für die Finanzierung von Anteilscheinen an Wohnbaugenossenschaften zulassen will.
Warum wollen wir den weiteren Anwendungskreis haben? Weil wir der Meinung sind, dass nicht nur der Erwerb von Wohneigentum förderungswürdig ist, sondern auch der Erhalt von Wohneigentum. Es gab in Zeiten der hohen Hypothekarzinsen sicher Wohneigentumsbesitzer, die sich übermässig verschulden mussten, und wenn sie jetzt die Möglichkeit erhalten, diese Schuldenlast etwas zu mindern, so ist das ebenso erwünscht wie Neuerwerb von Wohneigentum.
In einem Punkt trägt aber die Vorlage dem Anliegen der Minderheit Rechnung: Wir sehen die Priorität ebenfalls beim Erwerb, Herr de Dardel; ich möchte Sie auf den Artikel 30c Absatz 7 verweisen. Dort hat die Kommission folgende Sätze eingefügt: «Wenn durch den Vorbezug oder die Verpfändung die Liquidität der Vorsorgeeinrichtung in Frage gestellt wird, so kann sie die Erledigung der entsprechenden Gesuche aufschieben. Die Vorsorgeeinrichtung legt in ihrem Reglement eine Prioritätenordnung für die Aufschiebung dieser Vorbezüge bzw. Verpfändungen fest. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.»
Damit haben wir zwei Sachen bezweckt: Zum ersten müssen die Vorsorgeeinrichtungen bei der Auszahlung von Barbezügen eine Grenze ziehen können, wenn dadurch ihre Liquidität und ihre Anlagepolitik tangiert wird. Zum zweiten können sie, wenn solche Grenzen gezogen werden müssen, den Erwerb bevorzugen. Die Kommission wünscht, dass in diesen Fällen der Erwerb bevorzugt wird und nicht die Abzahlung von Hypotheken. Der Bundesrat wird das in der Verordnung präzisieren. In diesem Sinne kommt der Kommissionsvorschlag dem Anliegen der Minderheit entgegen. Die Abzahlung von Hypotheken generell zu verbieten scheint hingegen der Kommission im Sinne des Ziels des Erhalts von Wohneigentum unzweckmässig und unrichtig.
Wir bitten Sie daher, der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit de Dardel abzulehnen.

M. **Deiss,** rapporteur: La minorité de Dardel voudrait limiter cet instrument à l'acquisition de nouveaux logements et non au remboursement de dettes hypothécaires accumulées sur des logements existants. Il est vrai que les dispositions telles qu'elles sont prévues auront un certain effet rétroactif, c'est-àdire que les propriétaires déjà existants pourront aussi bénéficier de ces possibilités. Cela ne vaut que pour la phase initiale. Par la suite, cet effet de retour sur des hypothèques anciennes sera probablement relativement limité.
Mais, il y a plus important: cet effet rétroactif n'est pas contraire à l'esprit et au but visé par cette loi. Le maintien de la propriété du logement est un objectif tout aussi valable que l'acquisition d'un logement. Si, effectivement, cet instrument devait permettre à l'un ou l'autre propriétaire, qui se serait laissé aller à des transactions peut-être plus risquées au cours de ces dernières années, de maintenir sa propriété du logement, je crois que ce serait exactement le but que nous visons.
Dernier point: avec l'article 30c alinéa 7, la commission propose des mesures pour préserver les liquidités des caisses, d'une part, et, d'autre part, elle leur impose de fixer un ordre de priorités dans la façon de recevoir les demandes si des difficultés de trésorerie devaient se présenter.
Pour toutes ces raisons, au nom de la majorité de la commission, je vous demande de rejeter l'amendement de la minorité de Dardel.

M. **Cotti,** conseiller fédéral: M[me] Spoerry et M. Deiss ont déjà indiqué les raisons essentielles pour lesquelles le Conseil fédéral vous demande aussi de ne pas accepter la proposition de la minorité de Dardel, qui n'est d'ailleurs aucunement dans la logique du projet de loi, parce que l'acquisition d'une propriété immobilière est très souvent liée aux crédits, donc aussi à des emprunts contractés par des acquéreurs immobiliers – donc propriétaires – les années précédentes.
Pourquoi – je me pose effectivement la question –, en toute logique, faudrait-il empêcher des personnes, qui auraient acheté leur immeuble il y a quelques années, d'amortir d'une manière plus rapide un prêt qui pourrait être particulièrement lourd pour eux? Je ne vois vraiment pas pour quelle raison on devrait empêcher ici une conséquence qui est souvent liée à l'acquisition d'une propriété immobilière elle-même.
C'est la raison pour laquelle, même pour les cas qui ont été réalisés auparavant – comme le disait M. Deiss – cette possibilité doit rester ouverte, ce qui est certainement, du moins indirectement, favorable à la propriété immobilière.

Präsident: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir mit der folgenden Abstimmung über Absatz 1 nicht nur den Artikel 30c, sondern auch die Artikel 331d und 331e OR bereinigen. – Sie sind damit einverstanden.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit offensichtliche Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit Minderheit

Abs. 2–7 – Al. 2–7
Angenommen – Adopté

Art. 30d
Antrag der Kommission
Titel
Rückzahlung
Abs. 1
Der bezogene Betrag muss vom Versicherten oder seinen Erben an seine Vorsorgeeinrichtung zurückbezahlt werden, wenn:
a. das Wohneigentum veräussert wird,
b. Rechte an diesem Wohneigentum eingeräumt werden, die wirtschaftlich einer Veräusserung gleichkommen, oder
c. beim Tod des Versicherten keine Vorsorgeleistung fällig wird.
Abs. 2
Der Versicherte kann im übrigen den bezogenen Betrag unter Beachtung der Bedingungen von Absatz 3 jederzeit zurückbezahlen.
Abs. 3
Die Rückzahlung ist zulässig bis
a. drei Jahre vor Entstehung des Anspruchs auf Altersleistungen,
b. zum Eintritt eines anderen Vorsorgefalls oder
c. zur Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung.
Abs. 4 (neu)
Will der Versicherte den aus einer Veräusserung des Wohneigentums erzielten Erlös im Umfang des Vorbezugs innerhalb von zwei Jahren wiederum für sein Wohneigentum einsetzen, so kann er diesen Betrag auf eine Freizügigkeitseinrichtung überweisen.
Abs. 5 (neu)
Bei Veräusserung des Wohneigentums beschränkt sich die Rückzahlungspflicht auf den Erlös. Als Erlös gilt der Verkaufspreis abzüglich der hypothekarisch gesicherten Schulden sowie der dem Verkäufer vom Gesetz auferlegten Abgaben.
Abs. 6 (neu)
Die Vorsorgeeinrichtung muss dem Versicherten im Falle der Rückzahlung gemäss ihrem Reglement einen entsprechend höheren Leistungsanspruch einräumen.

Art. 30d
Proposition de la commission
Titre
Remboursement
Al. 1
L'assuré ou ses héritiers doivent rembourser le montant perçu à l'institution de prévoyance si
a. le logement en propriété est vendu;
b. des droits équivalant économiquement à une aliénation sont concédés sur le logement en propriété;
c. aucune prestation de prévoyance n'est exigible en cas de décès de l'assuré.
Al. 2
L'assuré peut rembourser en tout temps le montant perçu, sauf à respecter les conditions posées à l'alinéa 3.
Al. 3
Le remboursement est autorisé
a. jusqu'à trois ans avant la naissance du droit aux prestations de vieillesse;
b. jusqu'à la survenance d'un autre cas de prévoyance, ou
c. jusqu'au paiement en espèces de la prestation de libre passage.
Al. 4 (nouveau)
Si, dans un délai de deux ans, l'assuré entend investir à nouveau dans la propriété de son logement le produit de vente du logement équivalant au versement anticipé, il peut transférer ce montant à une institution de libre passage.
Al. 5 (nouveau)
En cas de vente du logement, l'obligation de rembourser se limite au produit réalisé. Par produit, on entend le prix de vente, déduction faite des dettes hypothécaires et des impôts auxquels est assujetti le vendeur.
Al. 6 (nouveau)
En cas de remboursement du versement anticipé à l'institution de prévoyance, celle-ci doit reconnaître à l'assuré un droit à des prestations proportionnellement plus élevées, conformément à son règlement.

Angenommen – Adopté

Art. 30e
Antrag der Kommission
Titel
Sicherung des Vorsorgezwecks
Abs. 1
Der Versicherte oder seine Erben dürfen das Wohneigentum nur unter Vorbehalt von Artikel 30d veräussern. Als Veräusserung gilt auch die Einräumung von Rechten, die wirtschaftlich einer Veräusserung gleichkommen. Nicht als Veräusserung gilt hingegen die Uebertragung des Wohneigentums an einen vorsorgerechtlich Begünstigten. Dieser unterliegt aber derselben Veräusserungsbeschränkung wie der Versicherte.
Abs. 2
Diese Veräusserungsbeschränkung ist im Grundbuch anzumerken. Die Vorsorgeeinrichtung hat die Anmerkung dem Grundbuchamt mit der Auszahlung des Vorbezugs bzw. mit der Pfandverwertung des Vorsorgeguthabens anzumelden.
Abs. 3
Die Anmerkung darf gelöscht werden:
a. drei Jahre vor Entstehung des Anspruchs auf Altersleistungen,
b. nach Eintritt eines anderen Vorsorgefalles,
c. bei Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung, oder
d. wenn nachgewiesen wird, dass der in das Wohneigentum eingesetzte Betrag gemäss Artikel 30d an seine Vorsorgeeinrichtung oder auf eine Freizügigkeitseinrichtung überwiesen worden ist.
Abs. 4
Erwirbt der Versicherte mit dem Vorbezug Anteilscheine oder ähnliche Beteiligungen, so hat er diese zur Sicherstellung des Vorsorgezwecks zu hinterlegen.
Abs. 5
Der Versicherte mit Wohnsitz im Ausland hat vor der Auszahlung des Vorbezugs bzw. vor der Verpfändung des Vorsorgeguthabens glaubwürdig darzutun, dass er die betreffenden Mittel der beruflichen Vorsorge für sein Wohneigentum verwendet.
Abs. 6
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 30e
Proposition de la commission
Titre
Garantie du but de la prévoyance
Al. 1
L'assuré ou ses héritiers ne peuvent vendre le logement en propriété que sous réserve de l'article 30d. Est également considérée comme vente la cession de droits qui équivalent économiquement à une aliénation. N'est en revanche pas une aliénation le transfert de propriété du logement à un bénéficiaire selon le droit de la prévoyance. Celui-ci est cependant soumis à la même restriction du droit d'aliéner que l'assuré.
Al. 2
Cette restriction du droit d'aliéner doit être inscrite au Registre foncier. L'institution de prévoyance est tenue de requérir la mention au Registre foncier lors du versement anticipé ou lors de la réalisation du gage grevant l'avoir de prévoyance.
Al. 3
La mention peut être radiée:
a. trois ans avant la naissance du droit aux prestations de vieillesse;
b. après la survenance d'un autre cas de prévoyance;

c. en cas de paiement en espèces de la prestation de libre passage, ou
d. lorsqu'il est établi que le montant investi dans la propriété du logement a été transféré selon l'article 30d à l'institution de prévoyance de l'assuré ou à une institution de libre passage.
Al. 4
Si l'assuré utilise le versement anticipé pour acquérir des parts de coopératives de logement ou d'habitation ou de formes similaires de participation des locataires, il doit les remettre en dépôt pour garantir le but de prévoyance.
Al. 5
L'assuré domicilié à l'étranger doit démonter de manière probante, avant le versement anticipé ou la mise en gage de l'avoir de prévoyance, qu'il utilise les fonds de la prévoyance professionnelle pour la propriété de son logement.
Al. 6
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 30f
Antrag der Kommission
Streichen
(Siehe neuer Artikel 83a)

Art. 30f
Proposition de la commission
Biffer
(Voir nouvel article 83a)

Angenommen – Adopté

Art. 30g
Antrag der Kommission
....
d. die Modalitäten der Verpfändung, des Vorbezugs, der Rückzahlung und der Sicherstellung des Vorsorgezwecks (Artikel 30b bis 30e).
e. die Pflicht der Vorsorgeeinrichtungen für die Information der Versicherten im Falle der Verpfändung oder des Vorbezugs über die Auswirkungen auf ihre Vorsorgeleistungen, über die Möglichkeit der Zusatzversicherung für die Risiken Tod und Invalidität und auf die steuerlichen Folgen.

Art. 30g
Proposition de la commission
....
d. les modalités de la mise en gage, du versement anticipé, du remboursement et de la garantie du but de la prévoyance (articles 30b à 30e).
e. l'obligation incombant aux institutions de prévoyance, en cas de mise en gage ou de versement anticipé, d'informer les assurés des conséquences sur leurs prestations de prévoyance, de la possibilité de conclure une assurance complémentaire pour les risques de décès et d'invalidité et des répercussions fiscales.

Angenommen – Adopté

Art. 37 Abs. 4; 39 Abs. 1 zweiter Satz; 40
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 37 al. 4; 39 al. 1 deuxième phrase; 40
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 56 Abs. 1 Bst. c; 60 Abs. 2 Bst. e
Antrag der Kommission
Streichen

Art. 56 al. 1 let. c; 60 al. 2 let. e
Proposition de la commission
Abrogé

Angenommen – Adopté

Art. 83a (neu)
Antrag der Kommission
Titel
Steuerliche Behandlung der Wohneigentumsförderung
Abs. 1
Der Vorbezug und der aus einer Pfandverwertung des Vorsorgeguthabens erzielte Erlös ist als Kapitalleistung aus Vorsorge steuerbar.
Abs. 2
Bei Wiedereinzahlung des Vorbezugs bzw. des Pfandverwertungserlöses kann der Steuerpflichtige verlangen, dass ihm die beim Vorbezug bzw. bei der Pfandverwertung bezahlten Steuern anteilsmässig angerechnet oder gegebenenfalls zurückerstattet werden.
Abs. 3
Die Bestimmungen dieses Artikels gelten für die direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Art. 83a (nouveau)
Proposition de la commission
Titre
Traitement fiscal de l'encouragement à la propriété du logement
Al. 1
Le versement anticipé et le produit obtenu lors de la réalisation du gage grevant l'avoir de prévoyance doivent être assujettis à l'impôt en tant que prestation en capital provenant de la prévoyance.
Al. 2
En cas de remboursement du versement anticipé ou du produit obtenu lors de la réalisation du gage, le contribuable peut exiger que les impôts payés lors du versement anticipé ou lors de la réalisation du gage lui soient proportionnellement compensés ou, le cas échéant, remboursés.
Al. 3
Les dispositions du présent article s'appliquent aux impôts directs de la Confédération, des cantons et des communes.

Frau **Spoerry**, Berichterstatterin: Die Kommissionssprecher müssen hier eine Ergänzung anbringen. Die steuerliche Behandlung der Wohneigentumsförderung wird in diesem Artikel so geregelt, dass der Vorbezug sofort steuerbar wird. Das ist absolut in Uebereinstimmung mit den Anliegen der Kantone, die sich mit dem Vorbezug aus der Säule 3a erst einverstanden erklärten, als dieser Vorbezug als für sofort steuerbar erklärt wurde. Hier haben wir eine analoge Regelung.
Nun ist es aber möglich, dass eben dieser Vorbezug wieder einbezahlt wird: Wenn das selbst genutzte Wohneigentum verkauft wird, ist der Vorsorgezweck durch eine Rückzahlung des Barbezuges an die Vorsorgeeinrichtung gesichert. Für die Modalitäten der Rückzahlung und der Besteuerung der Rückzahlung hat man die Kantone begrüsst. Ihre Stellungnahme lag nicht vor, als wir die letzte Sitzung hatten.
Das Resultat ist folgendes: Die Kantone sind absolut einverstanden mit der Formulierung des Absatzes 2, wie er vor Ihnen liegt, aber sie wünschen einen zweiten Satz als Präzisierung, der folgendermassen lauten soll: «Der wiedereinbezahlte Betrag kann für die Bemessung des steuerbaren Einkommens nicht in Abzug gebracht werden.» Das ist eine Selbstverständlichkeit. Dieses Geld wurde bereits einmal steuerlich abgezogen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, auf deren ausdrückliche Erwähnung die Kantone jedoch Wert legen.
Ich nehme an, dass Sie jetzt nicht darüber abstimmen können, weil Ihnen dieser Text nicht vorliegt. Wir sind aber Erstrat, und der Ständerat muss diesen Zusatz einfügen. Ich wollte Sie lediglich davon in Kenntnis setzen und Sie bitten, bei der späteren Differenzbereinigung diesem Zusatz zuzustimmen.

M. **Deiss**, rapporteur: A l'article 83a alinéa 2, au nom de la commission, nous vous proposons d'ajouter une phrase supplémentaire qui concerne la question du remboursement du capital et de l'imposition. En effet, lorsqu'un bénéficiaire d'un retrait anticipé de son capital vend son immeuble, pour une raison ou une autre, et doit rembourser le capital qu'il en a retiré, il va de soi que le versement qu'il fait à la caisse de pen-

sions ne peut pas être déduit de son revenu imposable, puisque cette somme l'a déjà été une première fois, lorsque les cotisations ont été payées. Par conséquent, il convient d'ajouter à la fin de l'alinéa 2 le texte suivant: «Le montant remboursé n'est plus déductible du revenu imposable.»
Puisque vous ne disposez pas de ce texte, nous partons de l'idée que nous n'allons pas l'approuver maintenant, mais nous souhaitions le signaler pour qu'il soit mis en mémoire en vue du traitement de cet objet au Conseil des Etats.

Angenommen – Adopté

Ziff. II Einleitung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II introduction
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 331d
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
.... oder einen Betrag bis zur Höhe seiner Freizügigkeitsleistung für ....
Minderheit
(de Dardel, Gonseth, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Leuenberger Ernst)
.... oder seine Freizügigkeitsleistung zum Erwerb von Wohneigentum für den ....

Abs. 2–7
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 331d
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
.... de prévoyance ou un montant à concurrence de sa prestation de libre passage ....
Minorité
(de Dardel, Gonseth, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Leuenberger Ernst)
.... de libre passage pour l'acquisition d'un logement ....

Al. 2–7
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
(vgl. Entscheid zu Art. 30c Abs. 1)
Adopté selon la proposition de la majorité
(cf. décision à l'art. 30c al. 1)

Abs. 2–7 – Al. 2–7
Angenommen – Adopté

Art. 331e
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(de Dardel, Gonseth, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Leuenberger Ernst)
.... zur Höhe seiner Freizügigkeitsleistung zum Erwerb von Wohneigentum für den ....

Abs. 2, 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 4
.... entsprechend den jeweiligen Vorsorgereglementen und den technischen Grundlagen der Vorsorgeeinrichtungen gekürzt. Um die Folgen einer allfälligen Kürzung der Leistungen bei Tod und Invalidität zu vermeiden, bietet die Vorsorgeeinrichtung nach Möglichkeit eine Zusatzversicherung an.
Abs. 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 5bis (neu)
Der Vorbezug gilt im Scheidungsfall als Freizügigkeitsleistung und wird nach Artikel 22 des Freizügigkeitsgesetzes beurteilt.
Abs. 5ter (neu)
Wenn durch den Vorbezug oder die Verpfändung die Liquidität der Vorsorgeeinrichtung in Frage gestellt wird, so kann sie die Erledigung der entsprechenden Gesuche aufschieben. Die Vorsorgeeinrichtung legt in ihrem Reglement eine Prioritätenordnung für die Aufschiebung dieser Vorbezüge bzw. Verpfändungen fest. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.
Abs. 6
.... die Artikel 30d bis 30g und 83a des Bundesgesetzes ....

Art. 331e
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(de Dardel, Gonseth, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Leuenberger Ernst)
.... pour l'acquisition d'un logement ....

Al. 2, 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 4
.... une réduction des prestations de prévoyance calculée d'après les règlements de prévoyance et les bases techniques des institutions de prévoyance respectives. Afin de pallier les conséquences d'une éventuelle réduction des prestations en cas de décès et d'invalidité, l'institution de prévoyance propose autant que possible une assurance complémentaire.
Al. 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 5bis (nouveau)
En cas de divorce, le versement anticipé est considéré comme une prestation de libre passage et sera traité par le juge conformément à l'article 22 de la loi fédérale sur le libre passage.
Al. 5ter (nouveau)
Si le versement anticipé ou la mise en gage remettent en question les liquidités de l'institution de prévoyance, celle-ci peut différer l'exécution des demandes y relatives. L'institution de prévoyance fixe dans son règlement un ordre de priorités pour l'ajournement de ces versements anticipés ou de ces mises en gage. Le Conseil fédéral règle les modalités.
Al. 6
.... les articles 30d à 30g et 83a de la loi fédérale ....

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
(vgl. Entscheid zu Art. 30c Abs. 1)
Adopté selon la proposition de la majorité
(cf. décision à l'art. 30c al. 1)

Abs. 2–5, 5bis, 5ter, 6 – Al. 2–5, 5bis, 5ter, 6
Angenommen – Adopté

Art. 342 Abs. 1 Bst. a; Ziff. III
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 342 al. 1 let. a; ch. III
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 89 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Seite 1 der Botschaft
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 10. Juni 1993, Vormittag
Jeudi 10 juin 1993, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Piller

92.066

Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge
Encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle

Botschaft und Gesetzentwurf vom 19. August 1992 (BBl VI 237)
Message et projet de loi du 19 août 1992 (FF VI 229)

Beschluss des Nationalrates vom 18. März 1993
Décision du Conseil national du 18 mars 1993

Antrag der Kommission
Eintreten
Proposition de la commission
Entrer en matière

Schüle, Berichterstatter: Wohneigentum ist eine zweckmässige Form der Vorsorge. Wohneigentum gibt Sicherheit. Wohneigentum stellt einen Sachwert dar und ist damit – wenigstens langfristig – wertbeständig und vor allem gegenüber der Geldentwertung resistent. Wohneigentum ist darum ein zweckmässiges Mittel, um das sozialpolitische Ziel der Vorsorge wie auch das staats- und gesellschaftspolitische Ziel einer breiteren Eigentumsstreuung (gerade im Bereich des Wohneigentums!) zu verwirklichen.
Die berufliche Vorsorge ist seit 1985 obligatorisch und auch im vor- und überobligatorischen Bereich geregelt. Sie wird von immer grösserer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die aktuellste verfügbare Statistik über das Jahr 1990 weist ein Vermögen der BVG-Institutionen von 215 Milliarden Franken nach. Es gibt 3,5 Millionen Versicherte, mehr als eine halbe Million Rentner, und es gab 1990 rund 32 000 Kapitalbezüger. Von den Anlagen dieser Institutionen entfielen 17 Prozent auf Liegenschaften, 8 Prozent auf Hypotheken und 1 Prozent auf Immobilienfonds.
Die zweite Säule ist ein kollektives und kapitalintensives System der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Eine Individualisierung des in diesem BVG-Topf zusammenkommenden Kapitals drängt sich auf, und die Wohneigentumsförderung ist ein geeignetes Mittel hierzu. Eine Verlagerung des Wohneigentums von den kollektiven zu den individuellen, selbstgenutzten Anlagen ist volkswirtschaftlich wie gesellschaftspolitisch zu begrüssen.
Wir Schweizer sind ja ein Volk von Mietern (allerdings nicht allenorts; im Kanton Appenzell Innerrhoden machen die Wohneigentümer 59 Prozent aus, und oft bestehen auch Anwartschaften auf Wohneigentum innerhalb der Familie).
Wieweit die neu gebotenen Möglichkeiten zum Erwerb von Wohneigentum effektiv genutzt werden, bleibt abzuwarten. Die Botschaft rechnet jedenfalls mit einem tendenziell steigenden Potential von aktuell immerhin 20 Milliarden Franken.
Wichtig ist indessen: Die Versicherten sollen in ihrer aktiven Lebensphase, in der oft hohe Lebens- und Ausbildungskosten der Kinder anfallen, mitentscheiden, wie sie ihre eigene Vorsorge aufbauen wollen. Wir gehen bewusst vom Leitbild des mündigen und verantwortungsbewussten Bürgers aus. Die Verfassungsmässigkeit einer solchen Wohneigentumsförderung ist in Artikel 34quater der Bundesverfassung gegeben.
Es ist natürlich dafür zu sorgen, dass der Vorsorgezweck sichergestellt bleibt und die Versicherten unter sich gleichgestellt bleiben. Wer Mittel der beruflichen Vorsorge vorzeitig bezieht und für selbstgenutztes Wohneigentum einsetzt, muss entsprechend mit einer Kürzung seiner Rentenansprüche vorliebnehmen. Durch den Gegenwert seines abgesicherten Wohneigentums kann er jedoch die Teuerung zu einem guten Teil auffangen. Eine Kostenüberwälzung zu Lasten der Kantone und Gemeinden findet nicht statt. Indem der Vorsorgezweck abgesichert wird und Bezugslimiten eingeführt werden, wird auch ein Ansteigen der Zahl der Bezüger von Ergänzungsleistungen verhindert. Dennoch kann selbstverständlich nicht jeder Missbrauch völlig ausgeschlossen werden.
Wir wollten bereits mit dem BVG von 1985 das Wohneigentum als unterstützungswürdige Form der persönlichen Altersvorsorge fördern. Das geschaffene Instrumentarium hat sich jedoch als zu schwach erwiesen, um Wirkung zu zeigen: Das BVG hat die Wohneigentumsförderung auf die im Obligatorium angesparten Gelder begrenzt. Diese beschränkten Möglichkeiten wurden ausschliesslich den Altersrentnern vorbehalten. Das Instrument der Verpfändung wurde – vor allem für die potentiellen Gläubiger – so unattraktiv ausgestaltet, dass davon in der Praxis kein Gebrauch gemacht worden ist.
Die eidgenössischen Räte haben darum 1990 den parlamentarischen Initiativen von Ständerat Kündig und Nationalrätin Spoerry – in unserem Rat einstimmig – Folge gegeben. Die Versicherten sollen in einem bestimmten Umfang Gelder aus der beruflichen Vorsorge für ihr Wohneigentum einsetzen können. Die vorliegende Revision nimmt das Anliegen der parlamentarischen Initiativen auf; ebenso die Anregungen der Eidgenössischen Kommission für die berufliche Vorsorge, die Verpfändungsregelung rasch zu verbessern.
Im Kern enthält die Vorlage zwei klare Stossrichtungen:
1. Es sollen die gesetzlichen Grundlagen zur vorzeitigen Verwendung der Vorsorgegelder für das Wohneigentum geschaffen werden.
2. Das Verbot der Verpfändung von Vorsorgeansprüchen für die Wohneigentumsförderung soll aufgehoben werden. Nebst den Vorsorgeleistungen soll also auch das Vorsorgeguthaben selbst verpfändbar werden können.
Es wird neu ein unmittelbarer Rechtsanspruch des Versicherten statuiert. Den Versicherten wird dabei ein unmittelbarer Rechtsanspruch eingeräumt, ihre Vorsorgeguthaben in begrenztem Umfang vorzeitig zu beziehen: zum Erwerb von im Prinzip selbstbewohntem Wohneigentum, nicht aber für Zweitwohnungen; zur Finanzierung von Neuinvestitionen in selbstbewohntem Wohneigentum, nicht aber für gewöhnliche Immobilienanlagen; für die Abzahlung von Hypotheken auf dem Eigenheim sowie für die Finanzierung von Anteilscheinen an Wohnbaugenossenschaften.
Der Vorsorgezweck bleibt gesichert. Er wird durch eine im Grundbuch angemerkte gesetzliche Veräusserungsbeschränkung sichergestellt. Ein Wiederverkauf ist nur möglich, wenn der Vorbezug an die Vorsorgeeinrichtung zurückfliesst. Dieser Sicherstellung ist im Gesetz grosse Beachtung geschenkt worden; sie wird in der Verordnung noch weiter zu präzisieren, zu konkretisieren sein.
Vorbezug und Pfandverwertungserlös werden als Kapitalleistung aus Vorsorge steuerbar. Da dieses mit Vorsorgekapitalien finanzierte Wohneigentum eine gebundene Vorsorgeform ist, wollte der Bundesrat auch den Bezug dieser Mittel steuerlich erst bei Eintritt des Vorsorgefalles bzw. bei der Barauszahlung erfassen. Das hätte indessen zu steuertechnischen Erschwernissen, insbesondere bei einem Kantonswechsel, und möglicherweise zu ungerechtfertigten Privilegierungen bzw. zu Benachteiligungen geführt.
Durch die sofortige Besteuerung des Vorbezugs als Kapitalleistung hat der Nationalrat – unter dem Druck der seitens der kantonalen Finanzdirektoren vorgebrachten Bedenken – eine andere, zumindest administrativ überzeugende, einfache Lö-

sung getroffen. Sie setzt indessen voraus – das sei hier unterstrichen –, dass die Kantone ihre eigene Steuergesetzgebung überprüfen. Wenn ein privilegierter Satz für solche Kapitalleistungen fehlt, wird die Wirksamkeit dieses Bundesgesetzes nicht nur in Frage gestellt, sondern vollständig torpediert. Die angestrebte Wohneigentumsförderung mit Mitteln des BVG verlangt also nach entsprechend ausgestalteten kantonalen Steuergesetzen. Es geht aus der Botschaft hervor, wo Handlungsbedarf besteht (S. 49). Diese Tabelle gibt Aufschluss über die steuerliche Belastung einer Kapitalleistung aus der beruflichen Vorsorge. Die Kantone Bern, Graubünden, Waadt und Obwalden fallen mit steuerlichen Spitzensätzen bis zu 16 Prozent auf, während andererseits der Kanton Solothurn schon heute von einer Besteuerung absieht. An einigen Orten ist hier also kantonaler Handlungsbedarf gegeben.
Selbstverständlich führt die Verwendung von Vorsorgegeldern für die Wohneigentumsfinanzierung zu einer Schmälerung der Leistungen im Vorsorgefall wie auch im Freizügigkeitsfall, und zwar werden die Kürzungen aufgrund der Reglemente und der technischen Grundlagen der Vorsorgeeinrichtungen vorgenommen.
Ihre Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit hat die Botschaft des Bundesrates vom 19. August 1992 nicht mit übertriebenem Enthusiasmus aufgenommen, viel eher im Empfinden, damit einen wenig spektakulären, auch mit gewissen Risiken verbundenen, aber eben doch sinnvollen Schritt in Richtung von mehr Eigenverantwortung, einer vermehrten Individualisierung der anonymen BVG-Kapitalien und einer gezielten Wohneigentumsförderung zu tun.
In der Kommission hiess es: Zuerst haben wir als Gesetzgeber das Zwangssparen verfügt, und jetzt müssen wir die zwangsgesparten Mittel wieder verteilen.
Die Kommission hat mit 11 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, Ihnen Eintreten zu empfehlen.

M. **Roth:** On estime à quelque 300 milliards de francs la fortune qui est gérée par les institutions de prévoyance. Ce pécule, assez confortable, avait incité à l'époque – vous l'avez entendu tout à l'heure, le rapporteur de la commission l'a déclaré – des parlementaires à demander que ces capitaux puissent être utilisés pour l'achat d'un logement par un assuré dont le capital du 2e pilier est bloqué. C'est le sens fondamental de la loi qui nous est soumise, une loi qui concrétise cette faculté moyennant quelques cautèles destinées à protéger l'assuré tout en évitant de trahir la finalité du 2e pilier.
Car si la possession de son propre logement constitue une forme de prévoyance, encore faut-il se demander si elle est aussi forte que le versement d'une rente. Des auditions et des discussions que nous avons eues en séances de commission, il ressort que le projet, tel qu'il se présente après son passage devant le Conseil national, est une solution médiane dont nous, parlementaires, connaissons d'ailleurs tous les secrets et les vertus. La solution retenue est une solution qui ne devrait effaroucher ni les uns ni les autres puisqu'elle est celle qui, tout en réalisant l'objectif de l'accès à la propriété de son logement par l'assuré, présente aussi le moins de risques pour l'assuré, dès lors qu'une part seulement du capital accumulé pourra être affectée à l'acquisition du logement, alors que la part restante, diminuée en conséquence, servira cette fois-ci au versement d'une rente adaptée. Comme vous pouvez le constater, il s'agit d'une voie tranquille, d'une voie équilibrée.
Dans la perspective d'une protection plus efficace de l'assuré, j'ai apporté avec d'autres mon soutien à la proposition de minorité Schiesser qui demande que les institutions d'assurances se préoccupent des réductions de prestations en cas de décès ou d'invalidité en offrant, notamment, une assurance complémentaire ou en tout cas aussi en jouant les intermédiaires pour la conclusion d'une telle assurance complémentaire. C'est un débat qui aura lieu à l'occasion de la discussion sur l'article 30c alinéa 4 de la loi et sur l'article 331e alinéa 4 du Code des obligations.
J'ajouterai encore dans le débat d'entrée en matière que la commission est entrée en matière avec un enthousiasme plus que mesuré, tant il est apparu à tous que l'objectif avoué de faciliter à un plus grand nombre de nos concitoyens l'accès à la propriété serait limité dans ses effets concrets, car le Conseil fédéral a estimé à un tout petit pourcentage le nombre d'assurés qui useraient de cette possibilité. Cela est en effet une évidence de dire que la construction d'une maison familiale ou l'acquisition d'un logement est dépendant de bien d'autres paramètres, tels la fiscalité, les règles liées à la construction et à l'aménagement du territoire et à bien d'autres critères encore.
On ne peut cependant pas se plaindre constamment des énormes capitaux accumulés par les institutions de prévoyance auxquels n'ont pas accès les assurés avant les échéances prévues par la loi, et à la première occasion où on utilise cette épargne contrainte – d'ailleurs à des conditions qui protègent l'assuré contre une diminution de son capital – de crier casse-cou ou de faire la trop fine bouche devant la potion qu'on nous présente.
Il y a aussi une question de cohérence qui doit nous inciter à entrer en matière, sinon dans l'enthousiasme, du moins avec l'honnête sentiment de faire oeuvre utile.

Huber: Ich habe mich im nachhinein gefragt, ob die Reihenfolge der Behandlung im Plenum richtig ist, ob wir nicht zuerst die umfassendere, grössere Vorlage über die Freizügigkeit behandeln müssen, die wir ja auch für diese Session vorbereitet haben, und erst im nachhinein die Vorlage über die Wohneigentumsförderung. Die Zusammenhänge liegen auf der Hand, die Auswirkungen im BVG-System sind zu begreifen, es hätte also – etwas trivial gesagt – sehr wahrscheinlich zuerst der grössere Fisch auf unseren Teller gehört, und erst nachher der kleinere. Das wird durch das Faktum gemildert, dass wir uns bereits vor nicht allzu langer Zeit mit der Initiative auseinandergesetzt und uns damals den recht schwierigen Problemen der BVG-Problematik ein wenig genähert haben. Es ist nicht zu übersehen, dass uns das Thema, so wie es sich hier im Ansatz zeigt – vor allem aber später bei der Behandlung der Freizügigkeit – erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird; das Ganze ist sehr schwer zu verstehen.
Das gesagt, stimme ich jenen zu, die sagen, wir hätten uns mit einer gewissen Zurückhaltung, ohne Euphorie und übertriebene Freude, aber mit Realismus der Vorlage genähert und die Spannungsverhältnisse, die in der Vorlage liegen, gesehen: Wer unter diesem Titel eigene angesparte Vorsorgemittel bezogen hat, bekommt eine kleinere Rente; er kann unter Umständen in eine schwierige Situation geraten. Ich glaube aber, dass diesen Spannungsverhältnissen ganz eindeutige Vorteile gegenüberstehen. Vorsorgepolitisch ist die hier eröffnete Möglichkeit des Zugangs zum Eigentum sachlich richtig. Ich würde das auch deswegen meinen, weil der Einbezug der überobligatorischen Mittel in diese Vorlage eines ihrer Kennzeichen ist und den Handlungsspielraum des Versicherten vergrössert.
Ich meine auch, dass die Vorlage unter dem Gesichtspunkt der Eigentumsbildungspolitik richtig ist. Kollege Schüle hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass es ja nicht nur darum gehe, Eigentum zu erwerben, sondern auch darum, hypothekarische Belastungen, die in bestimmten Situationen sehr drückend sein können, auf ein vernünftiges Mass zurückzuführen. Das ist fraglos eigentumspolitisch von Bedeutung.
Ich meine, dass die Vorlage auch finanzpolitisch richtig ist. Nach meinem Empfinden sind gegenwärtig eigentlich zu viele Mittel in der staatlichen dritten Säule, insbesondere vom Versicherten her, seiner Dispositionsbefugnis entzogen und in bestimmter Art eingefroren. Das ändert sich. Sein eigener Gestaltungswille bekommt auch hier einen Stellenwert; der Versicherte kann auch hier Einfluss nehmen, kann sich ganz bestimmte Ziele erlauben.
Ich habe festgestellt, dass die Vorlage rechtlich in Ordnung ist, und zwar deswegen, weil die Gleichheit der Behandlung der Versicherten, die die Voraussetzungen erfüllen, eindeutig gegeben ist; das ist eine Frucht der Kommissionsarbeit, die Ihnen dargelegt wurde. Wir haben nämlich einen einfacheren Modus für die Versicherung gefunden, die die Mittel geben und die Sicherheit haben muss, dass sie sie wiederbekommt, wenn sie in eine andere Zweckbestimmung fliessen. Dazu braucht es keine grossen grundbuchlichen Operationen, son-

dern einfache grundbuchliche Vorgänge. Diesem Wunsch ist entsprochen worden.
Schliesslich – das ist gewiss kein allererster Gesichtspunkt, aber er darf erwähnt werden –: Wirtschaftspolitisch richtig ist, wenn beispielsweise bei der Amortisation von Hypotheken den Instituten Refinanzierungsmittel wieder zufliessen, die sie an einem anderen Ort verwenden können. Oder wirtschaftspolitisch richtig ist, wenn in der heutigen Zeit vom Baugewerbe her gewisse Objekte dennoch auch auf diesem Weg und zusammen mit anderen Mitteln der Wohneigentumsförderung des Bundes realisiert werden können.
Wir dürfen die Vorlage nicht überschätzen. Wir dürfen sie aber auch nicht unterschätzen; wir müssen sie mit einem gesunden Realismus betrachten, dann werden wir ihr wirklich gerecht.
Ich empfehle Ihnen ebenfalls, auf die Vorlage einzutreten.

Onken: Trotz des dezidierten Ansatzes unseres Kommissionspräsidenten, der sich so richtig Mühe gegeben hat, einen ungetrübt-optimistischen Ton anzuschlagen, schliesse auch ich mich den Herren Roth und Huber an, die bereits signalisiert haben, dass die Kommission eigentlich nicht mit grossem Enthusiasmus auf diese Vorlage eingetreten ist. Sie macht niemanden so richtig glücklich, vielleicht nicht einmal die Initianten selbst; ich weiss es nicht. Auch für mich ist es ein einigermassen freudloses Eintreten.
Gewiss, der Versicherte kann nun schon früher über einen Teil seiner Ersparnisse aus der beruflichen Vorsorge verfügen; er kann seine Altersvorsorge beeinflussen, er kann sie mitgestalten. Und ein Teil, ein sehr, sehr kleiner Teil, wird durch diese Möglichkeit vielleicht animiert werden, Wohneigentum zu erwerben. Doch dieses Wohneigentum ist nach wie vor so kostspielig, teilweise so aberwitzig teuer, und der freigesetzte Betrag ist letztlich so bescheiden, dass von dieser Neuerung schwerlich ein mitreissender Förderungsimpuls ausgehen dürfte.
Die Schweiz wird ein Land der Mieter bleiben, von einzelnen Kantonen vielleicht abgesehen. Schon gar wird sie es bleiben, solange das eigentliche Pendant zu dieser Vorlage fehlt, nämlich das Vorkaufsrecht für die Mieter.
Wo bleibt es, Frau Bundesrätin Dreifuss? Wissen Sie es? Wann wird es uns als überzeugende Vorlage präsentiert? Und wann werden uns all die anderen raumplanerischen, bodenpolitischen, steuerrechtlichen, hypothekarischen Massnahmen unterbreitet, die Herr Bundesrat Koller schon vor geraumer Zeit in Aussicht stellte und die auch durch Vorstösse unseres Rates immer wieder eingefordert worden sind, um das Bauen und das Wohnen erschwinglicher zu machen?
Was ist mit all den Versprechen nach der Stadt-Land-Initiative? Was ist mit dem Goodwill leicht alarmierter bürgerlicher Vertreter von damals? Es ist – ich muss es an dieser Stelle wieder einmal sagen – ein Trauerspiel, wie sich das alles hinzieht, ohne dass etwas Mutiges, etwas Entscheidendes geschieht! Denn alle diese Massnahmen wären ungleich geeigneter, ermutigender und wohnbaufördernder als der bescheidene finanzielle Beitrag, der mit dieser gesetzlichen Grundlage hier ausgelöst werden kann.
Ich fürchte sogar, dass – wie so oft bei solchen Massnahmen – die Falschen profitieren könnten: die, die schon haben, die bereits Besitzenden, die heutigen Hauseigentümer. Ist eine solche Privilegierung wirklich gerechtfertigt? Auch unter diesen gibt es Geplagte, Ueberschuldete, die unter der Last der Zinsen, selbst noch der gesunkenen Zinsen, ächzen. Diese Last zu mindern kann in Einzelfällen durchaus zweckmässig sein, das will ich nicht leugnen. Aber Wohneigentumsförderung im ursprünglichen Sinne, wie sie eigentlich gemeint und unterstützenswert ist, ist das nicht.
Ja, es könnte sogar zu gezielten Ermunterungsaktionen der Banken führen, Hypothekarschulden auch dort auf Kosten der beruflichen Vorsorge abzubauen, wo es überhaupt nicht angezeigt ist. Das wird jedenfalls ebensosehr im Auge zu behalten sein wie andere Bestimmungen, bei denen Findige ebenfalls in die Trickkiste greifen könnten. Etwa bei der Frage, was denn selbstgenutztes Wohneigentum überhaupt heisst, wie eine solche Bestimmung beim Kauf beispielsweise eines Reihenhauses oder eines Mehrfamilienhauses interpretiert werden soll und wer denn hernach die früheren Beteuerungen kontrolliert. Wahrscheinlich niemand!
Vieles hier ist einfach Vertrauenssache. Der Kommission ist gesagt worden, es brauche eben ein gewisses Mass an Vertrauen. Niemand weiss so recht, wie sich das tatsächlich entwickelt. Ich bin sehr skeptisch, aber die Zweifel reichen nicht aus, Nichteintreten oder gar Ablehnung der Vorlage zu beantragen. Doch ob wir den Leuten mit diesem individuellen Vorbezug wirklich einen Dienst erweisen – dem einzelnen Arbeitnehmer, dem einzelnen Versicherten –, da bin ich mir nicht so sicher. Denn ein gewisses Risiko bleibt. Wohneigentum kann sich auch einmal – und wäre es nur vorübergehend – entwerten. Nach Haussen gibt es Baissen, auch auf dem Wohnungsmarkt.
Wer die Tabellen in der Botschaft konsultiert hat, der weiss, dass die Altersleistungen eben doch drastisch geschmälert werden, diese Sicherheit schenkenden Renten, die Monat für Monat mit schöner Regelmässigkeit eintreffen und von denen man dann leben muss. Ob die neu konzipierte Ordnung für den einzelnen aufgeht, ob er trotz des Besitzes, trotz des Wohneigentums, das er erworben hat, mit der spürbar verkürzten Rente durchkommt, gar den bisherigen Lebensstandard angemessen halten kann, wie es das Gesetz vorsieht, auch wenn er allenfalls wegen der gegebenen Vermögensverhältnisse keine Ergänzungsleistung mehr zugesprochen erhält, all das ist ungewiss, ist risikobehaftet und kann da und dort zu Nachteilen, zu Schwierigkeiten führen.
Frau Bundesrätin, ich ersuche Sie, sich nicht nur – sozusagen als Gegenstück zu dieser Gesetzesvorlage – für das Vorkaufsrecht der Mieter einzusetzen, sondern den geäusserten Bedenken auch in den Ausführungsbestimmungen Rechnung zu tragen, soweit es der Spielraum des Gesetzes zulässt. Es wird ja vor allem auf eine umsichtige Beratung der Versicherten ankommen, damit der Vorsorgeschutz unter allen Umständen auch im Einzelfall aufrechterhalten werden kann, wie es der eigentlichen Zielsetzung des BVG entspricht.

Frau **Beerli:** Wie alle Vorredner bereits erwähnt haben: In der Kommission herrschte keine eitle Begeisterung über diese Vorlage. Es wurde vor allem davor gewarnt, den Effekt der Eigentumsförderung überzubewerten. Zudem bestehen natürlich einzelne Gefahren von Missbräuchen, die dazu Anlass geben, über allfällige Möglichkeiten der Verhinderung nachzudenken: Was zum Beispiel, wenn jemand mit Geldern der zweiten Säule seine Hypothek abträgt, diese jedoch unmittelbar darauf wieder aufstockt und das Geld zu Konsumzwecken verwendet? Würde sich hier nicht die Einführung einer Belastungsgrenze aufdrängen? Was zum Beispiel auch, wenn jemand in Zeiten der Hochkonjunktur mit den von der zweiten Säule bezogenen Geldern eine überrissene Investition tätigt, ein zu teures Objekt kauft, das dann an Wert verliert, und er anschliessend gezwungen ist, dieses Objekt zu verkaufen? Er verliert seine Vorsorgegelder!
Was sind auch die Einflüsse auf die Liquidität der Banken? Herr Huber hat erwähnt, dass durch die Ablösung von Hypotheken den Banken eventuell wieder mehr Gelder zufliessen könnten. Andererseits sind von seiten der Bankenkommission auch Bedenken geäussert worden darüber, dass die institutionellen Anleger nicht mehr Geld zur Verfügung haben werden, um dies bei den Banken anzulegen, weil eben die institutionellen Anleger dann ihr Geld direkt an die Versicherten zurückgeben, was wiederum einen Rückgang des Zuflusses von Passivgeldern bei den Banken bewirken kann. Dennoch: Wenn man die verschiedenen auf dem Spiel stehenden Interessen gegeneinander abwägt, kommt man zum Schluss, dass uns eine befriedigende Lösung vorgelegt wurde, die in etlichen Fällen – ich denke vor allem an junge Familien mit Kindern – eine Erleichterung bringen kann. Oft fehlen ja beim Erwerb von Wohneigentum nur einige zehntausend Franken Eigenkapital, und diese können nunmehr bei der zweiten Säule bezogen werden.
Auch ist es möglich, und das finde ich besonders wichtig, dass der Kauf von Anteilscheinen bei Wohnbaugenossenschaften ebenfalls ermöglicht wird; hier glaube ich, dass doch eine Erleichterung geboten werden kann.
Ich bitte Sie daher um Eintreten.

M. **Coutau:** C'est avec plaisir que je vous invite, avec la commission qui l'a fait à l'unanimité, à entrer en matière sur cette loi qui favorise l'accès à la propriété du logement.
Trop souvent, notre Parlement, en matière de logement, légifère au sujet des locataires. En revanche, l'encouragement à la propriété – qui est aussi une tâche expressément prévue par notre constitution – est resté en quelque sorte en retrait jusqu'ici. Je dirai même que la situation du propriétaire qui habite son propre logement a plutôt tendance à se dégrader ces dernières années. Les contraintes administratives et fiscales, qu'elles soient imposées par les cantons ou par la Confédération, se sont fortement alourdies. Quant aux fluctuations sévères des taux hypothécaires, elles ont provoqué dans un passé récent les ravages que l'on sait au détriment d'innombrables acquéreurs de leur logement.
Or, le principe même de la propriété mérite d'être soutenu autrement que dans les seuls discours. La propriété, en particulier en matière de logement, est synonyme d'autonomie, de sécurité et de liberté. Cette propriété du logement reste un espoir pour de très nombreux concitoyens; des enquêtes diverses et sérieuses le confirment, y compris récemment.
Il peut dès lors sembler paradoxal que la Suisse, en moyenne, figure parmi les pays où la propriété du logement est la moins répandue. J'ai précisé «en moyenne», car dans diverses régions du pays, elle correspond à une tradition bien ancrée et encore largement vivante. J'en déduis que la propriété et sa diffusion répondent aussi à une attitude de caractère culturel ou sociétal, et non seulement à des dispositions légales ou financières qui en déterminent la répartition.
Il n'empêche que des mesures propres à favoriser la propriété du logement pourraient être sensiblement renforcées. Sans parler de subventionnement à proprement parler, il conviendrait au moins d'éviter des restrictions dissuasives en matière d'aménagement du territoire. Il faudrait également revoir des procédures d'autorisation de construire et des dispositions disproportionnées quant à l'exploitation et à l'entretien du logement. Tous ces obstacles alourdissent considérablement le coût de la propriété. Mais le facteur principal à cet égard reste bien entendu la fiscalité. Les récentes hausses, souvent arbitraires, de la valeur locative sont ressenties dans de nombreux cas comme de véritables pénalités. Enfin, je citerai bien entendu les aléas de la charge hypothécaire. Je pense, pour ma part, qu'une réflexion approfondie doit encore être conduite entre les représentants des propriétaires et les milieux financiers pour dégager les méthodes de financement propres à amortir les conséquences des fluctuations dont les marchés financiers peuvent être l'objet.
Si j'ai fait allusion à ces multiples éléments qui peuvent freiner ou au contraire favoriser une plus grande répartition de la propriété immobilière, c'est pour souligner que le projet que nous traitons aujourd'hui franchit certes un pas dans la bonne direction, mais qu'il ne peut pas à lui seul représenter un stimulant décisif de l'accès à la propriété du logement. Mais c'est un pas dans la bonne direction, disais-je, car la propriété du logement est assurément un élément de la prévoyance. Il était dès lors assez logique de permettre aux assurés qui le souhaitent d'utiliser une partie de l'épargne forcée constituée à la faveur de la prévoyance professionnelle à l'acquisition d'un logement ou d'en alléger la charge hypothécaire. Bien loin d'une contradiction, j'y vois pour ma part une complémentarité bienvenue des objectifs ainsi qu'une possibilité d'individualiser un peu la gestion des fonds d'assurance du 2e pilier.
Mais ce projet n'a qu'une portée assez modeste, et il ne doit pas soulever des illusions ni des craintes disproportionnées. Les institutions de prévoyance, par exemple, n'auront pas à craindre une évasion massive des capitaux qu'elles ont à gérer vers le secteur de l'immobilier individuel. Ainsi, le rendement ce ces capitaux, qui resteront très importants, continuera à bénéficier aux assurés grâce à une gestion performante et professionnelle. D'autre part, des améliorations ont été apportées au projet pour simplifier au maximum les procédures administratives auxquelles les caisses auront à se conformer pour donner suite aux demandes de leurs assurés.
Quant à ces assurés, ils ne pourront sans autre imaginer qu'avec des avoirs de vieillesse minimes ils pourront rapidement acquérir leur logement, compte tenu, notamment, des conditions fiscales très diverses que les cantons réservent à ce genre d'opération. Ils devront également être rendus attentifs aux risques qui peuvent découler du transfert de leurs avoirs du 2e pilier vers la propriété du logement. En effet, le but de la prévoyance, de l'épargne légale et conventionnelle correspondante doit rester prioritaire. Et il n'est pas question à mes yeux de laisser les assurés se lancer dans des opérations spéculatives risquées, ni de leur faire abandonner totalement la sécurité d'une rente, le moment venu.
Il n'en reste pas moins fort opportun de favoriser en général, grâce à une partie des fonds du 2e pilier, l'accès à la propriété individuelle du logement. Et de plus, j'ajouterai que, même d'un point de vue purement conjoncturel, on peut en attendre une petite stimulation de l'activité de la construction qui en a bien besoin à l'heure actuelle.

Loretan: Als offenbar letztes der Kommissionsmitglieder möchte auch ich für Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen der Kommission plädieren. Begeisterung ist ja nicht verlangt.
Ich möchte drei Bemerkungen anbringen: erstens zum Zwangssparen, zweitens zur Einbettung der Vorlage in die allgemeine Wohnbau- und Eigentumsförderungspolitik, und drittens zur Bürokratie.
1. Wie schon der Kommissionssprecher dargelegt hat, entzieht man unserer Bevölkerung mit dem Obligatorium der zweiten Säule Milliardenbeträge, über die sie an sich ohne diese zweite Säule frei verfügen könnte. Es erscheint deshalb sinnvoll, dass ein Teil dieses zwangsgesparten Geldes zur zweckgebundenen Verwendung zurückerstattet wird. Das Problem liegt indessen darin, dass diejenigen, die in jungen Jahren günstiges Wohneigentum erwerben möchten, von diesem Geld kaum Gebrauch machen können.
2. Die Vorlage ist, wie richtig dargelegt wurde, in die gesamte Wohnbau- und Eigentumsförderungspolitik der öffentlichen Hand eingebettet. Sie ist indessen eine Hilfs- oder Krückenlösung, wie vieles andere, das der Bund und teilweise auch die Kantone und Gemeinden in einem beinahe total reglementierten Bauland-, Wohnungs- und Mietmarkt unternehmen. Nachdem Herr Onken einen beredten Ausflug in dieses grosse Feld der Wirtschafts- und Wohnbaupolitik gemacht hat – dies bis zu einem «Höhenflug» an die Adresse des Bundesrates und speziell von Frau Bundesrätin Dreifuss –, möchte ich doch aus liberaler Sicht stichwortartig einige «Gegenpflöcke» einschlagen.
Das sicherste und beste Mittel zur Verbesserung der Wohnungsversorgung für Mieter und Eigentümer und zur Erhöhung der Eigentumsquote sind Massnahmen zur Deregulierung dieses Marktes und zur Stimulierung des Angebotes an Wohnbauland und damit an Wohnungen.
Da möchte ich ein paar Stichworte quasi als Kontrapunkt zum eher sozialistisch geprägten Programm von Kollege Onken aufzählen. Es geht um die Verflüssigung des Baulandmarktes durch die Ermöglichung zum Beispiel der Privaterschliessung, allerdings ohne die planungsbürokratischen Schikanen, wie sie das bundesrätliche Anschlussprogramm «Bodenrecht im Siedlungsbereich» vom März dieses Jahres vorsieht. Dieses Programm ist zurzeit in der Vernehmlassung. Es geht also langsam voran, Herr Onken, das weiss ich; von mir aus pressiert das Programm nicht so sehr, denn es ist in der Stossrichtung verfehlt. Ich bin nicht der Meinung, dringend sei die Einzonung weiteren Landes in Bauzonen; es gibt genug Bauzonen in unserem Land, doch mangelt es an der Erschliessung und an der Verfügbarkeit.
Im weiteren geht es um die Lockerung nutzungshemmender Vorschriften in kantonalen und kommunalen Baugesetzen und um die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren. Das ist primär Sache der Kantone und der Gemeinden. Eine weitere Massnahme im Rahmen eines solchen liberalen Programmes sind rasche Schritte von der Kostenmiete zur Marktmiete; zunächst über Aenderungen im Verordnungsrecht, später im Obligationenrecht, selbstverständlich unter sozialer Abfederung durch Subjekthilfe an Mieter, welche diese Deregulierung nicht tragen können. Dieser Progammpunkt ist übrigens

durch eine parlamentarische Initiative unseres Kollegen im Nationalrat, Rolf Hegetschweiler, hängig gemacht.
Weiter ist das vom Bundesrat ins Auge gefasste gesetzliche Vorkaufsrecht der Mieter und der Gemeinden abzulehnen; das möchte ich gegenüber Herrn Onken hier klar gesagt haben. Denn solche Aktionen schrecken private Investoren im Wohnbaumarkt noch mehr ab, als dies bis heute gestützt auf die bestehenden Regulierungen bereits der Fall ist.
Im weiteren geht es – das ist ja das Thema des heutigen Vormittages – um den Einsatz der im Rahmen der beruflichen Vorsorge angesparten Vermögen zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum unter Sicherung des Vorsorgezweckes und ohne Benachteiligung der Gesamtheit der Versicherten. Diese Zielsetzung vermag die Vorlage in der Kommissionsfassung zu erfüllen.
Zudem ist der Erwerb von Wohneigentum fiskalisch zu erleichtern; so ist von weiteren Erhöhungen des sogenannten Eigenmietwertes abzusehen. Solche Uebungen sind ja eines der Hobbies unseres Finanzministers, die insbesondere in meinem Kanton Unwillen erregt haben.
Schliesslich geht es um eine deutliche Senkung der Erstellungskosten durch Zurückschrauben der Ansprüche in bezug auf übertriebenen Luxus und übertriebene Individualisierung beim Bau von Wohnungen.
3. Stichwort «Bürokratie»: In Artikel 30e, Sicherung des Vorsorgezwecks, wird beispielsweise vorgeschrieben, dass die Veräusserungsbeschränkung für Versicherte mit Vorbezugsmöglichkeiten, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, im Grundbuch anzumerken ist. Man macht dann aber gezwungenermassen eine Ausnahme für Versicherte mit Wohnsitz im Ausland, weil hier unsere grundbuchlichen Regelungen nicht oder nur mit einem völlig überrissenen bürokratischen Aufwand angewendet werden könnten. Ich habe in der Kommission – allerdings ohne Erfolg – die Frage aufgeworfen, warum man diese einfache Regelung für Personen mit Wohnsitz im Ausland nicht auch auf Personen mit Wohnsitz in der Schweiz anwenden und damit die Grundbuchämter von einer weiteren Anmerkungspflicht entlasten könne. Die Grundbuchämter haben ja die Meinung, sie seien eigentlich nicht ein Notizbuch für alle Sorten von Vorgängen auf dem Bodenmarkt.
Nun, ich habe auf einen Minderheitsantrag zu Artikel 30e verzichtet, möchte aber an diesem Beispiel gezeigt haben, dass mit dieser Vorlage – es kam ja in der Debatte schon zum Ausdruck – nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile verbunden sind, wie bei allem Menschenwerk. Trotz allem handelt es sich um ein sinnvolles Vorhaben. Solange wir nicht mit der grossen Deregulierung des Boden- und Wohnungsmarktes entscheidende Schritte vorangekommen sind, müssen wir uns mit solchen Instrumenten behelfen.

On. **Morniroli:** Che gli Svizzeri sono un popolo di inquilini è risaputo. Che tutti sono del parere che si debba promuovere la proprietà d'alloggio è verità scontata. Se però si vuole che le cose cambino, ci si deve interrogare sui motivi di una scelta della gente piuttosto verso la locazione e non verso la proprietà d'abitazione.
Ich frage mich, ob die zweckgebundene Freigabe von Mitteln der beruflichen Vorsorge wirklich etwas im Interesse der Wohneigentumsförderung bringt. Dies heisst nicht, dass ich etwa dagegen bin, ganz im Gegenteil; ich finde es durchaus vernünftig, diese Möglichkeit zu eröffnen. Jene, die Wohneigentum haben, sollen ihre Mittel im Sinne des Gesetzentwurfes einsetzen können. Ob aber die anderen, d. h. der Grossteil der Mieter, dadurch zum Wohneigentum animiert werden können, wage ich zu bezweifeln.
Bringt übrigens die Operation langfristig und netto tatsächlich eine Minderung der Wohnkosten, wie dies postuliert wird? Ich habe in dieser Beziehung grosse Zweifel. Ich bin überzeugt, dass der Entscheid zum Eigenheim lediglich emotional bedingt ist. Wenn man nämlich nachrechnet – dies können wohl alle hier Anwesenden bestätigen, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung besitzen –, lohnt es sich rein ökonomisch gesehen nicht. Da bestehen in der Tat Mechanismen wie die Mietwertbesteuerung und in noch so vielen Kantonen die Erbschaftssteuer für die direkten Nachkommen, ja sogar für den Ehepartner. Perverser geht es wahrlich nicht!
Ich könnte Ihnen von Leuten aus der Deutschschweiz erzählen, die im Kanton Tessin ein Häuschen gebaut haben – zum Teil in Selbstarbeit während der Wochenenden und Ferien –, mit der Absicht, sich im Rentenalter dorthin zurückzuziehen. Jetzt müssen sie aber eine andere Lösung finden. Auf dem Papier nämlich werden diese Leute immer reicher. Ihr Grundstück ist in die Ueberbauung hineingewachsen, die Bodenpreise sind dort ständig gestiegen, was zu einer höheren amtlichen Schatzung führte. Erhöht wurde dadurch der Mietwert und somit die Steuern, obwohl das Häuschen immer dasselbe geblieben ist. Die AHV-Rente genügt nicht mehr, und diese Leute müssen verkaufen. Sie wissen ja, was «verkaufen müssen» bedeutet.
Wer indessen diesen Fall übersteht und die Uebung durchzieht, der tut gut daran, das Geld auf die Seite zu legen, um den Nachkommen die Bezahlung der Erbschaftssteuer zu ermöglichen. Der Staat besteuert somit sogar die Toten. Entschuldigen Sie bitte die etwas polemische Aeusserung.
Wenn wir aber das Wohneigentum wirklich fördern wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen zur Förderung des Wohneigentums grundsätzlich überdenken. Wie schon der Kommissionssprecher gesagt hat, müssen die Kantone diesbezüglich über die Bücher gehen und ihre Steuergesetzgebung gründlich überdenken.
Ich bin für Eintreten, weil ich es für richtig erachte, dass jene, die sich zugunsten von Wohneigentum entschlossen haben, die Möglichkeit erhalten sollen, Mittel aus der beruflichen Vorsorge eigeninvestitionsmässig einzusetzen. Ich betrachte es aber als Illusion, wenn man glaubt, man könne damit unsere Schweizer zum Wohneigentum motivieren.

Bisig: Die Wohneigentumsförderung gilt zu Recht als vordringliche Aufgabe des Bundes, dies nicht nur aus sozialpolitischer, sondern auch aus staatspolitischer Sicht. Die äusserst magere Wohneigentumsquote in der Schweiz zwingt zum Handeln, das hat auch der Bundesrat erkannt.
Der schweizerische Durchschnittswert von rund 30 Prozent täuscht aber etwas. In den Landkantonen sieht die Situation bedeutend erfreulicher aus. Man muss sich fragen, ob die extrem tiefen Werte in den Stadtkantonen nicht mit einer durchaus gewünschten Mobilität und Unabhängigkeit zusammenhängen und ob das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter nicht wesentlich besser ist, als es viele wahrhaben wollen.
Die berufliche Vorsorge ist als kapitalintensives System sehr wohl geeignet, dem Bedürfnis nach Wohneigentum Rechnung zu tragen. Die Förderungsmassnahmen, die sich auf das Wohneigentum am Wohnort des Versicherten beschränken, erscheinen mir als zweckmässig. Es wäre – wie mehrfach erwähnt – verfehlt, von diesen Massnahmen allein Wunder zu erwarten.
Im Gegensatz zu Herrn Onken bewerte ich aber das Vorkaufsrecht der Mieter als kontraproduktiv und in diesem Sinn nicht als brauchbare Alternative. Die Gründe für die minimale Wohneigentumsquote in der Schweiz sind vielschichtiger. Es ist noch nicht allzu lange her, da war die Mittelbeschaffung für Wohneigentum das kleinste der Probleme. Geld war in genügendem Ausmass vorhanden; die Kreditgeber waren bereit, bis an die Grenzen des Verantwortbaren zu gehen, manchmal sogar darüber hinaus. Die Wohneigentumsquote stieg in dieser Phase gesamtschweizerisch trotzdem nur unwesentlich.
Eine wirksame Breitenstreuung des Wohneigentums muss ursachentherapeutisch angegangen werden. Billiges Geld hilft lediglich über die echten Hindernisse hinweg. Die wirklichen Probleme sind im ungenügenden Markt auf dem Wohnungssektor zu suchen.
In seiner Antwort auf meine Motion «Reduktion der Kosten im Wohnungsbau» (92.3093) stellt der Bundesrat fest, dass eine Vielzahl von Kostenfaktoren für die unverhältnismässigen Preissteigerungen im Wohnungsbau verantwortlich sind. Dazu gehören nach seiner Feststellung neben dem Ungenügen der Boden- und Hypothekarmärkte verschiedene gesetzliche und andere Normen, vor allem die Baugesetzgebung, Baupolizeivorschriften, das Planungsrecht und unverhältnis-

mässige Qualitätsanforderungen, u. a. auch im Rahmen des Wohnbewertungssystems des Bundes.
Aber auch Bestimmungen, für die der Bundesrat selbst verantwortlich zeichnet, wie die Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke und die Pfandbelastungsgrenze, gehören dazu. Nicht vergessen werden dürfen das Problem der Grundstückgewinnsteuer im Falle der Ersatzbeschaffung und letztlich auch das wenig eigentumsfreundliche Mietrecht.
Auch wenn die Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge von Herrn Coutau zu Recht als Schritt in die richtige Richtung bewertet wird, dürfen die erwähnten effektiven Ursachen unserer zu tiefen Wohneigentumsquote nicht ausser acht gelassen werden. Wenn der Wohnungsmarkt nicht zu genügen vermag, wenn das Wohneigentum schlicht zu teuer ist, wird sich der Erfolg der Vorlage in zu engen Grenzen halten.
Ich unterstütze die Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge mit Ueberzeugung, bitte den Bundesrat aber, nicht auf halbem Weg haltzumachen und auch die weiteren eigentumsfördernden Massnahmen unverzüglich in die Wege zu leiten. Die Probleme sind weitgehend erkannt, sie müssen nur noch umgesetzt werden, allzu viel Zeit haben wir dafür nicht mehr.
Ich votiere für Eintreten, werde aber in der Detailberatung noch einige kritische Bemerkungen betreffend Rückzahlung anbringen müssen, sind doch in Artikel 30d verführerische Anreize zur Spekulation auszumachen.

Kündig: Ich danke dafür, dass aufgrund der parlamentarischen Initiative, die gleichzeitig von Frau Spoerry im Nationalrat und von mir im Ständerat eingereicht wurde, eine Gesetzesvorlage unterbreitet worden ist. Ich habe die Begründung dieser Initiative damals abgegeben und möchte nicht darauf zurückkommen. Nichtsdestoweniger scheinen mir aufgrund der Diskussion und insbesondere weil ein recht laues Interesse an dieser Vorlage vorgebracht wird, einige Bemerkungen notwendig.
Was ist eigentlich Wohneigentum? Im allgemeinen Volksmund denkt man immer, das sei eine Villa mit einigen hundert, wenn nicht tausend Quadratmetern Umschwung, wenn möglich einem Schwimmbad und weiterem Komfort. In Tat und Wahrheit ist aber Wohneigentum der Wohnraum, den man selbst belegt, den man selbst nutzt und der aufgrund der eigenen finanziellen Möglichkeiten auch gemietet werden kann.
Es geht im wesentlichen darum, dass in Zukunft auch dem heutigen Mieter die Gelegenheit geboten wird, diesen Wohnraum selbst zu kaufen, denn es ist doch klar, dass er schon heute mit seinem Mietpreis die Kosten, die Amortisation und die Renovation des von ihm genutzten Mietraumes mitfinanziert oder voll finanziert. In diesem Sinne ist es auch im Interesse der langfristigen Nutzung der Mietobjekte, des Mieterschutzes und ähnlichem mehr von Bedeutung, dass der heutige Mieter zum Eigentümer des von ihm benützten Wohnraumes werden kann. Aufgrund des Gesetzes muss er es ja nicht werden. Dieses Gesetz wird mit Sicherheit auch nicht eine Lawine auslösen, die die Eigentumsverhältnisse im grossen Umfang verändert, die die Banken entlastet oder ähnliches mehr. Vor solchen Beurteilungen muss man eindeutig warnen.
Ich verstehe die Sozialdemokraten nicht, die immer wieder Forderungen für das Vorkaufsrecht des Mieters auf den von ihm benützten Raum aufstellen und ihm andererseits das Geld, das für ihn selbst angespart wurde – denn es handelt sich um individuelle Sparkonten –, nicht zur Verfügung stellen wollen, weil er es aus dem sogenannten Kollektiv herauslöst. Es geht darum, das System wieder in sich zu schliessen und das zwangsgesparte Geld wieder nutzbringend einsetzen zu können.
Im gleichen Zusammenhang muss gesehen werden – und das scheint mir bedeutungsvoll –, dass heute Investitionen der grossen institutionellen Kassen und Versicherungen für die Schaffung von Wohnraum nur in Ballungszentren getätigt werden. Keine Versicherungsgesellschaft und keine Pensionskasse ist daran interessiert, in dezentralen Regionen eine aktive Wohnbauförderung zu betreiben, weil das Risiko der Vermietung schlussendlich zu gross wäre. Durch die Wohneigentumsförderung ist es möglich, dass gerade in sogenannt bescheideneren Orten der Schweiz aufgrund des angesparten Kapitals regional eine Förderung des Wohneigentums in Zukunft möglich wird. Diesen Gesichtspunkt muss man im Auge behalten.
Man spricht auch immer wieder davon, dass Menschen, denen Teile ihres Kapitals zurückgegeben werden, im Alter von 65 Jahren keine vollumfängliche Rente erhalten. Das stimmt; sie wird um das Kapital gekürzt, das sie vorzeitig herausgenommen haben, um sich selbst Wohneigentum zu beschaffen. Aber gleichzeitig wird ihr Wohneigentum um dieses Kapital günstiger und ihre Mietbelastung entsprechend kleiner werden. Der Nutzen wird im Verhältnis zur Rente, die er schlussendlich bekommt, um ein Mehrfaches grösser sein. Das Aequivalent auf diesem Gebiet ist geschaffen.
Eine Frage, die sich im Zusammenhang mit der heutigen Gesetzesberatung stellt, ist die weitere Versicherung der Invaliditäts- und Hinterlassenenrisiken. Darauf werden wir später zu sprechen kommen. Dazu werde ich mich noch kurz äussern. Aber ich danke grundsätzlich dafür, dass die Kommission doch einhellig, wenn offensichtlich auch ohne Begeisterung, einem Modell zugestimmt hat, das sich in Zukunft – davon bin ich überzeugt – positiv entwickeln kann.

Onken: Endlich ein bisschen Diskurs und echte Diskussion! Das ist eigentlich wünschenswert, und die Voten von Herrn Kündig und Herrn Loretan fordern mich doch heraus, ganz kurz noch etwas zu erwidern.
Herr Kündig hat jetzt gesagt, wir forderten immer das Vorkaufsrecht, seien aber nicht bereit, den potentiellen Käufern auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Das stimmt einfach nicht! Wir fordern zwar das eine, das ist richtig, das habe auch ich wieder getan. Aber wir sind durchaus bereit, auch hier Hand zu bieten und dieser Vorlage zuzustimmen. Weder im Nationalrat – sei es in der Kommission oder im Plenum – noch in der ständerätlichen Kommission und heute hier im Rate selbst ist ein Antrag auf Nichteintreten oder ein Antrag auf Ablehnung gestellt worden.
Ich habe gesagt: Ich hege eine gewisse Skepsis, ich habe etwelche Zweifel, aber die reichen nicht aus, um mich grundsätzlich gegen diese Vorlage zu stellen. Ich bin durchaus bereit mitzumachen, und meine Parteifreunde sind es auch. Doch werde ich den Verdacht nicht los, dass die Falschen begünstigt werden könnten, dass es gar nicht um die Wohneigentumsförderung geht, von der jetzt Herr Kündig wieder gesprochen hat. Es wird damit nämlich nicht so sehr neues Wohneigentum gefördert, sondern vorab solches, das schon besteht, es ist also eine Entlastung bisheriger Hauseigentümer, was im Einzelfall auch durchaus sinnvoll sein kann.
Ich wäre natürlich noch freudiger auf diese Vorlage eingetreten, wenn sie ein Pendant gebracht hätte: das Vorkaufsrecht der Mieter. Das ist nicht ein sozialdemokratisches Programm, Herr Loretan!
Es ist manchmal ganz gut, sich früherer Diskussionen, früherer Vorstösse zu erinnern. Ich habe hier diesen Folianten zur Hand genommen, in Erinnerung an eine Diskussion, die wir um eine Motion Rhinow und um eine Motion Schmid Carlo geführt haben. Das war allerdings in einer politisch etwas anderen Zeit. Damals war gerade die Stadt-Land-Initiative vergleichsweise knapp verworfen worden. Die beiden Herren waren mit vielen anderen unterwegs, um dieses Volksbegehren, das ihnen zu weit ging, zu bekämpfen. Aber sie haben damals den Leuten versprochen: Wir werden andere, geeignetere Massnahmen ergreifen, die eigentumsrechtlich unbedenklich sind. Wir werden diese in den Räten anhängig machen, wir werden diese vorantreiben, damit echte Lösungen für die Probleme gefunden werden.
Das liest sich dann so, Herr Loretan: In der Motion Rhinow beispielsweise wird der Bundesrat aufgefordert, Massnahmen zu erlassen. «Diese sollen insbesondere dazu dienen,
– das selbstgenutzte Wohneigentum sowie den Wohnungsbau zu fördern;
– die Spekulation zu bekämpfen;
– der Baulandhortung entgegenzuwirken;

– den Druck institutioneller Anleger auf dem Bodenmarkt zu mildern;
– die rechtzeitige Erschliessung der richtig dimensionierten Bauzonen voranzutreiben;
– die flächensparende Bauweise und die Erneuerung der bestehenden Bausubstanz zu fördern.» (AB 1989 S 102)
Das ist das freisinnige Programm! Noch etwas weiter ist damals Herr Carlo Schmid gegangen, der heute immerhin Präsident der CVP ist, wie Sie wissen. Er schreibt zum Beispiel in Punkt 2 seiner Motion: «Der Bundesrat wird beauftragt, ... zum Zwecke der Bekämpfung der spekulativen Baulandhortung eine Revision des Raumplanungsgesetzes vorzulegen und dabei insbesondere vorzusehen, dass in die Bauzone eingezonte Grundstücke innert bestimmter Frist zu erschliessen und zu überbauen sind und dass die Versäumnis der Ueberbauungsfrist zur Auszonung des betreffenden Grundstückes .... führt.» Das ist eine konsequente Massnahme, die in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden schon heute besteht.
Eine andere Forderung, Punkt 3 Buchstabe c – sie wurde dann allerdings nicht als Motion, sondern als Postulat überwiesen –, lautet: «.... die Stellung des Mieters dahingehend zu verstärken, dass ihm ein Vorkaufsrecht an der von ihm bewohnten Wohnung eingeräumt wird.» (AB 1989 S 103) Auch hier eine Forderung also, an die ich vorhin erinnert habe, die aber von bürgerlicher Seite schon in diesen Rat hineingetragen worden ist.
Ich verlange eigentlich nichts anderes, als dass diese Vorstösse ernst genommen und die Massnahmen, die Herr Bundesrat Koller jetzt in die Vernehmlassung geschickt hat, beförderlichst behandelt werden. Und ich erwarte, dass wir dieses Paket von Massnahmen bald einmal präsentiert bekommen, damit neben dem, was wir hier und heute beschliessen und wozu ich gerne Hand biete, auch die anderen Möglichkeiten genutzt werden, um das Wohnen und das Bauen in diesem Land zu verbilligen. Darauf warte ich noch immer, warte ich sehr dringlich und hoffe, dass der Bundesrat diese Vorlagen nun endlich vorantreibt.

M[me] **Dreifuss,** conseillère fédérale: J'ai suivi avec grande attention cette discussion et je tiens à remercier tous ceux qui y ont participé. Je tiens à remercier tout particulièrement le président et le rapporteur de votre commission.
Les mérites qui reviennent aux deux initiatives parlementaires – celle de M[me] Spoerry au Conseil national et la vôtre, Monsieur Kündig –, en tant que points de départ du projet de loi, ont été soulignés. Je tiens bien sûr aussi à rendre à César ce qui appartient à César, c'est-à-dire à reconnaître que le message qui vous a été soumis est effectivement la mise en forme, la mise en musique de ces deux propositions importantes qui portaient l'accent surtout sur le problème de l'accession à la propriété du logement au moyen du 2e pilier, en mettant au premier chef l'importance d'une politique d'accès au logement.
Si vous me le permettez, j'aimerais d'abord donner une appréciation de ces importants projets de loi par rapport à la sécurité sociale, comme plusieurs intervenants l'on fait également. L'encouragement à la propriété du logement est effectivement un instrument de politique sociale dans le sens, encore une fois, des risques qui doivent être couverts. Ce n'est pas véritablement un instrument de la solidarité sociale, mais plutôt un instrument de la prévoyance sociale individuelle, en ce sens que son objectif n'est pas de redistribuer des revenus entre ceux qui gagnent plus et ceux qui gagnent moins – elle n'agit pas sur l'inégalité face à la fortune des citoyennes et des citoyens de ce pays –, mais plutôt de permettre aux assurés d'utiliser de la meilleure façon possible, en fonction de leurs propres intérêts, leurs avoirs de prévoyance liée au 2e pilier, dans un but dont il est reconnu qu'il poursuit également des objectifs de prévoyance, c'est-à-dire que le risque qui doit être couvert peut l'être effectivement. On espère de cette extension de la responsabilité des assurés qu'ils se sentent plus responsables de leur prévoyance, mais surtout qu'ils acceptent finalement aussi mieux l'utilité des instruments de la prévoyance professionnelle obligatoire.
Si l'on pose le problème en ces termes, je crois qu'il faut effectivement se poser trois questions: le projet assure-t-il effectivement une sécurité suffisante pour que les buts de prévoyance puissent être poursuivis? Assure-t-il une égalité des assurés face à ces possibilités? Permet-il suffisamment de combattre les abus qui pourraient en résulter?
Très rapidement, je dirai que le problème de la sécurité a été la préoccupation principale et la raison, d'ailleurs, pour laquelle certaines propositions avaient été faites par le Conseil fédéral. Ces propositions pesaient bien sûr d'un certain poids en matière de contrôle bureaucratique afin d'assurer qu'il y aurait jusqu'au bout maintien des objectifs de prévoyance qui ont été, comme vous le savez, modifiés au nom d'un système plus léger ne chargeant pas trop les institutions de prévoyance professionnelle, mais restant, à notre avis, acceptables et garantissant que le but de prévoyance soit, dans la plupart des cas, assuré.
Il y a un autre problème dont nous aurons l'occasion de discuter dans la deuxième partie du débat: c'est celui concernant l'assurance contre le risque d'invalidité et de décès, s'il se produit avant l'âge de 50 ans, c'est-à-dire le risque que l'assuré se retrouve effectivement uniquement avec une participation à la propriété de son propre logement, mais privé entièrement de rente. Nous aurons à discuter de ce point puisque le Conseil national, la majorité de la commission du Conseil des Etats et la minorité de la commission ont fait des propositions à ce sujet et que ce point est extrêmement important et posera effectivement aussi le problème de la responsabilité de l'assuré lui-même, face à ces risques dont nous aurons à débattre.
Sur le plan de la sécurité, les autres arguments qui ont été évoqués, notamment par votre rapporteur, c'est-à-dire le maintien de la valeur de l'objet qui est certainement mieux assuré par ce type de prévoyance, jouent un rôle important et nous permettent de dire que les risques sont réduits, que ce sont des risques qui correspondent sans doute au désir de responsabilité qui s'est manifesté, dans le cadre de la gestion des fonds du 2e pilier, très largement et de plus en plus largement dans notre opinion publique et que, dans ce sens-là, ce risque que les gens désirent prendre est un risque mesuré.
En ce qui concerne l'égalité des assurés – j'ai parlé tout à l'heure de la nécessité qui avait été posée au Conseil national d'éviter surtout la lourdeur administrative du contrôle, à savoir que l'objet pour lequel l'investissement avait pu être fait avec les fonds du 2e pilier ne soit pas détourné de l'utilisation de la prévoyance ou de la garantie de la prévoyance –, je dirai que cela correspond aussi à ce désir d'égalité de traitement entre assurés. Il serait en effet extrêmement peu acceptable ou peu sympathique que les charges administratives des institutions de prévoyance soient alourdies par ce mécanisme, lesquelles charges pèseront finalement sur les possibilités concernant l'ensemble des assurés. Il faut que, dans la mesure du possible, des fonds soient effectivement sortis, aussi du point de vue administratif, des responsabilités des institutions de prévoyance elles-mêmes, avec un mécanisme qui permette, malgré tout – ce sera le troisième point –, de prévenir les abus.
L'accès à la propriété du logement ne peut bien sûr pas être considéré comme un accès ouvert à l'ensemble de la population d'une façon totalement égalitaire. Trop de différences quant aux revenus, trop de différences quant à la fortune entre les habitants de ce pays font que certains ont effectivement accès à la propriété du logement alors que d'autres s'en voient exclus, non pas à cause de la réglementation qui est proposée aujourd'hui, mais à cause de l'inégalité profonde qui existe dans ce pays en termes de revenus et en termes de fortune. Il serait donc illusoire – et je remercie votre conseil d'avoir chaque fois montré avec beaucoup de lucidité aussi les limites de cette proposition – de ne pas faire croire qu'il y a là une ouverture à l'ensemble de la population qui se verrait offrir un accès à la propriété. Cela ne sera pas possible, encore une fois, car nous sommes dans une société inégalitaire, même si notre tâche est de veiller à ce que, face aux grands risques de l'existence – la maladie, l'invalidité, la mort –, l'inégalité soit restreinte et que dans d'autres domaines nous ayons des instruments de ce genre à mettre en place. La réalité reste celle-là.

Ce qui est très réjouissant dans cette proposition, c'est que l'on ne se concentre pas sur la pleine accession à la propriété du logement, mais que des formes intermédiaires qui consistent à réduire le coût du logement, à participer à des formes collectives de propriétés comme les coopératives, soient également ouvertes. C'est un complément que le Conseil fédéral a cru devoir ajouter à la «Stossrichtung» des deux initiatives. Il est certainement très favorable, car il a reçu un très bon accueil, que ce soit au Conseil national ou au sein de votre commission. Il permet malgré tout d'étendre dans cet instrument l'accès à la propriété pour l'assuré qui ne bénéficie pas de revenus et de ressources du 2e pilier suffisants pour acquérir un logement en toute propriété.
En ce qui concerne les risques d'abus, dont certains ont été évoqués, je crois que nous nous situons simplement sur un chemin médian qui essaie de tenir compte à la fois de ce besoin de responsabilité et d'un certain risque d'abus. Là je voudrais avertir le Conseil, en remerciant les membres de ce Conseil qui auraient été tentés de faire des propositions de minorité de ne pas les avoir faites: nous avons besoin de fixer, au moins dans le Registre foncier, une limitation du droit d'aliénation, d'autant plus que les institutions elles-mêmes ne veulent pas maintenir cette surveillance – pour les raisons que j'ai évoquées tout à l'heure – pendant toute la durée d'attente entre le moment de l'achat, le moment où l'on disposerait des fonds du 2e pilier, et celui où le risque assuré se réaliserait. Dans ce sens-là, encore une fois, je crois que nous avons une voie médiane, qui assurera l'optimum – non pas le maximum – de sécurité, d'égalité et de contrôle des abus dans une optique de prévoyance sociale.
En ce qui concerne maintenant la mesure d'encouragement à la propriété du logement, parmi toute une palette de mesures dont M. Onken a parlé tout à l'heure, je voudrais faire aussi quelques remarques et répondre à une question qui a été posée. Il est vrai que l'initiative mettait certainement l'accession à la propriété du logement encore plus au premier plan, plus peut-être que je ne le fais aujourd'hui dans cette proposition où j'aimerais mettre en évidence des objectifs de prévoyance sociale. C'est légitime et cela correspond aussi aux prises de position du Conseil fédéral. Que ce soit dans son programme de politique foncière ou dans les directives gouvernementales 1991–1995, le Conseil fédéral a toujours désigné l'encouragement à la propriété du logement comme étant une affaire urgente.
Il convient de souligner que ce n'est qu'une mesure parmi d'autres et que la mesure du droit de préemption légale à laquelle M. Onken a fait allusion est certainement une mesure tout aussi importante pour la promotion de la propriété privée de logements en Suisse. Comme vous le savez, ce droit de préemption a fait l'objet d'une procédure de consultation, dont les résultats sont attendus pour le courant de l'été. Le Conseil fédéral aura donc à se prononcer effectivement cette année encore, et j'espère que nous pourrons alors répondre de façon plus précise quant au calendrier que vous nous demandez concernant la mise en place de ces mesures.
La mesure qui vous est proposée aujourd'hui ne bouleversera pas le marché du logement en Suisse, pas plus qu'elle ne renversera le rapport entre locataires et propriétaires de logements. D'après les estimations qui ont été faites, les mesures proposées pourraient augmenter de l'ordre de 5 pour cent le nombre de propriétaires dans notre pays, lesquels, actuellement, représentent en moyenne 30 pour cent compte tenu du fait que les différences régionales sont effectivement très importantes. Il ne s'agit en fait, dans ce sens-là, que d'élargir les prestations de la prévoyance professionnelle par une forme supplémentaire que l'assuré pourra lui-même librement choisir. La mesure proposée paraît d'autant plus opportune qu'elle permet, d'une part, de réduire la charge financière élevée que représentent les frais de logement pour les assurés âgés et, d'autre part, de pallier précisément à la dépréciation des prestations en espèces.
J'ai déjà fait allusion au fait que le Conseil fédéral avait proposé que le but de la prévoyance professionnelle soit garanti par un gage immobilier. Le Conseil national a proposé tout simplement une restriction légale du droit d'aliéner, et le Conseil fédéral se rallie à cette décision. De même, le Conseil fédéral se rallie à l'autre décision prise par le Conseil national concernant l'imposition de la somme mise à la disposition de l'assuré. Le Conseil fédéral était d'avis – et je crois qu'il avait d'excellents arguments en l'occurrence – que le capital reçu ne soit assujetti à l'impôt que lors de la survenance d'un cas assuré afin que les assurés plus jeunes n'aient pas à supporter une charge financière trop élevée au moment où ils ont besoin de cet argent pour acquérir leur logement. Le Conseil fédéral a proposé pour des raisons pratiques que l'imposition se fasse au moment du versement, et le Conseil fédéral ne s'oppose pas à cette solution pour autant que les cantons y souscrivent également, mais il tient à faire remarquer ici que, compte tenu de l'imposition élevée à laquelle sont soumises les prestations dans certains cantons ainsi que des autres taxes que l'assuré doit payer lorsqu'il acquiert un logement, cette mesure de promotion de l'encouragement de l'accession à la propriété perdrait de son efficacité pour nombre d'assurés si les cantons maintiennent les législations dans leur état actuel.
Voilà ce que je puis dire en vous invitant bien évidemment à entrer en matière sur ce projet et à en délibérer dans le détail. Il s'agit, je le répète, d'une voie médiane: la recherche d'un optimum entre des objectifs multiples, chacun d'entre eux étant légitime et méritant d'être poursuivi. La combinaison d'autant d'objectifs rend la tâche difficile, mais j'ai l'impression que le projet, tel qu'il est issu des délibérations du Conseil national et de votre commission, nous donne une chance de réaliser cet optimum.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

Schüle, Berichterstatter: In der Detailberatung hat sich die Kommission weitgehend der Linie des Nationalrates angeschlossen. Sie unterbreitet Ihnen – mit einer einzigen Ausnahme – alle Anträge einstimmig.
Die Spezialität dieser Vorlage besteht darin, dass sie in einem ersten Teil die Regelungen des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge enthält und in einem zweiten Teil synchron die Regelungen aus dem Obligationenrecht (den überobligatorischen Teil betreffend).
Wir schlagen Ihnen vor, dass wir in der Detailberatung die Beschlüsse im BVG-Teil fassen; diese sollen dann gleichzeitig auch für den OR-Teil – im Sinne bloss noch redaktioneller Anpassungen – Gültigkeit haben.

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I introduction
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gliederungstitel vor Art. 27, Art. 30a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre précédant l'art. 27, art. 30a
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 30b
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Kündig: Man spricht im Artikel 30b und auch in weiteren Artikeln immer wieder von der Höhe der Freizügigkeitsleistung. Nach der Terminologie des Gesetzes ist die Freizügigkeitsleistung ein Entgelt, das bei Ausscheiden des Arbeitnehmers fällig wird, aber nicht während der Dauer der Versicherung. Während der Dauer der Versicherung besteht ein Anspruch auf Freizügigkeitsleistung. Ich glaube nicht, dass deswegen eine grosse Debatte nötig ist, aber ich wäre froh, wenn man im Interesse der Klarheit des Gesetzes die Redaktionskommission beauftragen würde – bevor das Differenzbereinigungsverfahren einsetzt –, dort, wo es um Freizügigkeitsleistung geht, die Frage zu prüfen, ob man nicht besser von einem «Anspruch auf Freizügigkeitsleistung» sprechen würde.

M[me] **Dreifuss,** conseillère fédérale: Je crois que cette correction devrait être faite. Je pense qu'on pourrait proposer tout simplement – mais à l'intention de la Commission de rédaction – que l'assuré puisse mettre en gage le droit aux prestations de prévoyance ou un montant. La remarque est tout à fait justifiée et la solution se trouvera facilement.

Angenommen – Adopté

Art. 30c
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... einen Betrag für Wohneigentum für den eigenen ....
Abs. 2
Versicherte dürfen bis zum 50. Altersjahr einen Betrag bis zur Höhe der Freizügigkeitsleistung beziehen. Versicherte, die das 50. Altersjahr überschritten haben, dürfen höchstens die Freizügigkeitsleistung, auf die sie im Alter 50 Anspruch gehabt hätten, oder die Hälfte der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt des Bezuges beziehen.
Abs. 3
Der Versicherte kann diesen Betrag auch für den Erwerb von Anteilscheinen einer Wohnbaugenossenschaft oder ähnlicher Beteiligungen geltend machen, wenn er eine dadurch mitfinanzierte Wohnung selbst benutzt.

Abs. 4
Mehrheit
.... Vorsorgeeinrichtung gekürzt. (Rest des Absatzes streichen)
Minderheit
(Schiesser, Beerli, Coutau, Huber, Onken, Roth)
.... zu vermeiden, bietet die Vorsorgeeinrichtung eine Zusatzversicherung an oder vermittelt eine solche.

Abs. 5
.... oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Gericht anrufen.
Abs. 6, 7
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 30c
Proposition de la commission
Al. 1
.... d'un montant pour la propriété ....
Al. 2
Les assurés peuvent obtenir, jusqu'à l'âge de 50 ans, un montant jusqu'à concurrence de leur prestation de libre passage. Les assurés âgés de plus de 50 ans peuvent obtenir au maximum la prestation de libre passage à laquelle ils avaient droit à l'âge de 50 ans ou la moitié de la prestation de libre passage à laquelle ils ont droit au moment du versement.
Al. 3
L'assuré peut également faire valoir le droit au versement de ce montant pour acquérir des parts d'une coopérative de construction et d'habitation ou des formes similaires de participation des locataires s'il utilise personnellement le logement cofinancé de la sorte.

Al. 4
Majorité
.... de prévoyance respectives. (Biffer le reste de l'alinéa)
Minorité
(Schiesser, Beerli, Coutau, Huber, Onken, Roth)
.... de prévoyance respectives. Afin d'éviter les conséquences d'une éventuelle réduction des prestations en cas de décès et d'invalidité, l'institution de prévoyance offre elle-même une assurance complémentaire ou fait office d'intermédiaire pour la conclusion d'une assurance complémentaire.

Al. 5
.... ou s'il est refusé, l'assuré peut en appeler au tribunal.
Al. 6, 7
Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1–3 – Al. 1–3

Schüle, Berichterstatter: Hier geht es lediglich um eine redaktionelle Aenderung. Es geht darum, diesen Artikel sprachlich besser zu fassen, damit er für den Leser verständlicher wird. Absatz 1 sollte auch in der Fassung des Bundesrates nicht die Höhe des Vorbezuges festlegen, sondern eine dreijährige Karenzfrist festschreiben, damit es nicht kurz vor dem Eintreten des Vorsorgefalls zu einer negativen Selektion der Risiken kommt. In der bundesrätlichen Fassung war in Absatz 1 die Formulierung «bis zur Höhe seiner Freizügigkeitsleistung» aufgenommen, was aber in Absatz 3 gleich wieder relativiert werden musste. Wir glauben, für die Absätze 1 bis 3 eine verständlichere Fassung gefunden zu haben.

Angenommen – Adopté

Abs. 4 – Al. 4

Schiesser, Sprecher der Minderheit: Es ist tatsächlich so, dass hier der einzige Minderheitsantrag vorliegt. Wie Sie sehen, ist diese Minderheit recht breit zusammengesetzt. Sie erstreckt sich von Herrn Onken bis zu Herrn Coutau. Wenn Sie die räumliche Spannweite hier im Saal betrachten, wäre damit eigentlich beinahe der ganze Rat überbrückt.
Worum geht es? Es geht der Minderheit darum, dass das Gefahrenpotential, das mit dieser Vorlage und der entsprechenden Beanspruchung von Geldern der zweiten Säule verbunden ist, offengelegt wird. Dabei handelt es sich im wesentlichen um den verminderten Versicherungsschutz, insbesondere im Risikofall, also im Invaliditätsfall. Es geht um die Abdeckung von Einbussen aus Einkommensbestandteilen, die nach der Inanspruchnahme von Geldern der zweiten Säule für den Erwerb von Wohneigentum eintreten können. Will man sich darüber Rechenschaft geben, wie gross diese Einkommenseinbusse sein kann, muss man Tabelle 5 in der Botschaft betrachten: Je nach Art der Kasse und deren Finanzierung sinkt die verbleibende Leistung im Extremfall bis auf 30 Prozent des ursprünglichen Rentenbetrages ab. Es kann also eine Einbusse von bis zu 70 Prozent der Invaliditätsrente entstehen. Wenn die entsprechenden Gelder beispielsweise im Alter 51 vollständig beansprucht werden, verbleiben gemäss Tabelle 5 bei Männern 35 Prozent und bei Frauen 30 Prozent der ursprünglichen ungekürzten Altersleistung.
Auf dieses Gefahrenpotential muss der oder die betreffende Versicherte aufmerksam gemacht werden. Oft besteht eine gewisse Euphorie; man kann Wohneigentum erwerben, alles andere spielt in diesem Moment keine Rolle. Der Risikofall ist vermeintlich weit entfernt, liegt aber vielleicht sehr nahe. Das böse Erwachen folgt, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, wie stark die entsprechenden Leistungen gekürzt werden.
Genau an diesem Punkt hakt die Minderheit ein. Es geht uns nicht darum, eine obligatorische Versicherung für diesen Fall vorzusehen; es geht uns darum, dass den Versicherten die entsprechenden Zahlen schwarz auf weiss vorgelegt werden und dass ihnen offengelegt wird, welche Möglichkeiten bestehen, um dieses Risiko abzudecken.

Was passiert, wenn derartige Risikofälle eintreten und die entsprechende Abdeckung nicht besteht? Am Schluss werden in solchen Fällen Fürsorgeleistungen beansprucht. Das können wir zwar nicht verhindern, aber wir können mit unserem Minderheitsantrag dazu beitragen, dass das Erforderliche vorgekehrt wird, und das sollten wir tun.
Ich betone nochmals: Es geht nicht darum, dass eine obligatorische Versicherung eingeführt wird, es geht bloss darum, dass dem Versicherten bei der Beanspruchung von Geldern der zweiten Säule für den Erwerb von Wohneigentum klipp und klar gesagt wird, welche Risiken damit verbunden sind und wie diese Risiken abgedeckt werden können. Das ist der Inhalt des Minderheitsantrags. Er kostet uns nicht viel, kann aber Fälle verhindern, in denen später gesagt wird: Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich diese Gelder nicht beansprucht! Solche Fälle sollten wir nach Möglichkeit vermeiden.
Deshalb bitte ich Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Schüle, Berichterstatter: Herr Schiesser hat auf die enorme Spannweite dieser Minderheit hingewiesen; sie reicht von Herrn Coutau bis zu Herrn Onken. Man müsste allenfalls die Frage stellen: Sind die Motive wirklich überall dieselben? Es ist auch richtig, dass wir in der Kommission diesen nicht zentralen Punkt sehr knapp – mit 7 zu 6 Stimmen – beschlossen haben. Wichtig scheint uns – hier ist die Kommissionsmehrheit mit der Minderheit völlig einig –, dass voll informiert werden muss. In diesem Zusammenhang verweise ich Sie auf Artikel 30g, Ausführungsbestimmungen, wo festgehalten ist, dass der Bundesrat Bestimmungen zu erlassen hat über «die Pflicht der Vorsorgeeinrichtungen für die Information der Versicherten im Falle der Verpfändung oder des Vorbezugs über die Auswirkungen auf ihre Vorsorgeleistungen, über die Möglichkeit der Zusatzversicherung für die Risiken Tod und Invalidität und auf die steuerlichen Folgen». Es ist also völlig klar, dass diese Information erfolgen muss, dass der Bundesrat das über diese Ausführungsbestimmungen viel besser tun kann, als wenn wir an dieser Stelle zusätzlich die Vorsorgeeinrichtungen dazu auffordern, Zusatzversicherungen anzubieten oder zu vermitteln. Die Information ist sichergestellt, es geht aber noch um die Frage eines solchen Zusatzgeschäftes. Die Mehrheit Ihrer Kommission sieht eine gewisse Gefahr der Ueberreglementierung in diesem Zusatz, vor allem aber die Gefahr, dass wir hier einseitige Wirtschaftsförderung zugunsten der Versicherungsbranche betreiben, und darauf wollten wir verzichten. Wir sollten es bei der Information belassen.

Kündig: Natürlich kann man im Zusammenhang mit dem Minderheitsantrag von Ueberreglementierung sprechen. Auf der anderen Seite haben wir bei der Sozialversicherung tatsächlich ein Problem betreffend die Langzeitrente und die Hinterlassenenrente. Wenn wir nun beginnen, die Kapitalien in einem gewissen Alter abzuzwacken und für Wohneigentumsförderung einzusetzen, dann ist ein Teil dieser Sozialvorsorge nicht mehr existent. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, den Minderheitsantrag oder, wenn Sie wollen, den Antrag des Nationalrates zu unterstützen; die beiden Anträge sind fast identisch.
Ich möchte aber auf etwas hinweisen: Aus dieser Situation entstehen neue Kosten, die aufgrund des BVG nach den Finanzierungsvorschriften mindestens zur Hälfte durch den Arbeitgeber zu berappen wären; dies kann natürlich nicht der Sinn sein. Man müsste also – zuhanden der Behandlung im Nationalrat – die Frage noch einmal überdenken: Ist es notwendig, dass im Gesetz ein Passus aufgenommen wird, der sagt, dass die entstehenden Zusatzkosten – denn es entstehen so oder so Kosten, die auch vom Arbeitgeber zu übernehmen sind – vom Versicherten zu tragen wären, oder genügt es, wenn wir das hier übereinstimmend als Meinung unseres Rates deklarieren könnten? Denn dann wäre es möglich, dies in der Verordnung zu regeln. Wenn ich die Minderheit richtig verstehe, so denkt sie in dem Sinne. Und ich glaube, auch die Mehrheit, wenn sie an die Information über die Möglichkeit von Zusatzversicherungen denkt, denkt nicht daran, diese Zusatzversicherung nun dem Arbeitgeber anzulasten.

Schiesser, Sprecher der Minderheit: Als Vertreter der Minderheit kann ich mich diesem Votum vollständig anschliessen. Es war unsere Auffassung, dass die Kosten, die sich aus einer Zusatzversicherung ergeben, natürlich nicht zur Hälfte zu Lasten der Pensionskasse gehen, sondern vom entsprechenden Versicherungsnehmer allein zu tragen sind. Das war die klare Absicht des Minderheitsantrags.

M[me] **Dreifuss,** conseillère fédérale: Le Conseil fédéral soutient soit la version du Conseil national soit la version proposée par la minorité Schiesser. Le problème social qui a été soulevé par ces deux instances est tout à fait réel; l'information doit être faite à l'assuré et la possibilité de pallier à ce risque doit lui être offerte.
Mais j'aimerais vous rendre attentifs au fait que le risque ne peut être assuré que pour des montants très importants et que, comme pour l'ensemble de cette proposition, tout le monde n'aura pas les moyens financiers de s'assurer contre un tel risque. Les montants nécessaires à ce moment-là, et qui devraient être mobilisés avec les montants que l'on désire utiliser pour l'accès à la propriété du logement, sont de l'ordre d'une ou deux dizaines de milliers de francs. Ce sont sans doute des montants trop importants pour que l'on puisse partir de l'idée que ce risque sera banni par cette simple information et par cette simple offre qui est proposée.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	21 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	6 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Schüle, Berichterstatter: Wir haben – das wiederholt sich dann in anderen Artikeln – die drei Worte «ohne triftigen Grund» gestrichen. Es geht hier um die Zustimmung des Ehegatten. Wenn nun die Zustimmung objektiv oder subjektiv nicht eingeholt werden kann, soll das Gericht durch den Versicherten angerufen werden können. Aber es ist dann Sache des Gerichtes, zu qualifizieren, ob es sich um einen «triftigen Grund» handelt.

Angenommen – Adopté

Abs. 6, 7 – Al. 6, 7
Angenommen – Adopté

Art. 30d
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Bisig: Gemäss Absatz 1 muss bei einer Veräusserung des Wohneigentums, bei einer gleichwertigen Einräumung von Rechten oder beim Tod des Versicherten ohne Fälligkeit von Vorsorgeleistungen der bezogene Betrag an die Vorsorgeeinrichtung zurückbezahlt werden. Der Zinsertrag bleibt damit also beim Versicherten.
Absatz 5 beschränkt die Rückzahlungspflicht sogar noch auf den Erlös. Dieser kann, wie die aktuelle Situation auf dem Immobilienmarkt zeigt, bedeutend tiefer sein als der Kaufpreis. Dazu kommt, dass als Erlös der Verkaufspreis abzüglich der hypothekarisch abgesicherten Schulden gilt, also auch der Hypotheken, die später aufgenommen wurden. Der Erlös ist damit manipulierbar. Diese Bestimmungen laden verführerisch zur Spekulation ein – Frau Beerli hat im Rahmen der Eintretensdebatte bereits darauf hingewiesen. Den Gewinn inklusive Zinsertrag streicht in jedem Fall der Versicherte ein, einen möglichen Verlust tragen aber unter Umständen die öffentliche Hand bzw. die Fürsorge oder neu die Versicherung bzw. der Prämienzahler.
Ich frage den Kommissionssprecher, ob sich die Kommission dieser kaum wünschbaren Auswirkung der Bestimmungen im Artikel 30d bewusst ist. Eigentumsförderung darf doch nicht zur Spekulationsförderung verkommen! Aus meiner Sicht

dürfte das mit Mitteln der beruflichen Vorsorge finanzierte Wohneigentum nachträglich nur dann mit einer zusätzlichen Hypothek belastet werden, wenn damit – oder vorerst – der bezogene Betrag zurückbezahlt wird.
Zusätzlich wäre es überlegenswert, bei einer Veräusserung die Rückzahlungspflicht um den gesparten Zinsertrag zu erhöhen. Mit einer Streichung von Absatz 5 könnte eine Differenz zum Nationalrat geschaffen werden, die dann meinen Bedenken Rechnung tragen könnte. Differenzen bestehen ja jetzt schon, es würde also keine Verlängerung des Verfahrens bewirken.
Bevor ich diesen Streichungsantrag stelle, möchte ich wissen, ob sich die Kommission diesbezüglich Gedanken gemacht hat und warum sie die Version des Nationalrates übernommen hat. Sicher wäre ein gestrichener Absatz 5 das kleinere Uebel, würde damit doch die spekulationsfreundliche Definition des Erlöses wegfallen.

Schüle, Berichterstatter: Artikel 30d ist in der Kommission ohne Diskussion beschlossen worden, und die von Herrn Bisig aufgeworfene Problematik war auch im Nationalrat kein Thema.
Vorweg müssen wir feststellen, dass der Vorbezug entweder zugunsten des Kaufs von Wohneigentum oder zur Ablösung einer Hypothek eingesetzt wird, aber nicht kumulativ.
Zum zweiten geht es bei Absatz 5 um die Frage, wie der Versicherte wieder in seine volle berufliche Vorsorge zurückkommt, wenn er sein Wohneigentum veräussert. Es ist durchaus möglich – und dieser Fall ist hier angesprochen –, dass er bei der Veräusserung des Wohneigentums, die er unter Zwang vornehmen muss, nicht mehr den vollen Betrag vereinnahmen kann, den er ursprünglich in das Wohneigentum hineingesteckt hat. Er wäre dann nicht in der Lage, den bezogenen Betrag voll zurückzuerstatten, es sei denn, er würde sich zusätzlich verschulden. Noch viel weniger käme in Betracht, dass er der Versicherung den Zins zurückerstatten müsste.
Was heisst hier Zins? Der Zins entspricht der Eigenmiete. Er hat ihn als Wohneigentümer konsumiert. Eine Rückerstattung kann daher nicht in Frage kommen. Insofern müssen wir den Blick auf Absatz 6 richten, in dem gesagt wird, was dann passiert. Die Vorsorgeeinrichtung muss dem Versicherten im Falle einer solchen Rückzahlung gemäss ihrem Reglement einen höheren Leistungsanspruch einräumen, und dieser höhere Leistungsanspruch errechnet sich aus dem effektiv zurückbezahlten Betrag. So ist denn das Verhältnis zwischen dem Versicherten und seiner Versicherungseinrichtung klar geregelt. Daraus kann man nicht ableiten, dass irgendwelche Risiken auf die öffentliche Hand überwälzt würden.

Bisig: Ich kann mit der Antwort von Herrn Schüle gar nicht einverstanden sein, stellt er doch selber fest, dass die von mir aufgeworfene Problematik nicht besprochen und offensichtlich auch nicht ganz verstanden wurde. Natürlich ist die ganze Geschichte kumulativ. Entweder kauft man, oder man zahlt vorhandene Hypotheken ab. Aber Absatz 5 verhindert eben nicht, dass ich im nachhinein, wenn der Wert der Wohnung wieder gestiegen ist, eine zusätzliche Hypothek aufnehme, dass ich damit dieses vom BVG mitfinanzierte Wohneigentum höher belaste und mich in eine mögliche Schuld hineinmanövriere. Das kann meiner Ansicht nach nicht die Idee dieser Vorlage sein.
Unter diesem Kriterium wäre die Streichung von Absatz 5 das kleinere Uebel. Wenn schon Differenzen bestehen, müsste über dieses Thema ebenfalls nochmals nachgedacht werden. Ich beantrage Ihnen, Absatz 5 zu streichen.

Huber: Ich behaupte nicht, dass das Anliegen von Herrn Bisig in den Bereich der pessimistischen Spekulationen fällt, sondern ich möchte sagen, dass er durchaus einen möglichen Tatbestand erkennt, nämlich den, dass – gemäss Artikel 30d Absatz 5 zweiter Satz – nachträglich Hypotheken begründet und diese nachher zweckentfremdet würden, was im Prinzip dann dazu führte, dass der Erlös kleiner wird.
Persönlich betrachte ich das als ein extrem rechtsmissbräuchliches Vorgehen, das im übrigen, wie der Berichterstatter richtig dargelegt hat, den Versicherten selber schädigt, indem – im Zusammenhang mit Absatz 6 – gesehen werden muss, dass dieser eine Leistung nur noch in dem Ausmass bekommt, als das Kapital aus dem Anlagegeschäft in der Tat zurückfliesst.
Ich würde folgendes vorschlagen: Es muss vielleicht noch einmal überprüft werden, ob die Formulierung in Absatz 5 all diese Ueberlegungen abdeckt; aber ein Streichen von Absatz 5 würde ganz wesentliche Elemente herausbrechen, insbesondere den Schluss dieses Satzes «.... sowie der dem Verkäufer vom Gesetz auferlegten Abgaben». Auch diese sind nämlich für den Rückzahlungsbetrag relevant. Daher könnten wir vielleicht so verbleiben, dass man den Nationalrat bittet, diese Bestimmung bei der Beratung der entsprechenden Differenzen noch einmal zu überprüfen, im Sinne der Darlegungen von Kollege Bisig und unserer Diskussion, und dann im Prinzip seinerseits zu entscheiden; wir würden das nachher noch einmal ansehen.
Ich fürchte, wenn wir Absatz 5 streichen, könnte im Gesetz eine wirkliche Lücke entstehen, die ich nicht gerne sehen würde. Bitte erledigen Sie das über die Materialien, aber nicht über einen Antrag.

Bisig: Ich kann mich dieser Version anschliessen, wenn man mir versichert, dass ernsthaft darüber gesprochen wird. Wir haben ja die Erfahrung gemacht, dass der Zweitrat oder der andere Rat dann und wann grosszügig über unsere Bedenken und Einwände hinweggeht. Wenn sichergestellt werden kann, dass das nicht passiert, bin ich mit dem Vorschlag Huber einverstanden.

Angenommen – Adopté

Art. 30e
Antrag der Kommission
Abs. 1–4, 6
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 5
.... Verpfändung des Vorsorgeguthabens nachzuweisen, dass er die betreffenden ....

Art. 30e
Proposition de la commission
Al. 1–4, 6
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 5
Adhérer à la décision du Conseil national
(la modification ne concerne que le texte allemand)

Schüle, Berichterstatter: Es geht darum, In- und Ausländer einander möglichst gleichzustellen. Beim Inländer muss die Veräusserungsbeschränkung im Grundbuch angemerkt werden. Diese Formulierung kann in dieser Weise beim ausländischen Versicherten, der an seinem Heimatort investiert, nicht angewendet werden. Hier müsste es aber nicht «glaubwürdig dartun» heissen, wie es der Nationalrat formuliert hat, sondern es wäre «nachzuweisen», dass die betreffenden Mittel der beruflichen Vorsorge für das Wohneigentum verwendet werden.
Die Kommission ist einstimmig auf diese Lösung eingeschwenkt, und wir bitten Sie, uns zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 30f, 30g, 37 Abs. 4, 39 Abs. 1 zweiter Satz, 40, 56 Abs. 1 Bst. c
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 30f, 30g, 37 al. 4, 39 al. 1 deuxième phrase, 40, 56 al. 1 let. c
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs. 2 Bst. e, 2bis (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2bis (neu)
Die Auffangeinrichtung ist im Bereich der Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge Melde- und Hinterlegungsstelle. Sie wird für diese Tätigkeit vom Sicherheitsfonds entschädigt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 60 al. 2 let. e, 2bis (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2bis (nouveau)
Dans le domaine de l'encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle, l'institution supplétive fait office de bureau d'annonces et de dépôt. Elle est indemnisée par le fonds de garantie pour cette activité. Le Conseil fédéral règle les modalités.

Schüle, Berichterstatter: Wir schlagen einen neuen Absatz 2bis vor. Worum geht es? Der Bundesrat wollte die Auffangeinrichtung mit der grundpfandrechtlichen Sicherstellung beauftragen. Der Nationalrat hat dann das Konzept geändert und in Artikel 30e festgelegt, dass die Veräusserungsbeschränkung im Grundbuch anzumerken ist.
Die Ständeratskommission stimmt dem zu, aber nun ist diese Präzisierung nötig. Der Nationalrat hat übersehen, dass es Lücken gibt und dass wir diese Lücken schliessen müssen. Das ist der Fall, wenn zum Beispiel eine Vorsorgeeinrichtung nicht mehr besteht oder wenn ein arbeitsloser Versicherter keine Vorsorgeeinrichtung mehr hat und in der Zeit, als er eine solche hatte, die Vorsorgegelder bereits bezogen hat. Diese subsidiäre Stellung müssen wir der Auffangvorrichtung als Melde- und Hinterlegungsstelle überbinden. Das ist die zwingende Ergänzung des neuen Konzeptes.

Angenommen – Adopté

Art. 83a
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2
.... bezahlten Steuern zurückerstattet werden.
Abs. 2bis (neu)
Die Rückerstattung eines bereits für das Wohneigentum benutzten Vorsorgeguthabens an eine Vorsorgeeinrichtung kann für die Ermittlung des steuerbaren Einkommens nicht in Abzug gebracht werden.
Abs. 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 83a
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2
.... la réalisation du gage lui soient remboursés.
Al. 2bis (nouveau)
Le remboursement, à une institution de prévoyance, d'un avoir de prévoyance déjà utilisé pour la propriété du logement ne peut pas être déduit du revenu imposable.
Al. 3
Adhérer à la décision du Conseil national

Schüle, Berichterstatter: Hier schlagen wir eine neue Form der steuerlichen Behandlung der Wohneigentumsförderung vor. Ich habe Sie beim Eintreten darauf hingewiesen, dass der Vorbezug als Kapitalleistung besteuert wird.
Wir haben in Absatz 2 die «anteilsmässigen» Anrechnungen aufgrund der Eingaben der Finanzdirektoren gestrichen, weil sie bei einem Kantonswechsel Schwierigkeiten geboten hätten. Der Wiedereinzahlung eines Vorsorgeguthabens kann folgerichtig nicht vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden.

Angenommen – Adopté

Schüle, Berichterstatter: Wir haben unter Ziffer I das gesamte BVG im Bereich der Wohneigentumsförderung geregelt, und unter Ziffer II sind nun die entsprechenden Anpassungen beim Obligationenrecht für den überobligatorischen Bereich vorzunehmen. Sie sehen identisch, spiegelbildlich die gleichen Beschlüsse. Artikel 331e Absatz 4 ist also bereits im Sinne der Minderheit entschieden worden. So bleibt von mir aus nur noch eine Bemerkung zu Ziffer III, wo es um das Inkrafttreten geht.
Es ist klar, dass der Bundesrat nach Verabschiedung des Gesetzes die Verordnungen möglichst rasch im Hinblick auf die Praxis auszuarbeiten hat. Erst wenn diese Verordnungen vorhanden sind, kann auch das Inkrafttreten erfolgen. Damit wird den Kassen genügend Zeit eingeräumt, ihre nötigen administrativen Anpassungen vorzunehmen. So können die Kassen auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens hin funktionieren, und dieses neue Instrument kann sofort spielen. Das sind meine abschliessenden Bemerkungen.

Ziff. II Art. 331d
Antrag der Kommission
Abs. 1–4, 6, 7
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 5
.... oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Gericht anrufen.

Ch. II art. 331d
Proposition de la commission
Al. 1–4, 6, 7
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 5
.... ou s'il est refusé, l'assuré peut en appeler au tribunal.

Angenommen – Adopté

Art. 331e
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... Vorsorgeeinrichtung einen Betrag für Wohneigentum für den eigenen ....
Abs. 2
Versicherte dürfen bis zum 50. Altersjahr einen Betrag bis zur Höhe der Freizügigkeitsleistung beziehen. Versicherte, die das 50. Altersjahr überschritten haben, dürfen höchstens die Freizügigkeitsleistung, auf die sie im Alter 50 Anspruch gehabt hätten, oder die Hälfte der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt des Bezuges beziehen.
Abs. 3
Der Versicherte kann diesen Betrag auch für den Erwerb von Anteilscheinen einer Wohnbaugenossenschaft oder ähnlicher Beteiligungen geltend machen, wenn er eine dadurch mitfinanzierte Wohnung selbst benutzt.

Abs. 4
Mehrheit
.... Vorsorgeeinrichtung gekürzt. (Rest des Absatzes streichen)
Minderheit
(Schiesser, Beerli, Coutau, Huber, Onken, Roth)
.... zu vermeiden, bietet die Vorsorgeeinrichtung eine Zusatzversicherung an oder vermittelt eine solche.

Abs. 5
.... oder wird sie ihm verweigert, so kann er das Gericht anrufen.
Abs. 5bis, 5ter, 6
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 331e
Proposition de la commission
Al. 1
.... d'un montant pour la propriété ....
Al. 2
Les assurés peuvent obtenir, jusqu'à l'âge de 50 ans, un montant jusqu'à concurrence de leur prestation de libre passage. Les assurés âgés de plus de 50 ans peuvent obtenir au maximum la prestation de libre passage à laquelle ils avaient droit à l'âge de 50 ans ou la moitié de la prestation de libre passage à laquelle ils ont droit au moment du versement.
Al. 3
L'assuré peut également faire valoir le droit au versement de ce montant pour acquérir des parts d'une coopérative de construction et d'habitation ou des formes similaires de participation des locataires s'il utilise personnellement le logement cofinancé de la sorte.

Al. 4
Majorité
.... de prévoyance respectives. (Biffer le reste de l'alinéa)
Minorité
(Schiesser, Beerli, Coutau, Huber, Onken, Roth)
.... de prévoyance respectives. Afin d'éviter les conséquences d'une éventuelle réduction des prestations en cas de décès et d'invalidité, l'institution de prévoyance offre elle-même une assurance complémentaire ou fait office d'intermédiaire pour la conclusion d'une assurance complémentaire.

Al. 5
.... ou s'il est refusé, l'assuré peut en appeler au tribunal.
Al. 5bis, 5ter, 6
Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1–3, 5, 5bis, 5ter, 6 – Al. 1–3, 5, 5bis, 5ter, 6
Angenommen – Adopté

Abs. 4 – Al. 4
Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité

Art. 342 Abs. 1 Bst. a, Ziff. III
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 342 al. 1 let. a, ch. III
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	28 Stimmen
Dagegen	(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

Präsident: Ich darf Sie für die kleine Unruhe im Saal um Verständnis bitten. Sie haben gesehen, dass wir mit altbewährten Methoden arbeiten müssen, um das Protokoll aufzunehmen. Ich mache Sie jetzt schon darauf aufmerksam, dass es vielleicht etwas länger dauern wird, bis Sie vom Dienst für das Amtliche Bulletin die Abzüge Ihrer Voten erhalten werden.
Ein Gewitter kann auch in unserer heutigen hochtechnisierten Welt noch Schaden anrichten; das ist doch eigentlich tröstlich.

92.066

Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge
Encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 473 hiervor – Voir page 473 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 10. Juni 1993
Décision du Conseil des Etats du 10 juin 1993

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Frau **Spoerry,** Berichterstatterin: Die Vorlage zur Wohneigentumsförderung mit Mitteln der gebundenenen Vorsorge soll bekanntlich die vorzeitige Verwendung der Vorsorgegelder für das Wohneigentum ermöglichen und wird das Verbot der Verpfändung von Vorsorgeansprüchen für die Wohneigentumsförderung aufheben.
Der Ständerat hat sich im wesentlichen dem vom Nationalrat vorgeschlagenen Konzept angeschlossen. Dieses Konzept umfasst die folgenden Punkte:
1. Der Versicherte hat einen Rechtsanspruch, sein Vorsorgeguthaben in begrenztem Umfange vorzeitig zu beziehen:
a. wenn er sich damit entweder selbstbewohntes Eigentum erwirbt – nicht eine Zweitwohnung, keine Kapitalanlage – oder wenn er damit Anteilscheine an Wohnbaugenossenschaften finanziert;
b. wenn er Neuinvestitionen in selbstbewohntes Wohneigentum tätigt oder wenn er Hypotheken auf dem Eigenheim abgelten will.
2. Der Umfang des Vorbezuges ist auf die Freizügigkeitsleistung im Alter 50 bzw. auf die Hälfte der Freizügigkeitsleistung nach dem Alter 50 begrenzt.
3. Der Vorsorgezweck wird durch eine im Grundbuch angemerkte Veräusserungsbeschränkung sichergestellt.
4. Der Vorbezug muss bei einem Verkauf wieder an die Vorsorgeeinrichtung zurückfliessen.
5. Der Vorbezug ist sofort steuerbar.
Alle diese entscheidenden Punkte hat der Ständerat aus unserem Konzept übernommen. Dennoch hat Ihre vorberatende Kommission gegenüber der Fassung des Ständerates noch ein paar Differenzen geschaffen. Es handelt sich allerdings nicht um schwergewichtige Punkte, und der Verabschiedung der Vorlage in dieser Session sollte dennoch nichts im Wege stehen. Die Inkraftsetzung der Vorlage zur Wohneigentumsförderung ist zusammen mit der neuen Freizügigkeitsregelung vorgesehen und sollte auf den 1. Januar 1995 vollzogen werden können.
Zu den Differenzen: In drei Fällen, nämlich in den Artikeln 30a und 83a Absatz 2 BVG und in Artikel 331d Absatz 7 Obligationenrecht, handelt es sich lediglich um sprachliche Präzisierungen bzw. um Anpassungen an inzwischen anderweitig geänderte Bestimmungen. Daneben bestehen fünf materielle Differenzen. Aber sie sind, wie gesagt, nicht von schwergewichtiger Natur.
Die erste materielle Differenz finden Sie in Artikel 30c Absatz 4 BVG. Hier wird klarer festgehalten, dass eine Zusatzversicherung nur dann anzubieten oder zu vermitteln ist, wenn die durch den Vorbezug notwendige Leistungskürzung trotz bestehendem Wohneigentum zu einer effektiven Einbusse des Vorsorgeschutzes führt. Es sollen damit Ueberversicherungen vermieden werden.
Die zweite materielle Differenz liegt in Artikel 60 Absatz 2bis BVG vor, den Ihre Kommission zur Streichung empfiehlt. Warum? Der Ständerat will die Auffangeinrichtung als Meldestelle bezüglich der Vorgänge des Vorbezuges und als Hinterlegungsstelle für die Anteilscheine einsetzen. Nun geht es aber bei der Meldestelle um die Frage der steuerlichen Behandlung. Deshalb ist es naheliegend, die Eidgenössische Steuerverwaltung als Meldestelle einzusetzen; diese hat sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen. Bezüglich der Hinterlegungsstelle erachtet es Ihre Kommission nicht als sinnvoll, eine doch eher starre Lösung durch das Gesetz vorzusehen. Wir schlagen daher vor, dass der Bundesrat gestützt auf Artikel 30g Buchstabe d BVG bestimmt, wo die Anteilscheine zu hinterlegen sind. Als Beispiel hierzu werden die Kantonalbanken genannt. Aus diesen Gründen kann der vom Ständerat neu eingefügte Absatz 2bis von Artikel 60 BVG wieder gestrichen werden.
Die dritte materielle Differenz finden Sie in Artikel 83a Absatz 2bis BVG. Hier handelt es sich um eine Aenderung, die sich auf das Verrechnungssteuergesetz abstützt. Das Recht auf Rückerstattung der bezahlten Steuern erlischt dort nach Ablauf von drei Jahren. Mit einer gleichlautenden Regelung in diesem Gesetzeserlass mit Bezug auf die Verwirkung des Anspruchs auf Steuerrückerstattungen wird eine bundesrechtlich einheitliche Regelung verwirklicht, was zu begrüssen ist.
Die vierte materielle Differenz finden Sie in Artikel 83a Absatz 2ter BVG. Nachdem die Eidgenössische Steuerverwaltung als Meldestelle figuriert, ist sie darauf angewiesen, dass ihr die betreffenden Vorgänge gemeldet werden, und in diesem Sinne soll Absatz 2ter an die neue Regelung angepasst werden.
Die fünfte materielle Differenz befindet sich in Artikel 331e Absatz 4 Obligationenrecht. Die Regelungen im Obligationenrecht sind das Spiegelbild der entsprechenden Bestimmungen im BVG. Die Vermittlung einer Zusatzversicherung muss daher auch im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge den gleichen Voraussetzungen gerecht werden wie im BVG. Es muss daher auch hier eine Einbusse des Vorsorgeschutzes gegeben sein, ansonsten eine Zusatzversicherung zu einer Ueberversicherung führen würde. Ich bitte Sie im Namen Ihrer geschlossenen Kommission, den vorgeschlagenen Aenderungen zuzustimmen und die Vorlage so präzisiert an den Ständerat zurückzugeben.

M. **Deiss,** rapporteur: Nous abordons l'élimination des divergences concernant le projet de loi fédérale sur l'encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle. En dépit de la grande concordance de vues entre nos deux conseils, il reste quelques divergences que notre commission vous invite à maintenir.
Toutefois, il y a lieu de signaler au départ que, sur les points essentiels, il n'y a pas de divergence de vues entre le Conseil des Etats et notre Chambre. En particulier, pour ce qui est du principe de pouvoir faire appel à un prélèvement sur son avoir de prévoyance, dans les proportions de cet avoir jusqu'à l'âge de 50 ans et au maximum de la moitié à partir de cet âge, ou encore quant à la méthode qui revient à restreindre le droit d'aliéner plutôt que de prévoir une mise en gage, et enfin en ce qui concerne la soumission ou l'assujettissement à l'impôt de ces prélèvements, il n'y a pas de différence de vues. Les divergences qui devraient subsister après nos délibérations de ce jour sont d'ordre mineur et ne devraient pas empêcher le Conseil des Etats de mettre aussi fin aux délibérations sur cet objet pendant cette session.

J'énumère et je commente brièvement les différences que nous maintenons.
A l'article 30a LPP, il s'agit d'une modification purement rédactionnelle.
A l'article 30c alinéa 4, il y a une différence matérielle par rapport au texte actuellement acquis, en ce sens que la restriction de la couverture doit être un élément intervenant dans la question d'une assurance complémentaire. Le problème est celui-ci: sans cette adjonction, il serait possible qu'une surassurance devienne effective puisque l'on ne tiendrait pas compte du fait que le logement acquis est toujours au service du but de la prévoyance. Il faut donc, pour qu'un droit à une telle assurance complémentaire soit donné, qu'il n'y ait pas de risque de surassurance, c'est-à-dire que l'on démontre une restriction de la couverture.
A l'article 60 LPP, il vous est suggéré de biffer l'alinéa 2bis. Le Conseil des Etats avait le sentiment qu'il s'agissait là d'un oubli et a prévu que l'institution supplétive fonctionne comme bureau d'annonces et de dépôt. Or, il s'avère que l'Administration fédérale des contributions est mieux à même de se charger de cette fonction de bureau d'annonces, puisqu'il s'agit d'une question fiscale dont l'institution supplétive n'est justement pas chargée. Il convient donc pour cette raison de biffer cet alinéa et de le remplacer par l'article 83a alinéa 2ter LPP où mention est faite de cette fonction de bureau d'annonces confiée à l'Administration fédérale des contributions. En ce qui concerne la fonction de bureau de dépôt, il y a également lieu de la faire disparaître puisque c'est au Conseil fédéral que revient la compétence d'organiser cela et il serait peut-être prématuré de vouloir le régler dans la loi.
A l'article 83a alinéa 2 LPP, il y a encore une modification que l'on peut qualifier de rédactionnelle.
En revanche, à l'article 83a alinéa 2bis, il s'agit de procéder à une harmonisation, à savoir que le remboursement de l'impôt est limité à 3 ans comme c'est aussi le cas pour l'impôt anticipé.
Enfin, pour ce qui est de la partie qui concerne le Code des obligations, des divergences sont maintenues tout simplement parce que le Code des obligations est le corollaire, en matière de prévoyance professionnelle, des dispositions contenues dans la LPP. Il y a donc lieu de faire les modifications en accord avec la LPP.
Enfin, la modification qui intervient à l'article 331d alinéa 7 lettre c CO est purement rédactionnelle, il s'agit là d'un reliquat de la version initiale du Conseil fédéral et qu'il convient donc d'éliminer.

M[me] **Dreifuss,** conseillère fédérale: Permettez-moi de prendre la parole ce soir tout simplement pour remercier la commission de votre conseil pour le travail qu'elle a fait. Nous assistons à des améliorations successives du texte qui vous a été proposé. Les trois modifications principales – les autres étant en fait déduites de ces trois réflexions – sont de véritables améliorations.
En ce qui concerne l'article 30c alinéa 4 LPP, il était important je crois d'éviter qu'une confusion puisse être faite au sujet du besoin d'une assurance complémentaire et que l'on se limite, dans ce sens-là, à constater effectivement une lacune qui pourrait se manifester dans le système de prévoyance et à prévoir une assurance complémentaire pour ce cas – étant entendu que la propriété d'un logement peut justement remplir les objectifs de prévoyance que l'on s'est fixé –, ce qui ne serait pas nécessaire.
Dans l'article 60 alinéa 2bis LPP, je crois que l'on a trouvé la formule la plus souple possible pour veiller à la fois à ce que les annonces se fassent et que le bureau de dépôt puisse être désigné également de façon flexible et ne soit pas fixé dans la loi.
En ce qui concerne l'article 83a alinéa 2bis LPP, la proposition de votre commission à l'avantage d'harmoniser le droit que nous créons actuellement avec la législation sur l'impôt anticipé en fixant le même délai pour la perte du droit.
Il s'agit donc de trois modifications matérielles fondamentales, mais qui vont toutes dans le sens, soit d'une simplification, soit d'une clarification, soit d'une harmonisation.
Je vous prie d'entériner, dans ce sens-là, les propositions de votre commission.

Art. 30a
Antrag der Kommission
.... nach Artikel 29 dieses Gesetzes in anderer Form erhalten.

Art. 30a
Proposition de la commission
.... à l'article 29 de la présente loi.
(Biffer le reste)

Angenommen – Adopté

Art. 30c Abs. 1–5
Antrag der Kommission
Abs. 1–3, 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 4
.... Vorsorgeeinrichtung gekürzt. Um eine Einbusse des Vorsorgeschutzes durch eine Leistungskürzung bei Tod und Invalidität zu vermeiden ....

Art. 30c al. 1–5
Proposition de la commission
Al. 1–3, 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 4
.... Afin d'éviter que la couverture de prévoyance ne soit restreinte par la diminution des prestations en cas de décès et d'invalidité, ... la conclusion d'une telle assurance.

Angenommen – Adopté

Art. 30e Abs. 5
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 30e al.5
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs. 2bis
Antrag der Kommission
Streichen

Art. 60 al. 2bis
Proposition de la commission
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 83a Abs. 2, 2bis, 2ter (neu)
Antrag der Kommission
Abs. 2
Bei Wiedereinzahlung des Vorbezugs oder des Pfandverwertungserlöses kann der Steuerpflichtige verlangen, dass ihm die beim Vorbezug oder bei der Pfandverwertung für den entsprechenden Betrag bezahlten Steuern zurückerstattet werden. Für solche Wiedereinzahlungen ist ein Abzug zur Ermittlung des steuerbaren Einkommens ausgeschlossen.
Abs. 2bis
Das Recht auf Rückerstattung der bezahlten Steuern erlischt nach Ablauf von drei Jahren seit Wiedereinzahlung des Vorbezugs oder des Pfandverwertungserlöses an eine Einrichtung der beruflichen Vorsorge.
Abs. 2ter (neu)
Alle Vorgänge gemäss Absatz 1, 2 und 2bis sind der Eidgenössischen Steuerverwaltung von der betreffenden Vorsorgeeinrichtung unaufgefordert zu melden.

Art. 83a al. 2, 2bis, 2ter (nouveau)
Proposition de la commission
Al. 2
En cas de remboursement du versement anticipé ou du produit obtenu lors de la réalisation du gage, le contribuable peut exiger que pour le montant correspondant, les impôts payés lors du versement anticipé ou lors de la réalisation du gage lui soient remboursés. De tels remboursements ne sont pas déductibles du revenu imposable.
Al. 2bis
Le droit au remboursement des impôts payés s'éteint dans les trois ans à partir du remboursement à une institution de prévoyance du versement anticipé ou du produit obtenu lors de la réalisation du gage.
Al. 2ter (nouveau)
L'institution de prévoyance concernée doit annoncer à l'Administration fédérale des contributions, sans injonctions de sa part, toutes les circonstances découlant de l'alinéa premier, 2 et 2bis.

Angenommen – Adopté

Art. 331d Abs. 5, 7 Bst. c
Antrag der Kommission
Abs. 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 7 Bst. c
Streichen

Art. 331d al. 5, 7 let. c
Proposition de la commission
Al. 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 7 let. c
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 331e Abs. 1–5
Antrag der Kommission
Abs. 1–3, 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 4
.... Vorsorgeeinrichtung gekürzt. Um eine Einbusse des Vorsorgeschutzes durch eine Leistungskürzung bei Tod und Invalidität zu vermeiden, ...

Art. 331e al. 1–5
Proposition de la commission
Al. 1–3, 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 4
.... Afin d'éviter que la couverture de prévoyance ne soit restreinte par la diminution des prestations en cas de décès et d'invalidité, ...la conclusion d'une telle assurance.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.066

Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge

Encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 438 hiervor – Voir page 438 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 20. September 1993
Décision du Conseil national du 20 septembre 1993

Schüle, Berichterstatter: Die Vorlage über die Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge steht vor ihrer definitiven Bereinigung. Diese neue Regelung sollte daher – Ihre heutige Zustimmung vorausgesetzt – zusammen mit dem Freizügigkeitsgesetz (FZG) problemlos auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt werden können. Damit können dann erstens Vorsorgegelder vorzeitig für Wohneigentum verwendet werden, und es wird zweitens das Verbot der Verpfändung von Vorsorgeansprüchen für die Wohneigentumsförderung aufgehoben.
Der Nationalrat als Erstrat hat sich in dieser Session mit den Differenzen befasst. Er hat sich in allen Punkten diskussions- und oppositionslos den einstimmig gefassten Anträgen seiner Kommission angeschlossen. Geblieben sind acht Differenzen, wie Sie den Anträgen Ihrer Kommission vom 28. September 1993 auf der Fahne entnehmen können. Dabei handelt es sich um drei redaktionelle Anpassungen und um fünf materielle, in ihrem Gehalt aber untergeordnete Differenzen. In allen Punkten empfiehlt Ihnen Ihre Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) einzulenken, und zwar überzeugt von der Richtigkeit dieser Aenderungen und nicht etwa im Sinne eines Nachgebens.
Mit unserem Präsidenten bin ich übereingekommen, Ihnen die unbestrittenen Differenzen gesamthaft zu präsentieren, falls sich keine Einwände gegen dieses Vorgehen ergeben.
1. Die erste Differenz betrifft Artikel 30a BVG, es ist eine redaktionelle Aenderung, die mit dem Erlass des FZG in Zusammenhang steht. Das FZG hat Artikel 331c OR einen völlig neuen Inhalt gegeben, es geht neu um einen Gesundheitsvorbehalt und nicht mehr um den Erhalt des Vorsorgeschutzes. Dieses Anliegen wird neu in Artikel 1 des FZG geregelt. Im Einvernehmen auch mit der Redaktionskommission stelle ich Ihnen darum den Antrag, dem Nationalrat zu folgen und diesen Verweis auf Artikel 331c OR zu streichen. Die Redaktionskommission wird dann diesen Artikel mit dem Verweis auf Artikel 1 des FZG ergänzen, versehen mit einer Fussnote, die besagt, dass das FZG noch nicht verabschiedet bzw. noch nicht in Kraft gesetzt ist. Das ist die erste Differenz.
2. Bei Artikel 30c Absatz 4 BVG geht es um eine materielle Aenderung. Eine Rentenkürzung aufgrund eines Vorbezugs bei den Risikoleistungen ist nicht grundsätzlich durch eine Zusatzversicherung wieder vollständig zu kompensieren. Ein Vorbezug soll ja den Vorsorgeschutz einfach auf andere Weise ermöglichen. Es muss vielmehr eine effektive Einbusse des Vorsorgeschutzes durch die betreffende Leistungskürzung vorliegen. Mit dieser Präzisierung gemäss Beschluss des Nationalrates soll der Gefahr einer Ueberversicherung entgegengetreten werden. Auch hier beantragt die SGK Zustimmung.
3. Eine weitere materielle Aenderung betrifft Artikel 60 Absatz 2bis BVG. Dort geht es um die Rolle der Auffangeinrichtung. Wir wollten ihr die Aufgaben einer Melde- und Hinterlegungsstelle übertragen. Die Aufgabe der Meldestelle soll nach dem Entscheid des Nationalrates nun aber die Eidgenössische Steuerverwaltung wahrnehmen. Beim Vorbezug geht es in dem hier interessierenden Zusammenhang lediglich um die Frage seiner steuerlichen Behandlung. Was die Aufgabe als Hinterlegungsstelle betrifft, hat der Nationalrat eine zu starre Regelung vermeiden wollen. Der Bundesrat soll diese Frage auf Verordnungsstufe entscheiden.
Wahrscheinlich könnten die Kantonalbanken diese Rolle übernehmen. Auch zur Streichung von Artikel 60 Absatz 2bis BVG beantragen wir also Zustimmung.
4. Zu Artikel 83a Absatz 2 BVG: Mit dieser redaktionellen Aenderung wird zum Ausdruck gebracht, dass es sich formell nicht um die Rückerstattung der Steuern selbst handelt, sondern um einen Betrag in der Höhe der bezahlten Steuern.
5. Artikel 83a Absatz 2bis BVG stellt eine materielle Aenderung dar. Der Nationalrat hat beschlossen, das Recht auf Rückerstattung der bezahlten Steuern auf drei Jahre zu begrenzen. Damit wird auch hier die Regelung der Verrechnungssteuer übernommen. Es wird damit eine bundesrechtlich einheitliche Regelung der Verwirkung des Anspruches auf Steuerrückerstattung erreicht.
6. Zu Artikel 83a Absatz 2ter BVG: Diese materielle Aenderung steht im Zusammenhang mit Artikel 60 Absatz 2bis, wonach die Auffangeinrichtung als Meldestelle entfällt und dafür die Eidgenössische Steuerverwaltung bezeichnet wird.
7. Wir kommen zum zweiten Teil der Differenzen, der die Regelung für den überobligatorischen Bereich des OR betrifft: Hier wird eine redaktionelle Aenderung in Artikel 331d Absatz 7 OR vorgeschlagen. Diese Bestimmung ist ein Ueberbleibsel aus dem seinerzeitigen bundesrätlichen Konzept. Der Bundesrat wollte eine Sicherstellung im Grundbuch erreichen. Wir haben jedoch den Weg der Anmerkung im Grundbuch gewählt. Auch gibt es im Rahmen der Wohneigentumsförderung keine Pfandbeschränkung mehr.
8. Artikel 331e Absatz 4 OR. Hier geht es um eine materielle Aenderung. Im OR ist für den überobligatorischen Bereich die gleiche Lösung zu wählen wie in Artikel 30c Absatz 4 BVG.
Damit eliminieren wir alle verbliebenen Differenzen.

Ziff. I Art. 30a; 30c Abs. 4; 60 Abs. 2bis; 83a Abs. 2, 2bis, 2ter; Ziff. II Art. 331d Abs. 7 Bst. c; 331e Abs. 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. I art. 30a; 30c al. 4; 60 al. 2bis; 83a al. 2, 2bis, 2ter; ch. II art. 331d al. 7 let. c; 331e al. 4
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

92.066

Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge

Encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle

Siehe Seite 747 hiervor – Voir page 747 ci-devant

Danioth: Gemäss Artikel 32 Absatz 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes lässt die Redaktionskommission erhebliche Textänderungen in beiden Räten vor der Schlussabstimmung erläutern. In diesem Sinne habe ich Ihnen auftragsgemäss folgende Erklärung abzugeben:
Ursprünglich war geplant, das Bundesgesetz über die Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge und das Freizügigkeitsgesetz (FZG) gleichzeitig zu verabschieden. Das Freizügigkeitsgesetz wird jedoch erst später für die Schlussabstimmung bereit sein. Das Bundesgesetz über die Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge verweist nun aber in Artikel 30c Absatz 6 BVG und im OR in Artikel 331e Absatz 5bis (nach neuer Numerierung Absatz 6) auf das Freizügigkeitsgesetz. Ohne diese Verweise müssten bei der Verabschiedung des Freizügigkeitsgesetzes das BVG und das OR erneut revidiert werden.
Deshalb hat die Redaktionskommission jeweils mit einer entsprechenden Fussnote darauf hingewiesen, dass das FZG noch nicht verabschiedet ist.
Bei Artikel 30a BVG verhält es sich insofern anders, als der Text den Hinweis auf Artikel 1 FZG nicht enthielt. Er ist jedoch notwendig, nämlich wie folgt: «.... nach Artikel 29 dieses Gesetzes und nach Artikel 1 des Freizügigkeitsgesetzes ....».
Mit dieser Formulierung werden alle Vorsorgeverhältnisse, insbesondere auch die ausserobligatorischen, eingeschlossen.

Schmid Carlo: Ich bedaure, das Ritual unterbrechen zu müssen. Aber ich stelle mir doch die Frage, ob dieses Vorgehen richtig ist und ob wir nicht beide Gesetze, das Freizügigkeitsgesetz und das Wohneigentumsförderungsgesetz, uno actu behandeln sollten. Stellen Sie sich den Artikel 30c Absatz 6 vor: «Der Vorbezug gilt im Scheidungsfall als Freizügigkeitsleistung und wird nach Artikel 22 des Freizügigkeitsgesetzes beurteilt.» Wenn wir das Freizügigkeitsgesetz an der nächsten Schlussabstimmung ablehnen, dann ist hier ein Loch, und zwar in einem nicht unwesentlichen Punkt, der für eine sozial schwache Partei doch eine bestimmte Bedeutung haben kann. Daher wäre ich persönlich der Auffassung, wir sollten diese beiden Gesetze miteinander behandeln können.
Ich stelle daher den Ordnungsantrag, diese Schlussabstimmung zu verschieben.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag	
Schmid Carlo	offensichtliche Mehrheit
Dagegen	Minderheit

An den Nationalrat – Au Conseil national

92.066

Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge
Encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle

Siehe Seite 1496 hiervor – Voir page 1496 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1993
Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1993

Schlussabstimmung – Vote final
Für Annahme des Entwurfes 131 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.066

Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der beruflichen Vorsorge
Encouragement à la propriété du logement au moyen de la prévoyance professionnelle

Siehe Seite 793 hiervor – Voir page 793 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. Dezember 1993
Décision du Conseil national du 17 décembre 1993

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Entwurfes	39 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral